

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

**Deutsche Wirtschaft
im Frühjahr 2023**

Abgeschlossen am 14. März 2023

© Angela Husfeldt / ifw_Kiel

Nr. 101 (2023|Q1)

*Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen,
Stefan Kooths, Nils Sonnenberg und Vincent Stamer*

INHALTSVERZEICHNIS

Deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2023: Konjunktur fängt sich, Auftriebskräfte eher gering

Monetäre Rahmenbedingungen: Geldpolitik zieht die Zügel an	6
Finanzpolitik korrigiert expansiven Kurs allmählich	10
Entstehung: Eine technische Rezession wird wohl vermieden	11
Sinkende Importpreise verbessern Deutschlands preisliches Austauschverhältnis wieder ..	14
Heimische Absorption fängt sich rasch wieder	17
Preisauftrieb hartnäckig hoch	23
Reale Lohnstückkosten so niedrig wie selten	27
Erwerbstätigkeit überschreitet Zenit	29
Sinkende Energiepreise führen zu sinkenden Defiziten	31
Risiken und Wirtschaftspolitik	34
Literatur	45
Tabellenanhang	47

KONJUNKTUR FÄNGT SICH – AUFTRIEBSKRÄFTE EHER GERING

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Nils Sonnenberg und Vincent Stamer

Die deutsche Wirtschaft müht sich aus der Energiekrise. In den vergangenen Monaten haben sich die konjunkturellen Aussichten etwas aufgehellt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird jedoch nur verhalten zulegen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 0,5 Prozent und im Jahr 2024 um 1,4 Prozent steigen und damit leicht stärker als wir in unserer Winterprognose erwartet hatten (0,3 Prozent bzw. 1,3 Prozent). Damit wird die deutsche Wirtschaft tiefe Produktionsrückgänge infolge der Energiekrise voraussichtlich vermeiden. Allerdings haben die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine die Erholung von der Pandemie abgewürgt und das Niveau des Bruttoinlandsprodukts merklich gedrückt. Der Preisauftrieb wird wohl noch für einige Zeit hartnäckig hoch bleiben. Ähnlich wie im Winter rechnen wir mit Verbraucherpreisanstiegen von 5,4 Prozent für das laufende Jahr und 2,1 Prozent für das Jahr 2024. Die hohe Inflation schmälert die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und führt zu einem Rückgang der privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr. Von weltwirtschaftlicher Seite zeichnen sich keine größeren Impulse ab. Allerdings können sich die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe angesichts nachlassender Lieferengpässe daran machen, ihre zuvor angehäuften Auftragsbestände abzuarbeiten, auch wenn die nach wie vor hohen Energiepreise die energieintensiven Branchen belasten. Die Bauinvestitionen werden aufgrund der schlechteren Finanzierungsbedingungen deutlich sinken. Der Arbeitsmarkt bleibt trotz der wirtschaftlichen Schwächephase robust. Vielmehr zeigen sich zunehmend die Folgen des demographischen Wandels: In den kommenden Jahren wird die Erwerbstätigkeit ihren Zenit überschreiten. Der massive Fachkräftemangel wird in Anbetracht der hohen Inflation zu kräftigen Lohnsteigerungen führen. Aufgrund sprudelnder Einnahmen und sinkender Krisenausgaben dürfte das öffentliche Defizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt von 2,6 Prozent im Jahr 2022 auf 1,4 Prozent im Jahr 2024 sinken. Der Schuldenstand wird in diesem Zeitraum wohl von 66,4 Prozent auf 63,5 Prozent zurückgehen.

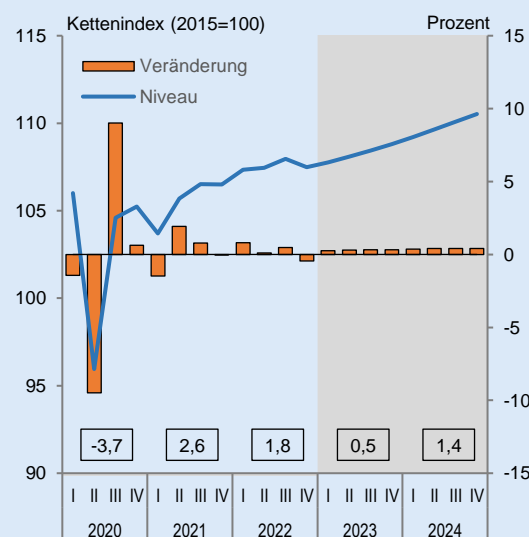
Kasten 1: Zu den gesamtwirtschaftlichen Folgen des hohen Krankenstands (S. 36 – 37)

Kasten 2: Der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex - Ein nützlicher Frühindikator für die Industrieproduktion (38 – 42)

Kasten 3: Prognose des IfW Kiel und tatsächliche Entwicklung im Jahr 2022 (43 – 44)

Die wirtschaftliche Schwächephase ist eher Ausdruck einer Abkühlung denn einer rezessiven Tendenz. Im Schlussquartal des vergangenen Jahres gab die Wirtschaftsleistung um 0,4 Prozent nach (Abbildung 1, Tabelle 1). Sie lag damit kaum höher als zu Jahresbeginn 2022. Maßgeblich für die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung war die durch den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelöste Energiekrise, die die postpandemische Erholung stark gebremst hat. So fiel bereits die Zuwachsrate im Jahr 2022 mit 1,8 Prozent deutlich geringer aus als vor Beginn des Krieges erwartet worden war. Weniger klar ist indes, ob sich hieraus auf eine (destabilisierende) rezessive Tendenz schließen lässt. Denn eine Rezession ist dadurch gekennzeichnet, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten unterausgelastet sind und sich die Unterauslastung ausweitete. Geht eine

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



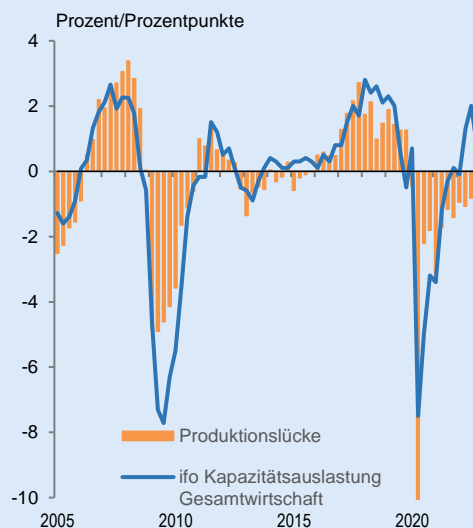
Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

rückläufige Auslastung hingegen mit einer Überauslastung einher, liegt eine (stabilisierende) konjunkturelle Abkühlung vor. Dieser geht typischerweise ein Boom voraus, in dem eine überhitzende Konjunktur die Produktionskapazitäten überstrapaziert. Ein solcher war den Schätzungen zur Produktionslücke zufolge vor Jahresfrist nicht gegeben, im Gegenteil war die Erholung von der Coronakrise noch im Gange (Abbildung 2). Zuletzt signalisierte die Produktionslücke sogar eine rezessive Tendenz. Ausweislich von Unternehmensbefragungen ergibt sich jedoch mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung ein anderer Befund. Demnach waren die Unternehmen im vergangenen Jahr im Durchschnitt deutlich überausgelastet. Hierzu passen auch ihre Angaben zum Arbeitskräftemangel als Produktionshindernis, die zu dieser Zeit Rekordwerte markierten. Schließlich fügt sich der heimische Preisaufrtrieb, der bereits im Jahr 2021 einsetzte, ins Bild einer Anspannung der gesamtwirtschaftlichen Produktivkräfte. So zieht der Deflator der Bruttowertschöpfung seit Mitte 2021 so kräftig an wie seit dem Wiedervereinigungsboom nicht mehr. Gemessen am Niveau des Bruttoinlandsproduktes spricht zunächst wenig für eine dem Energiepreisschock vorausgehende Boomphase, die im Regelfall mit einer überhöhten Nachfragedynamik assoziiert wird. So wurde im ersten Quartal 2022 nur knapp das Vorkrisenniveau aus dem vierten Quartal des Jahres 2019 erreicht, das damals konjunkturell unauffällig war. Damit bleibt als Erklärung für eine Überauslastung ein zwischenzeitlich eingetretener Verlust an Produktionspotenzial, der durch die Schätzverfahren nicht in Echtzeit erfasst wird (Boysen-Hogrefe et al. 2023a). Im Zuge der Energiekrise ist in dem Maße, wie aufgrund strukturell höherer Energiepreise insbesondere energieintensive Produktion hierzulande unrentabel wird, mit Potenzialverlusten zu rechnen. Vorübergehend belasten zudem ungewöhnlich hohe Krankenstände im Nachgang der Pandemiephase die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ([Kasten 1](#)). Alles in allem dürfte die schwache gesamtwirtschaftliche Dynamik im vergangenen und im laufenden Jahr auch als Anpassung an einen deutlich geschmälernten Potenzialpfad zu lesen sein. Dementsprechend moderat fallen die Auftriebskräfte im weiteren Prognosezeitraum aus.

Abbildung 2:
Produktionslücke und Kapazitätsauslastung



Quartalsdaten: Prozentuale Abweichung des BIP vom Produktionspotenzial, Abweichung der ifo gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung vom Mittelwert in Prozentpunkten (2005 bis 2019).

Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Berechnungen des IfW Kiel.

Deutliche Terms-of-Trade-Gewinne schlagen zunächst kaum auf die realwirtschaftliche Aktivität durch, entlasten aber den Staatshaushalt erheblich. Seit unserer Winterprognose hat sich die Lage auf dem Weltmarkt für Erdgas und energieintensive Güter erheblich entspannt. Dementsprechend fließt weniger Kaufkraft aus Deutschland in die übrige Welt ab. Statt einer weiteren Verschlechterung der Terms-of-Trade zeichnet sich daher für das laufende Jahr eine deutliche Verbesserung ab (Delta von 5,1 Prozentpunkten), womit fast die Hälfte der Einbußen aus den beiden Vorjahren aufgeholt wird. Die Terms-of-Trade-Verbesserung schlägt allerdings kaum auf die realwirtschaftliche Aktivität durch, da andernfalls die „Energiepreisbremsen“ gegriffen hätten. Im Ergebnis wird so ein Fiskalimpuls durch einen außenwirtschaftlichen Impuls ersetzt. Insgesamt bleibt der Verbraucherpreisaufrtrieb mit 5,4 Prozent hoch, nach 6,9 Prozent im vergangenen Jahr. Erst für das kommende Jahr zeichnen sich wieder moderatere Raten um 2 Prozent ab. Nach der Stagnation der real verfügbaren Einkommen im vergangenen Jahr steht den privaten Haushalten im laufenden Jahr ein merklicher Kaufkraftverlust von 1,8 Prozent

Tabelle 1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	0,5	-0,4	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Private Konsumausgaben	0,7	0,6	0,7	-1,0	-0,5	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Konsumausgaben des Staates	0,6	0,5	-1,2	0,6	-0,4	0,7	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Ausrüstungsinvestitionen	1,8	1,1	5,4	-3,6	1,5	0,5	1,0	1,0	1,3	1,3	1,3	1,3
Bauinvestitionen	3,5	-3,2	-0,9	-2,9	1,8	-1,6	-1,4	-0,3	0,2	0,5	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	-0,1	0,8	1,0	0,7	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,3	1,2
Vorratsveränderungen	-0,3	0,6	0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,8	0,8	0,5	-0,6	0,0	0,1	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5
Ausfuhr	-0,3	0,7	1,9	-1,0	-0,7	0,8	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Einfuhr	-0,5	2,3	2,1	-1,3	-1,3	0,3	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Außenbeitrag	0,0	-0,7	0,0	0,1	0,3	0,2	0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Erwerbstätige, Inland	45.418	45.553	45.595	45.711	45.822	45.902	45.912	45.902	45.882	45.852	45.812	45.762
Arbeitslose	2.327	2.337	2.491	2.522	2.508	2.482	2.459	2.440	2.423	2.408	2.396	2.385

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

bevor. Im kommenden Jahr dürfte es mit 2,6 Prozent wieder deutliche Zuwächse geben. Dementsprechend belastet der private Konsum die Konjunktur im laufenden Jahr und stützt im kommenden Jahr. Während die Bauinvestitionen infolge höherer Finanzierungskosten und ausstehender Preiskorrekturen vor allem im laufenden Jahr deutlicher zurückgehen dürften, rechnen wir für die übrigen Anlageinvestitionen für den gesamten Prognosezeitraum mit einer moderaten Aufwärtsentwicklung. Der Außenhandel erweist sich im laufenden Winterhalbjahr schwächer als vor drei Monaten veranschlagt, dürfte aber sowohl auf der Export- wie auf der Importseite ab dem Frühjahr wieder Fahrt aufnehmen. Insgesamt erwarten wir für das Bruttoinlandsprodukt Anstiege um 0,5 Prozent (2023) und 1,4 Prozent (2024), nach 1,8 Prozent im vergangenen Jahr. Ausweislich der Verlaufsrate zieht die konjunkturelle Dynamik aber bereits in diesem Jahr an (Tabelle 2). Während sich damit das produktionsseitige Konjunkturmodell nur unwesentlich geändert hat, ergeben sich für den Haushalt des Gesamtstaates infolge der geringeren Inanspruchnahme der Mittel aus dem Abwehrrahmen für die Energiesubventionen erhebliche Entlastungen in Höhe von 55 Mrd. (2023) und 10 Mrd. Euro (2024). In Relation zum Bruttoinlandsprodukt reduzieren sich die öffentlichen Finanzierungsdefizite auf 2,1 Prozent (Winterprognose: 4 Prozent)

Tabelle 2:

Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes

	2021	2022	2023	2024
Ursprungswerte	2,6	1,8	0,5	1,4
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,0	-0,1	-0,2	0,0
kalenderbereinigt	2,6	1,9	0,7	1,5
Statistischer Überhang	2,2	0,8	-0,1	0,5
Verlaufsrate	1,2	0,9	1,2	1,6

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundergebnisbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

in diesem Jahr und auf 1,4 Prozent (Winterprognose: 2,2 Prozent) im kommenden Jahr (Tabelle 3). Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiter in robuster Verfassung. Die Arbeitslosenquote ist abwärtsgerichtet und nähert sich allmählich wieder der 5-Prozent-Marke, die zuletzt vor der Coronakrise erreicht worden war.

Tabelle 3:
Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung

	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	1,8	0,5	1,4
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	3,1	5,5	6,2	2,2
Verbraucherpreise	3,1	6,9	5,4	2,1
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,9	0,4	0,2	0,3
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44.980	45.570	45.885	45.827
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	5,3	5,4	5,2
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-2,6	-2,1	-1,4
Schuldenstand	68,6	66,4	64,3	63,5
Leistungsbilanz	7,4	3,8	5,6	5,6

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

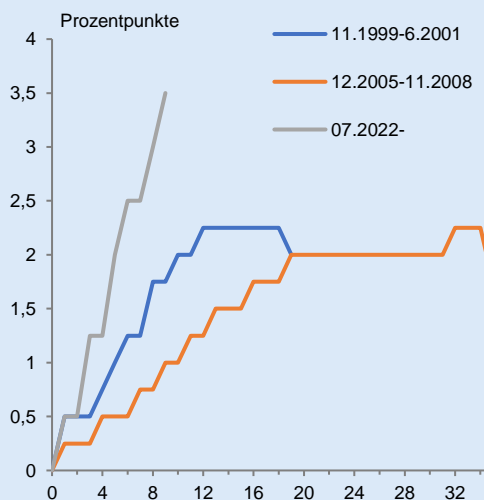
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Monetäre Rahmenbedingungen: Geldpolitik zieht die Zügel an

Der steile Zinsanstieg und absehbare weitere Zinsschritte sorgen für restriktivere monetäre Rahmenbedingungen. Die EZB hat im Angesicht der historischen Inflationswelle innerhalb von 8 Monaten in bisher 5 Zinsschritten den Hauptrefinanzierungssatz auf ein Niveau von 3 Prozent angehoben. Für die Sitzung des Zentralbankrates im März hat sie bereits einen weiteren Zinsschritt von 0,5 Prozentpunkten angekündigt. Im Vergleich zu bisherigen Zinsanhebungszyklen verläuft der Pfad sehr viel steiler, wobei der Inflationsdruck zurzeit auch ausgeprägter ist (Abbildung 3). Für die kommenden Sitzungen gehen wir von insgesamt zwei weiteren Zinsschritten von 0,25 Prozentpunkten aus. Demnach würde der Leitzins im Sommer dieses Jahres ein Niveau von 4 Prozent erreichen. Auf diesem Niveau wird der Leitzins zunächst verharren. Erst gegen Mitte nächsten Jahres dürften Zinssenkungen als Reaktion auf eine sinkende Inflationsstendenz erfolgen.

Ab März wird der Bestand an Anleihen langsam zurückgeführt; der dämpfende Effekt auf die Terminprämien baut sich nur teilweise ab. Die EZB hat auf ihrer Sitzung im vergangenen Dezember angekündigt, im Februar einen Pfad zum Abbau des Anleihebestandes (quantitative Straffung) zu präsentieren. Dieser Plan sieht vor, den Bestand zwischen März und Ende Juni um monatlich 15 Mrd. Euro zurückzuführen. Dies

Abbildung 3:
Zinsanstiege seit dem Beginn der Währungsunion



Monatsdaten. Zinsanhebungszyklen seit Beginn der Währungsunion. Gezeigt ist der Hauptrefinanzierungssatz (MRO). Der angekündigte Zinsschritt für März 2023 wurde schon berücksichtigt.

Quelle: EZB, Berechnungen des IfW Kiel.

geschieht in einem passiven Ansatz, indem Teile der fällig werdenden Anleihen nicht reinvestiert werden. Bisher betrifft dies nur rund die Hälfte der Reinvestitionen des regulären Anleihekaufprogrammes (APP). Wir erwarten, dass die EZB den Rhythmus auf 30 Mrd. Euro ab Juli erhöhen wird. Die Reinvestitionen im Rahmen des pandemischen Anleihekaufprogrammes können flexibel neu angelegt werden und gelten als „erste Verteidigungslinie“¹ für etwaige Verwerfungen an den Staatsanleihemärkten. Es ist daher davon auszugehen, dass die EZB sich dieses

¹ Als „zweite Verteidigungslinie“ gilt das im Juli 2022 eingeführte Transmissionsschutzprogramm (TPI), was wohl eine prophylaktische stabilisierende Wirkung auf die Staatsanleihemärkte einiger

Mitgliedsländer erzielt und den Zinsanhebungszyklus erst in diesem Maße möglich gemacht hat, ohne Finanzmarkturbulenzen zu riskieren.

Instrument zunächst offenhalten wird. Wenn die Verdoppelung des Tempos der quantitativen Straffung ohne große Turbulenzen an den Staatsanleihemärkten aufgenommen wird, dürfte Ende des Jahres die quantitative Straffung auf das pandemische Aufkaufprogramm ausgeweitet werden. Die Anleihekäufe haben die Terminprämien von Anleihen gedrückt. Mit den Käufen übernahm die Zentralbank das Zinsänderungsrisiko.² Mit einem nur schrittweisen Abbau des Bestandes kann somit nicht der vollständige Effekt auf die Terminprämien zurückgefahren werden. Abhängig vom erwarteten Pfad und der erfolgten Anpassung dürfte sich der Effekt auf die Terminprämie aber zumindest schon etwas verringert haben. Wird der aktuelle Pfad beibehalten, kommt es zu einer weiteren langsamen Rückführung des expansiven Effektes. Alles in allem sind also Zinsanhebungen das Hauptinstrument der EZB, um der historischen Inflationswelle Herr zu werden, die quantitative Straffung unterstützt eher passiv und in einem langsameren Prozess. Da die EZB keine Erfahrungen mit quantitativer Straffung und den Folgen für Staatsanleihemärkte hat, erwarten wir, dass sie sich Schritt für Schritt vorantasten wird.

Die Bilanzsumme und Überschussliquidität wurde durch Rückzahlungen der TLTRO-III Geschäfte geringfügig gesenkt. Um die TLTROs mit ihrem geldpolitischen Straffungskurs in Einklang zu bringen, passte der EZB-Rat im Oktober 2022 die Bedingungen der TLTRO-III an. Das Anreizsystem, das auf den Zinserträgen aus den Refinanzierungsgeschäften basierte, wurde eingeschränkt. Dies führte zu freiwilligen Rückzahlungen durch die Banken. Vergleicht man den ausstehenden Betrag im März 2023 zum ursprünglichen Fälligkeitsprofil der TLTRO-III-Tender, zeigt sich der Umfang der freiwilligen Rückzahlungen, der sich in der Größenordnung von 800 Mrd. Euro bewegt. Im Einklang mit den ausstehenden Beträgen der TLTROs sind auch die Überschussreserven und die Bilanzsumme zurückgegangen. Künftig ergibt sich aus diesen Programmen für die Banken kein Anreiz zur

Kreditvergabe. Dies steht im Einklang mit dem geldpolitischen Kurs der EZB.

Dem Eurosystem stehen in den nächsten Jahren hohe Verluste bevor. Mit der schrittweisen Rückführung des Anleihebestandes sinken auch die Überschussreserven. Da der Bestand jedoch über viele Jahre akkumuliert wurde, wird auch der Abbau viele Jahre dauern.³ Der institutionelle Wandel von einem System knapper Reserven zu einem System hoher Überschussreserven bleibt somit bestehen. In diesem sogenannten „Floor“-System bildet der Zins der Einlagenfazilität den entscheidenden Leitzins, an dem sich die Geldmarktzinsen und alle weiteren Zinsen orientieren. Die EZB setzt diese Zinsuntergrenze („Floor“), indem sie die Reserven verzinst. Dies kann bei sehr hohen Reservebeständen zu erheblichen Zinsaufwendungen führen. Der Anleihebestand, abgesehen von inflationsindexierten Anleihen, wurde aber während einer Phase von sehr niedrigen und teils negativen Kapitalmarktzinsen angehäuft. Die entsprechenden Zinseinkommen sind also im Vergleich zu den Zinsaufwendungen, welche den steilen Anstieg der Leitzinsen nachvollziehen, nicht ausreichend, um Verluste zu vermeiden. Die Deutsche Bundesbank hat im Jahr 2022 einen Verlust nur abwenden können, indem Rückstellungen aufgelöst wurden (Deutsche Bundesbank 2023). Für die kommenden Jahre könnten die Verluste aber die Rückstellungen und das Eigenkapital übersteigen. Für diesen Fall plant die Bundesbank ähnlich wie in den 1970er Jahren, nach dem Kollaps des Bretton-Woods-Systems und der Abwertung der USD-Reserven, einen Aktivposten zu deklarieren, der den Umfang des negativen Eigenkapitals abbildet (Verlustvortrag). Erst wenn dieser Posten durch zukünftige Gewinne wieder abgebaut ist, können auch wieder Gewinnausschüttungen in den Haushalt der Bundesregierung fließen. Das System der Überschussreserven in einem Umfeld von positiven Zinsen löst also indirekte fiskalische Kosten aus (Sonnenberg 2023). Diese sind für andere Länder des Euroraums noch ausgeprägter (Boysen-Hogrefe et al. 2023b).

² Das Zinsänderungsrisiko ist eine wesentliche Determinante der Terminprämie.

³ Der aktuelle Bestand des regulären Kaufprogrammes (PSPP) beläuft sich derzeit auf rund 3250 Mrd. Euro. Mit einem monatlichen Rhythmus von 30 Mrd.

Euro würde sich der Bestand an Anleihen in 9 Jahren zurückbilden.

Die Finanzierungsbedingungen werden restriktiver. Die Rendite für 10-jährige Staatsanleihen liegt seit Anfang März bei rund 2,7 Prozent, während sie vor einem Jahr noch bei 0,3 Prozent lag. Der Anstieg ist dabei hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im Durchschnitt für die nächsten 10 Jahre ein höheres Leitzinsniveau erwartet wird. Auf Basis von inflations-indexierten Anleihen ergibt sich ein erwarteter Realzins von 0,1 Prozent und eine Kompensation von Inflation von 2,6 Prozent⁴. Vor einem Jahr lag der erwartete Realzins noch bei -2,0 Prozent. Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden geldpolitischen Straffung dürfte der Zins auf 10-jährige Bundesanleihen bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 3 Prozent steigen (Tabelle 4). Ähnlich wie die Verzinsung von Staatsanleihen haben sich auch die Renditen von inländischen Unternehmensanleihen entwickelt. Sie lagen An-

fang März bei rund 4,5 Prozent gegenüber 2,1 Prozent vor einem Jahr. Der Aufschlag gegenüber Bundesanleihen mit einer vergleichbaren Laufzeit lag im Februar bei 1,7 Prozentpunkten (Abbildung 4). Im Oktober lag der Aufschlag noch bei 2,6 Prozentpunkten und ist somit rückläufig. Dazu dürften die mittlerweile gesunkenen Risiken durch die Energiekrise beigetragen haben. Eine Verteuerung der Finanzierung zeigt sich auch bei Krediten an den Privatsektor. Die Zinsen für Wohnungsbaukredite beliefen sich im Januar auf 3,8 Prozent und sind somit seit einem Jahr um rund 2,4 Prozentpunkte gestiegen (Abbildung 5).⁵ Dies trifft auch auf Unternehmenskredite mit einem Volumen über 1 Mill. Euro zu, die im Januar bei einem Zins von 3,8 Prozent lagen, rund 2,4 Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr.

Tabelle 4:
Rahmendaten für die Konjunktur

	2021				2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,25	2,50	3,50	4,00	4,00	4,00	4,00	3,50	3,50	3,25
Langfristige Zinsen	-0,46	-0,28	-0,45	-0,30	0,10	1,05	1,30	2,12	2,32	2,50	2,70	2,90	3,00	3,00	3,00	3,00
US-Dollar/ Euro	1,20	1,21	1,18	1,14	1,12	1,06	1,01	1,02	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	91,5	91,6	91,0	89,8	89,7	88,9	87,9	88,5	89,0	89,2	89,2	88,9	88,4	87,9	87,5	87,0
Exportmärkte	0,6	2,1	1,6	1,1	0,7	0,3	-0,1	0,1	0,3	0,6	0,6	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5
Rohölpreis	61	69	73	79	101	114	101	89	83	83	81	80	79	78	77	76

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

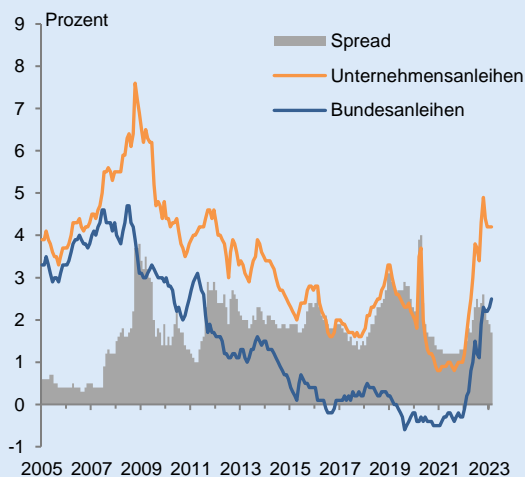
Die geldpolitische Straffung zeigt sich bereits deutlich in der Kreditvergabe. Während der Bestand an Unternehmenskrediten im zweiten Halbjahr 2022 noch mit rund 11,0 Prozent zum Vorjahr kräftig zunahm, ist der Wert relativ schnell auf 9,7 Prozent im Januar gesunken (Abbildung 6). Das Expansionstempo beim Bestand an Wohnungsbaukrediten hatte sich von Mitte 2021 bis Mai 2022 bei Vorjahresraten von rund 7 Prozent eingependelt. Im zweiten Halbjahr 2022

kam es dann zu einer leichten Abschwächung auf 6 Prozent. Im Januar schwächte sich die Vorjahresrate weiter auf 5,2 Prozent ab. Das Volumen der übrigen Konsumentenkredite sank von einem niedrigen Niveau weiter ab. Die vergleichsweise moderate Abschwächung der Zuwachsraten der Kreditbestände darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es bei den Neugeschäftsvolumina von Wohnungsbaukrediten an

⁴ Diese Kompensation spiegelt im Wesentlichen die Inflationserwartungen wider, hinzu kommt eine Inflationsrisikoprämie.

⁵ Tägliche Daten des Zinsportals Interhyp (2023) deuten zuletzt auf einen erneuten Anstieg hin. Anfang März liegen die 10-jährigen Hypothekenzinsen bei rund 4 Prozent.

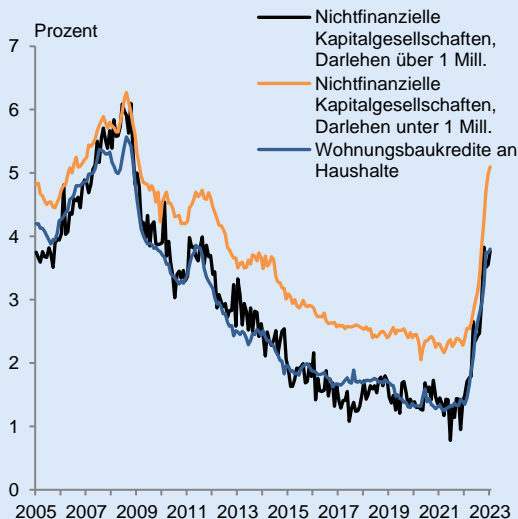
Abbildung 4:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 5:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

über private Haushalte zu einem regelrechten Absturz um 51 Prozent zum Vorjahr kam. Der Kreditimpuls ist somit deutlich negativ

Der Finanzzyklus dreht sich und gefährdet die Finanzstabilität.

Die Immobilienpreise sind seit Mitte des vergangenen Jahres gesunken.⁶ Zuvor waren die Immobilienpreise seit dem Jahr 2010 in einem Umfeld besonders günstiger Finanzierungsbedingungen kontinuierlich gestiegen. Der Immobilienpreisindex von Europace (2023) erfasst einen Anstieg von 2010 bis zum August 2022 von 132 Prozent (85 Prozent korrigiert und die allgemeine Preisentwicklung). Seitdem sind die Preise um rund 6 Prozent gefallen. Laut Schätzungen der Deutschen Bundesbank (2023) waren die Immobilienpreise in den Städten im Jahr 2022 unter Berücksichtigung preisbestimmender fundamentaler Faktoren um rund 25 bis 40 Prozent überbewertet. Im Vergleich zu anderen Ländern ist der Verschuldungsgrad der privaten Haushalte in Deutschland mit rund 56 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aber relativ gering. In der Finanzkrise 2008 lag die Verschuldung der amerikanischen und spanischen Haushalte z.B. bei rund 100 bzw. 85 Prozent. Risiken für die Finanzstabilität offenbaren sich typischerweise, wenn der Finanzzyklus umschwenkt.⁷ Sofern sich dadurch schwere Verwerfungen an den Finanz- und Immobilienmärkten ergeben, ist dies typischerweise mit langanhaltenden wirtschaftlichen Schwächephasen verbunden.⁸ Zurzeit generiert das deutsche Bankensystem hohe Zinseinnahmen durch die nun stark gestiegene Verzinsung der Zentralbankreserven. Durch den steilen Zinsanstieg in Folge der geldpolitischen Straffung könnten jedoch die Bankbilanzen vor allem durch Bewertungskorrekturen und Kreditausfälle belastet werden.⁹ In diesem Sinne stellen die aktuellen hohen Zinseinnahmen durch die Reservehaltung auch ein Merkmal des Überschussreservesystem dar, welches den Aufbau von Rückstellungen seitens der Banken begünstigen kann und die Finanzstabilität nach einer langen Phase monetärer Expansion erhöhen dürfte (Sonnenberg 2023).

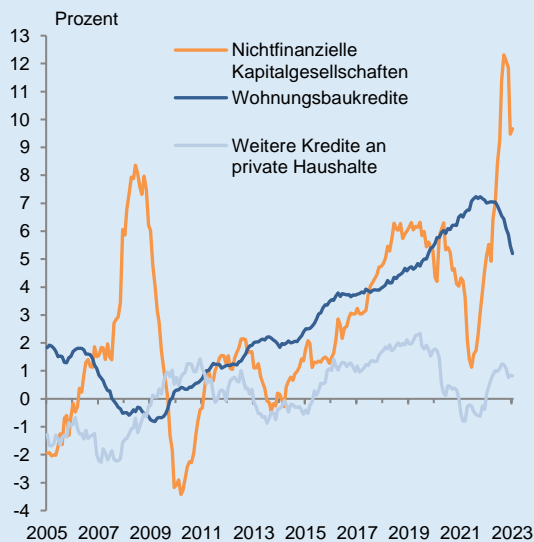
⁶ Monatliche Daten zu Immobilienpreisen werden von Europace (2023) erfasst. Der jüngste Wert liegt für den Monat Januar vor.

⁷ Borio (2014), Drehmann et al. (2012).

⁸ Boysen-Hogrefe et al. (2016), Jorda et al. (2013).

⁹ Nachdem die Silicon Valley Bank (SNB) einen Teil ihres Anleiheportfolios verkaufte, berichtete sie am 8. März einen Verlust von 1,8 Mrd. USD und kündigte eine Kapitalerhöhung an (SNB 2023). Am 10. März wurde die Bank endgültig geschlossen und die Einlagenversicherung eingeschaltet (FDIC 2023).

Abbildung 6:
Kreditexpansion



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Berechnungen des IfW Kiel.

Finanzpolitik korrigiert expansiven Kurs allmählich

Nach der sehr expansiven Finanzpolitik während der Corona-Krise und dem Energiekrisenjahr 2022 wird der Expansionsgrad im Jahr 2023 leicht reduziert. Zwar stehen mit den Energiepreisbremsen, dem Inflationsausgleich in der Einkommensteuer und einigen weiteren steuerlichen Regelungen größere expansive Maßnahmen an, doch dürften die Energiepreisbremsen angesichts der stark gesunkenen Großhandelspreise für Gas und Strom deutlich weniger Ausgaben auslösen als noch im Dezember angenommen. Zugleich entfallen diverse Maßnahmen des Vorjahres, wie die Energiepreispauschale, der Tankrabatt oder die Übernahme des Dezemberabschlags, und die Ausgaben für die Unterstützung von Energieunternehmen dürften ebenfalls deutlich geringer ausfallen. Ferner steigen die Beiträge in mehreren Sozialversicherungen. Insgesamt rechnen wir mit einer positiven Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen von 0,1 Mrd. Euro. Unter Berücksichtigung automatischer Reaktionen ergeben sich 6,2 Mrd. Euro (0,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Im Jahr 2024 dürfte die finanzpolitische Expansion merklich zurückgehen. Maßgeblich sind das Auslaufen der Preisbremsen und reduzierter Steuersätze in der Umsatzbesteuerung. Zudem werden die Beitragssätze in der Kranken- und Pflegeversicherung wohl weiter zulegen. Expansive Impulse dürften von steigenden Ausgaben in den Bereichen Verteidigung und Dekarbonisierung ausgehen. Zudem werden zum 1. Januar 2024 die Tarifeckwerte der Einkommenssteuer abermals merklich angehoben, was zu Mindereinnahmen von 13 Mrd. Euro führt. Die Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen wird sich somit voraussichtlich auf 24,1 Mrd. belaufen (Tabelle 5). Inklusive automatischer Reaktionen sind es 33 Mrd. Euro (0,8 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Der Rückgang der finanzpolitischen Expansion ist Folge der nachlassenden Krisen, nicht Ausdruck von Austeritätspolitik. Durch das Abklingen der Corona-Pandemie konnte der Staat bereits im Jahr 2022 seine Ausgaben reduzieren, ohne damit die wirtschaftliche Dynamik zu mindern. Ähnlich gelagert sind viele im Zusammenhang der Energiekrise ergriffenen Maßnahmen zu sehen. Angesichts der deutlichen Verschlechterung der Terms-of-Trade kam es im Jahr 2022 zu massiven Realeinkommensverlusten. Diesen wirkten Defizite der öffentlichen Hand entgegen, um letztlich die privaten Konsummöglichkeiten zu stabilisieren. In den Jahren 2023 und 2024 liegen keine wirtschaftlichen Beeinträchtigungen durch die Corona-Krise mehr vor, und die Terms-of-Trade verbessern sich wieder, so dass entsprechende Gegenmaßnahmen zurückgeführt werden können. Zugleich bestehen im Prognosezeitraum mit den Rücklagen in den Kernhaushalten und in den diversen Sondervermögen von Bund und Ländern sowie dem mit einer Sonderanleihe finanzierten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) umfangreiche Möglichkeiten für kreditfinanzierte Ausgaben, so dass strukturelle Defizite, die über den Grenzwert des Bundes für die Nettokreditaufnahme von 0,35 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt hinausgehen, nicht in direkten Konflikt zu den Vorgaben der Schuldenbremsen stehen.

Tabelle 5
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen

	2023	2024
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Erdgas	-5,9	4,6
Inflationsausgleichsgesetz (kalte Progression)	-15	-13,1
Jahressteuergesetz 2022	-3,2	0,9
Tankrabatt	3	0
Alterseinkünftegesetz	-1,6	-1,6
4. Corona-Steuerhilfegesetz	-3,3	-1,1
Temporäre Umsatzsteuersenkung (Gastronomie)	0,0	3,1
Degressive AfA	0,3	3,7
Anhebung der Grunderwerbsteuer in Sachsen	0,1	0,0
Sonstige Steuerrechtsänderungen	-2,6	0,3
Anhebung der CO ₂ -Abgabe	0,0	2,0
Anhebung Lkw-Maut	0,7	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anhebung Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung	3,3	7,7
Anhebung Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung	3,2	3,4
Anhebung Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung	2,6	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
"Strom- und Gaspreisbremse"	-20,0	15,0
Dezember-Abschlag	6,0	0,0
Unternehmenshilfen in der Energiekrise	25,0	5,0
Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise)	-7,0	6,0
Corona-Hilfen für Unternehmen und Selbständige	5,0	0,0
Corona bedingte Gesundheitsausgaben	5,0	1,0
Energiepreispauschale	10,4	0,0
Kinderboni (Corona, Energiekrise)	1,4	0,0
Anhebung Kinderzuschlag/Kindergeld	-3,2	0,0
Einmalzahlung in der Grundsicherung (Corona und Energiekrise)	0,6	0,0
Einmalzahlungen Rentner	7,0	-1,0
Pflegeboni	1,0	0,0
Einmalzahlung BAföG /Studierende	-0,7	0,7
Wohngeldreform / Heizkostenzuschuss	-1,8	-1,1
9-Euro-Ticket und Folgeregulung	0,0	0,0
Förderung Kohleregionen	-0,5	0,0
Weitere Subventionen des Bundes (Klima, Digitalisierung)	-5,0	-7,0
Aufstockung der Gasreserve	2,5	0,5
Mehrausgaben Verteidigung	-7,0	-7,0
Zusätzliche Ausgaben Fluchtmigration Ukraine-Krieg	3,0	4,0
Einführung Bürgergeld	-3,0	-0,3
"Bildungsmilliarde"	-0,3	-0,2
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Maßnahmen im Bereich Pflege	-1,8	0,0
Maßnahmen im Bereich Gesundheit	1,6	-0,2
Anpassung der Renten Ost	-0,4	-0,4
Erwerbsminderungsrenten	-0,1	-0,1
Grundrente	0,8	-0,7
Zwischensumme	0,1	24,1
Automatische Reaktionen		
Progressionseffekte (Einkommensteuer)	11,9	12,4
Endogener Rückgang von Steuerquoten (Mengensteuern)	-5,8	-3,5
Summe	6,2	33,0
In Relation zum BIP	0,2	0,8

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen und Darstellung des IfW Kiel

Entstehung: Eine technische Rezession wird wohl vermieden

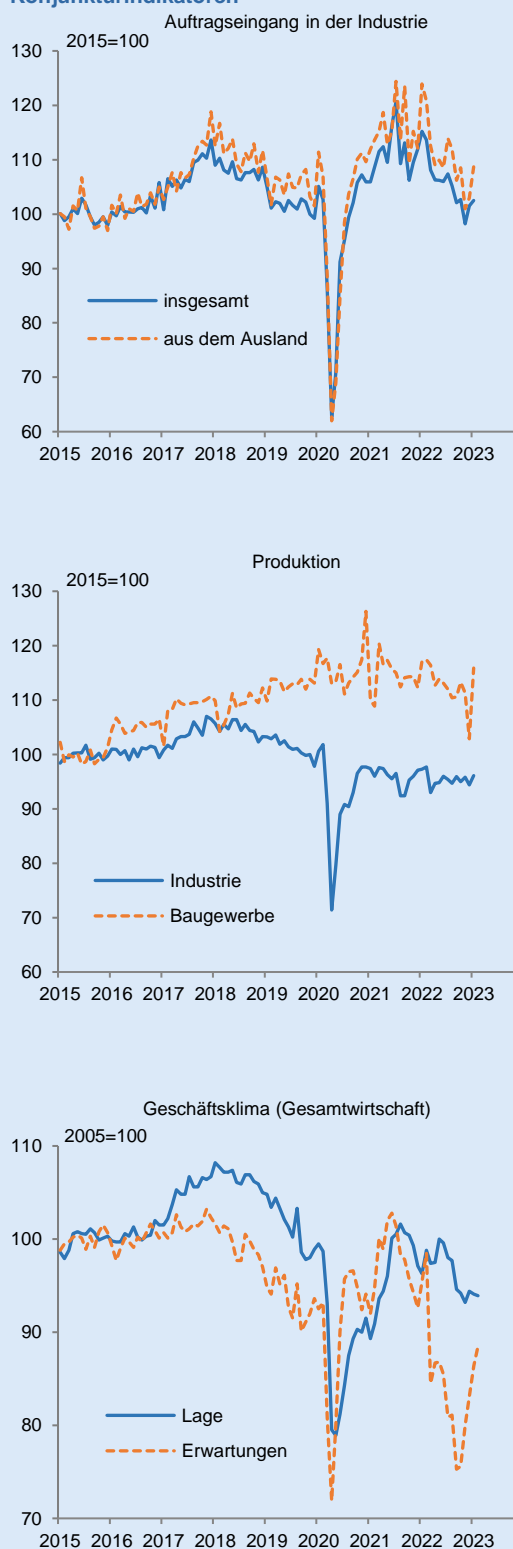
Das Bruttoinlandsprodukt wird zum Jahresauftakt voraussichtlich wieder steigen. Zuletzt haben sich die Konjunkturaussichten merklich aufgehellt. So haben die konjunkturellen Risiken durch die Energiekrise mit den stark gesunkenen Großhandelspreisen für Gas und Strom und den recht hohen Speicherfüllständen für Gas abgenommen. Dies zeigt sich in den

deutlich gestiegenen Geschäftserwartungen der Unternehmen, die sich freilich noch auf recht niedrigem Niveau befinden. Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat im Januar den starken Rückgang vom Dezember mehr als wettgemacht und lag deutlich oberhalb ihres Niveaus vom vierten Quartal. Insgesamt deuten gängige Prognosemodelle (z.B. Hauber 2018) auf einen recht kräftigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von bis zu über 0,5 Prozent hin. Für unsere

Prognose gehen wir von einem geringeren Anstieg aus. So rechnen wir für den privaten Konsum angesichts der rückläufigen real verfügbaren Einkommen mit einem abermaligen Rückgang. Schwankungen beim privaten Konsum schlagen sich in vielen Prognosemodellen jedoch nur unterproportional nieder, da sie vor der Pandemie keine wesentlichen Konjunkturtreiber waren und die Frühindikatoren weniger zuverlässig sind als für andere Wirtschaftsbereiche, wie dem Verarbeitenden Gewerbe. Zudem wurden die Schwankungen im Produzierenden Gewerbe im Dezember und Januar zu einem Gutteil durch die Bauproduktion verursacht, für die die Rahmenbedingungen nach wie vor ausgesprochen ungünstig sind und die im Monatsverlauf äußerst volatil ist. Insgesamt haben die Unternehmen ihre Geschäftslage bis in den Februar hinein als nahezu unverändert gegenüber dem vierten Quartal eingeschätzt (Abbildung 7). Vor diesem Hintergrund erwarten wir für das erste Quartal einen leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 Prozent.

Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird mit nachlassenden Lieferengpässen deutlich zulegen. So haben sich bei den Unternehmen in den vergangenen Jahren aufgrund der massiven Lieferengpässe bei gleichzeitig guter Auftragslage hohe Auftragsbestände aufgetürmt. Obwohl die Auftragseingänge im Verlauf des vergangenen Jahres im Zuge der Energiekrise um mehr als 10 Prozent zurückgegangen sind und die Produktion in etwa stabil geblieben ist, konnten die Unternehmen ihre hohen Auftragsbestände bis zuletzt kaum abbauen. Die Auftragsbestände lagen zum Jahreswechsel noch rund 30 Prozent oberhalb ihres Niveaus von Ende 2019. Die gestiegenen Auftragsreichweiten sprechen dafür, dass die über das Normalniveau hinausgehenden Auftragsbestände rund 10 Prozent einer Jahresproduktion ausmachen (Abbildung 8). Die Auftragseingänge haben sich zuletzt – auch abgesehen von schwankungsanfälligen Großaufträgen – wieder gefangen. Die alles in allem robuste Auslandskonjunktur (Gern et al. 2023) spricht dafür, dass sie im Verlauf des Jahres wieder anziehen. Weil sich zudem die Lieferengpässe weiter zurückbilden dürften, rechnen wir mit einem spürbaren Anziehen der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Für das erste Quartal zeichnet sich sogar ein

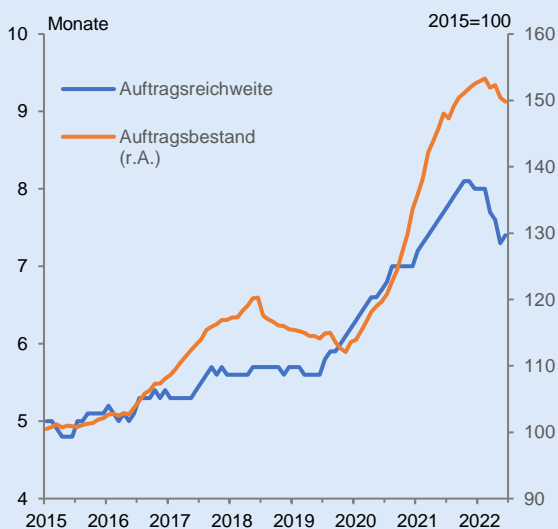
Abbildung 7: Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 8:
Auftragsreichweite und Auftragsbestand



Monatsdaten; Auftragsbestand: saison- und kalenderbereinigt.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

recht kräftiger Anstieg der Bruttowertschöpfung ab (Tabelle 6). So ist die Industrieproduktion im Januar gestiegen und lag rund 1 Prozent oberhalb ihres Niveaus vom vierten Quartal. Die Lkw-Fahrleistung, die eine recht hohe Prognosegüte für die Industrieproduktion aufweist ([Kasten 2](#)), spricht für einen weiteren deutlichen Anstieg im Februar. Insgesamt dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im laufenden Jahr um 2,8 Prozent und im kommenden Jahr um 2 Prozent zulegen.

Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe wird zunehmend durch Kapazitätsengpässe begrenzt. Die Produktionskapazitäten dürften in gewichtigen Branchen in den vergangenen Jahren kaum noch ausgebaut worden sein oder sich sogar verringert haben. Strukturelle Veränderungen in der Automobilindustrie, nicht zuletzt durch die Umstellung der Produktion auf Elektroantriebe, dürften dort die Kapazitäten schmälern (Falck et al. 2021). Zudem dürfte die Ausweitung der Produktionskapazitäten in vielen Branchen durch den massiven Fachkräftemangel behindert werden. Schließlich ist im Zuge der Energiekrise die Produktion in energieintensiven

Branchen im Verlauf des vergangenen Jahres merklich zurückgefahren worden. In den Jahren bis Jahr 2020 – jüngere Daten liegen noch nicht vor – machten die energieintensiven Branchen mehr als 15 Prozent der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe bzw. über 3 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung aus.¹⁰ Im Januar hat sich die Produktion in den energieintensiven Industrien zwar vom kräftigen Rückgang im Dezember erholt. Allerdings lag sie immer noch rund 15 Prozent unter dem Niveau, das vor Beginn des Krieges in der Ukraine erzielt worden war. Für die weitere Entwicklung liefern die Frühindikatoren uneinheitliche Signale. So waren die Auftragseingänge in der chemischen Industrie, die in den Jahren bis 2020 rund die Hälfte der Bruttowertschöpfung der energieintensiven Industrien ausmachte, bis zuletzt rückläufig. Die Erwartungen der Unternehmen haben sich jüngst dagegen wieder spürbar aufgehellt und deuten zumindest nicht mehr auf einen sich fortsetzenden Einbruch hin. Die Großhandelspreise für Gas und Strom sind zuletzt wieder deutlich gesunken. Allerdings dürften sie langfristig spürbar oberhalb der Niveaus verharren, die vor dem Beginn der Energiekrise gezahlt wurden. So ist LNG-Gas in der Beschaffung deutlich teurer als Gas, das zuvor über Pipelines aus Russland bezogen worden war. Auch die Preise an den Terminmärkten deuten darauf hin, dass Gas langfristig teurer bleiben wird als vor der Energiekrise. Dies spricht dafür, dass in den energieintensiven Industrien die Produktionskapazitäten eher abgebaut werden. Sofern sich die Kapazitäten an das gegenwärtige Produktionsniveau anpassen, würde dadurch für sich genommen die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe langfristig um rund 2,5 Prozent und die gesamtwirtschaftliche Produktion um 0,5 Prozent niedriger ausfallen. Von den dadurch freigewordenen Produktionsfaktoren könnte ein Teil zumindest mittelfristig in anderen Branchen eingesetzt werden und so diese Effekte abmildern; dies gilt aber im Wesentlichen nur für die Arbeitskräfte, nicht für den in den energieintensiven Branchen typischerweise hohen Sachkapitalstock. Vor diesem

¹⁰ Zu den energieintensiven Branchen zählen die „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“, „Metallerzeugung und -bearbeitung“, „Herstellung von Glas, Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und

Erden“, „Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus“ sowie „Kokerei und Mineralölverarbeitung“ (Statistisches Bundesamt 2023).

Tabelle 6:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent												
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	0,5	-0,4	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1,5	-0,6	1,6	-1,4	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,1	-0,2	0,6	-1,1	1,5	0,9	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	0,1	-0,2	1,0	-0,6	1,5	1,0	0,8	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-0,7	0,5	-2,5	-4,5	1,0	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe	2,5	-3,5	-2,2	-2,4	1,5	-1,5	-1,5	-0,5	0,2	0,5	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,8	-1,4	2,9	-2,9	-2,0	0,5	0,2	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5
Information und Kommunikation	1,3	0,5	1,4	0,9	0,3	0,5	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,7	0,3	1,2	-1,0	-0,5	-0,3	0,0	0,0	0,3	0,3	0,3	0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,7	0,3	-0,3	0,4	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	1,8	-0,1	-0,3	0,1	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleister	2,8	-1,5	4,4	-1,7	1,0	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Dienstleister	6,2	1,1	6,2	-6,8	-2,5	0,0	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5

Quartalsdaten, preisbereinigt.

 Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Hintergrund gehen wir davon, dass die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe trotz des hohen Auftragsbestands vorerst nicht wieder ihre Höchststände aus dem Jahr 2018 erreichen wird.

Die Konjunktur in den Dienstleistungsbranchen bleibt vorerst gespalten. Nachdem sich die konsumnahen Dienstleistungen gerade von den pandemiebedingten Rückschlägen erholt hatten, haben die aufgrund der hohen Inflation rückläufigen real verfügbaren Einkommen im Winterhalbjahr zum nächsten Rückschlag geführt. Die Bruttowertschöpfung wird sich in diesen Branchen, die vor allem in den Bereichen „Handel, Verkehr, Gastgewerbe“ sowie „sonstige Dienstleister“ enthalten sind, mit den nachlassenden Belastungen durch die Energiekrise wohl allmählich wieder erholen. Die unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen, deren Wertschöpfung relativ eng mit der Geschäftslage der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe verbunden ist (Bode et al. 2020), dürften angesichts der dort wieder anziehenden Produktion ihre Geschäftstätigkeit in robustem Tempo ausweiten. Nachdem die Pandemie zu großen Schwankungen bei der Bruttowertschöpfung der öffentlichen Dienstleister geführt hatte, wird sie nun voraussichtlich wieder auf ihren alten Expansionspfad einschwenken.

Sinkende Importpreise verbessern Deutschlands preisliches Austauschverhältnis wieder

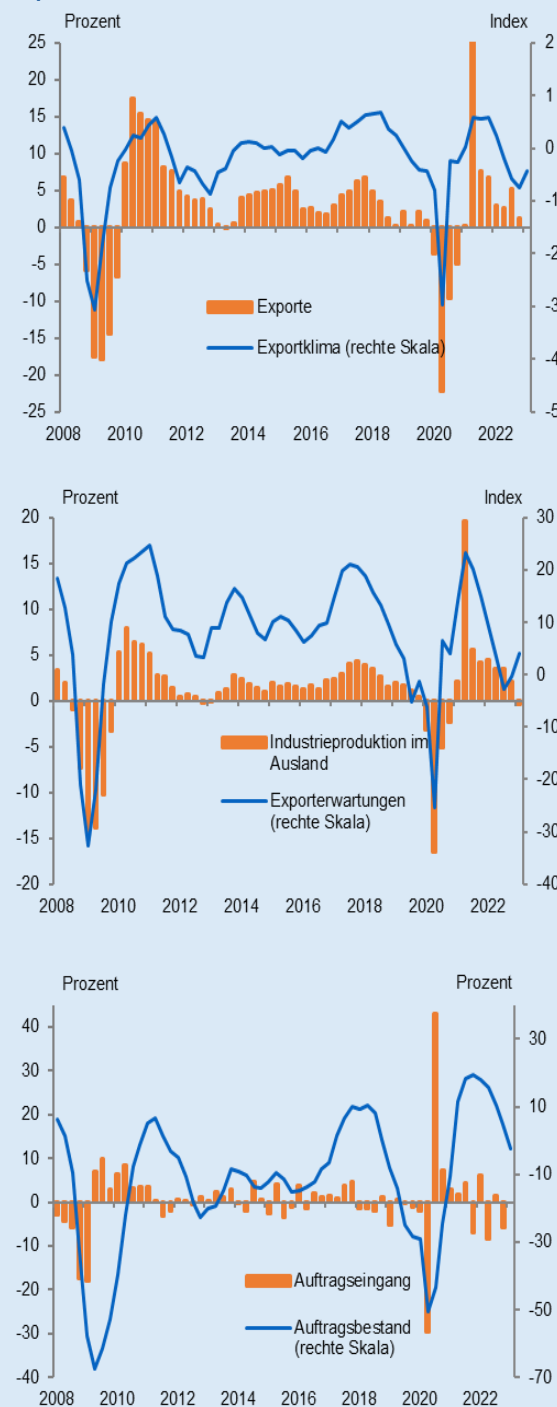
Die Exporte sanken im vierten Quartal im Zuge der abkühlenden Konjunktur leicht. Die deutschen Exporte fielen unabhängig von der Zielregion. Während die Exporte in europäische Nachbarländer und die Vereinigten Staaten leicht nachgaben, sanken die Warenausfuhren nach China und andere asiatische Länder deutlich. Die Exporte nach Russland fielen weiter, obwohl diese bereits seit dem ersten Quartal 2022 kontinuierlich stark gefallen waren. Die nominalen Warenausfuhren nach Russland lagen im vierten Quartal nunmehr 58 Prozent unterhalb des Vorjahresquartals. Chemische Produkte und andere Vorleistungsgüter hatten auf die insgesamt sinkenden Exporte einen maßgeblichen Einfluss. Insbesondere Waren, deren Produktion energieintensiv ist und infolge gestiegener Rohstoffpreise teurer wurde, verzeichneten preisbereinigt Rückgänge. Dies gilt für Papier- und Plastikprodukte, sowie für andere Chemikalien und Eisenwaren. Insbesondere chemische Waren haben damit das vor der COVID-19 Pandemie verzeichnete Exportvolumen unterschritten. Die Dienstleistungsexporte haben ebenfalls ein schwaches Quartal durchlaufen. Positiv hingegen haben sich preisbereinigt Investitionsgüter wie Maschinen und Kraftwagen entwickelt. Darüber hinaus konnten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im Zuge sinkender Lieferengpässe vermehrt die hohen Auftragsbe-

stände abarbeiten. Im vierten Quartal fielen allerdings die Auftragseingänge aus dem Ausland gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent, so dass sich die positive Entwicklung der Maschinenbauexporte auf bereits vorhandene Aufträge gestützt hat (Abbildung 9).

Ein schwacher Jahresauftakt senkt die Erwartungen für das laufende Quartal. Im laufenden Quartal nehmen dämpfende Einflüsse seitens der Weltkonjunktur zwar ab, dürften jedoch weiterhin die Aussichten für deutsche Exporte eintrüben. Beispielsweise haben die Produktionserwartungen in den Partnerländern gewichtet nach deutschen Exportvolumen die Tiefstwerte im Dezember hinter sich gelassen, liegen jedoch weiterhin auf niedrigen Niveaus. Auch weitere Indikatoren wie die ifo Exporterwartungen oder im Kiel Trade Indicator verarbeitete Containerschiffbewegungen zeigen eine leicht positive Entwicklung. Die preisbereinigten monatlichen Warenausfuhren, die im Januar noch merklich unterhalb des Niveaus vom vierten Quartal lagen, sprechen jedoch für einen abermaligen Rückgang der Exporte im ersten Quartal (Abbildung 10). Sobald die konjunkturelle Abkühlung im Winterhalbjahr zurückgelassen wird, werden auch die Exporte beginnend mit dem zweiten Quartal 2023 wieder steigen. Insbesondere die Erholung des Euroraums (Boysen-Hogrefe et al. 2023b) sowie der Schwellenländer (Gern et al. 2023) führt zu einem positiven Wachstum der deutschen Exportmärkte im weiteren Verlauf des Jahres (Abbildung 11). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird nach der deutlichen Verbesserung im Jahr 2022 im laufenden Jahr in etwa unverändert bleiben. Für das kommende Jahr zeichnet sich eine Verbesserung ab. Insgesamt rechnen wir mit einem Zuwachs der Exporte im laufenden Jahr von 0,5 Prozent gefolgt von 3,5 Prozent im kommenden Jahr.

Die Importe sanken im vergangenen Quartal wegen der geringeren Einfuhr energieintensiver Waren deutlich. Nachdem die Preise im Laufe des Jahres 2022 für energieintensive Güter deutlich gestiegen waren, ließ die Nachfrage nach diesen Gütern im vergangenen Quartal auch in Deutschland deutlich nach. Zwar fielen auch die nominalen Importe aus den Partnerländern der Europäischen Union, auffällig ist jedoch, dass Importe aus China nach langer

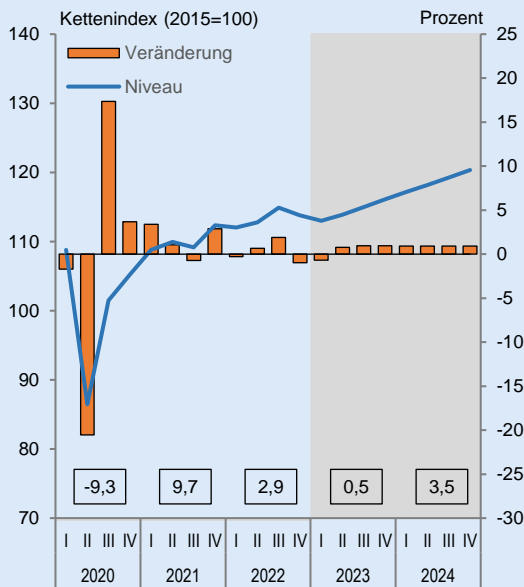
Abbildung 9: Exportindikatoren



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Thomson Reuters Datastream; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 10:
Exporte

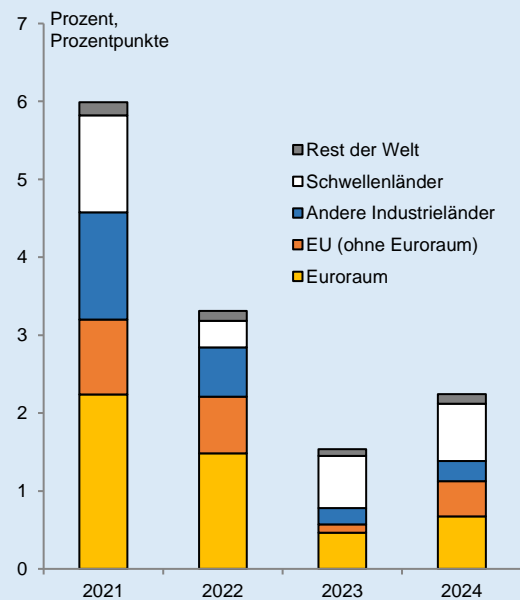


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Expansionsphase bereits zwei Quartale in Folge fallen. Die Importe aus asiatischen Ländern ohne China stiegen im vierten Quartal hingegen leicht. Dies könnte einerseits auf die Coronalage Chinas im Herbst zurückzuführen sein oder ein Anzeichen für die Diversifikation der Lieferketten darstellen. Auf Produktebene traf der Rückgang vor allem energieintensive Produkte wie Plastikartikel, Chemikalien und Aluminiumprodukte. Wie bei den Exporten führt das schwache Jahresende bei den Importen zu einem deutlichen statistischen Unterhang für das laufende Quartal. Im Gegensatz zu den Exporten fielen die preisbereinigten Importe jedoch im Januar weiter und erreichten den niedrigsten Wert seit dem ersten Halbjahr 2020, als Lockdowns zu Verwerfungen im Warenhandel führten. Indikatoren wie der Kiel Trade Indicator legen zwar eine leichte Entspannung am Ende des ersten Quartals nahe. Die negativen Vorgaben aus den Wintermonaten können jedoch nicht überwunden werden (Abbildung 12). Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Importe mit der wieder anziehenden Konjunktur moderate Zuwächse verbuchen. Im laufenden Jahr dürften die Importe angesichts des schwachen Winterhalbjahres um 0,2 Prozent sinken. Im Jahr 2024 werden sie voraussichtlich um rund 4 Prozent zulegen.

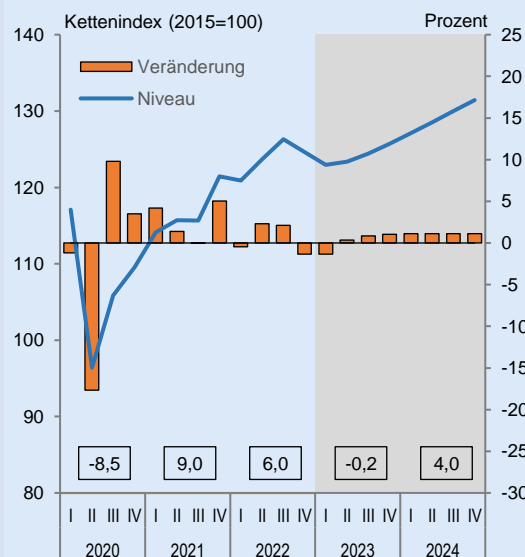
Abbildung 11:
Deutsche Exportmärkte



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 12:
Importe



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

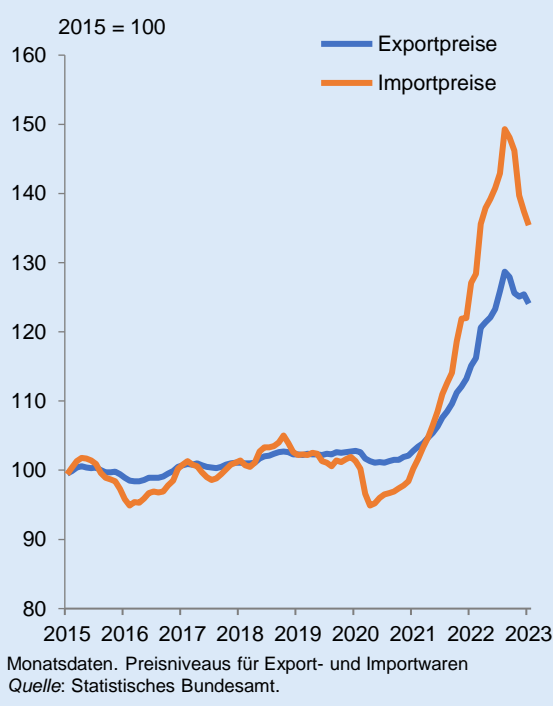
Die Außenhandelspreise vollziehen einen überraschend rasanten Rückgang. Nach neun Monaten mit positiven Zuwächsen vollzogen die Importpreise im vierten Quartal eine Kehrtwende. Sie fielen auf dem Rücken nachgebender Rohstoff- und Energiepreise um 2,9 Prozent. Da Rohstoffe wie Öl und Erdgas sich im Laufe des Abschlussquartals 2022 kontinuierlich verbilligt haben, wird auch das Auftaktquartal 2023 einen deutlichen Rückgang der Importpreise im Vergleich zum Vorquartal aufweisen. Damit liegt das Niveau der Importpreise insgesamt nur noch leicht über den Werten vor dem Krieg gegen die Ukraine und den darauffolgenden Verwerfungen an Energiemärkten. Die Preise für andere Importwaren sind zwar im vierten Quartal auch nur leicht gestiegen, im Vergleich zu Rohstoffen und chemischen Produkten, sind sie aber nicht merklich gefallen. Sofern die Preise für diese Produkte im ersten Halbjahr 2023 nicht zurückgehen und sich die Rohstoffpreise auf niedrigerem Niveau stabilisieren, werden die Importpreise sich im Laufe des Jahres in der Tendenz seitwärts bewegen oder leicht steigen. Demnach würden die Importpreise trotz Rückgangs im Winterhalbjahr auf hohem Niveau verbleiben (Abbildung 13). Als Reaktion auf fallende Importpreise sind auch die Exportpreise insbesondere bei chemischen

Produkten deutlich gesunken. Im laufenden Quartal dürfte sich dieser Trend fortsetzen. Bei den für den deutschen Export bedeutenden Automobilen sind bisher keine fallenden Preise zu verzeichnen. Auf dieser Grundlage dürften die Exportpreise langsamer fallen als Importpreise und somit das Austauschverhältnis, die Terms-of-Trade, sich wieder deutlich verbessern. In der Winterprognose waren wir davon ausgegangen, dass sich die Terms-of-Trade über einen längeren Zeitraum von ihrem deutlichen Rückgang im vergangenen Jahr wieder erholen. Durch den Einbruch der Importpreise in diesem Winterhalbjahr hat sich diese Verbesserung des Austauschverhältnisses nun deutlich schneller realisiert. Insgesamt unterliegen die Außenhandelspreise aufgrund der hohen Schwankungen derzeit aber erhöhter Prognoseunsicherheit.

Heimische Absorption fängt sich rasch wieder

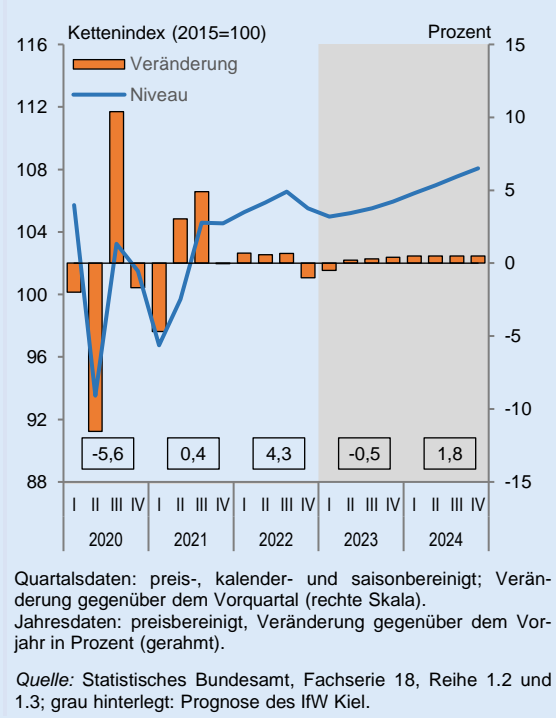
Die privaten Konsumausgaben haben sich von den pandemiebedingten Rückschlägen erholt. Im Jahr 2022 sind die privaten Konsumausgaben um 4,3 Prozent gestiegen und haben annähernd wieder das Niveau aus dem Jahr 2019 erreicht (Abbildung 14). Die real verfügbaren Einkommen befanden sich zuletzt auf einem ähnlichen Niveau wie 2019 und die Sparquote, die aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten zwischenzeitlich in die Höhe geschossen war, hat sich wieder stark ihrem Vorkrisenniveau angenähert. Demzufolge hat sich das Konsumverhalten der privaten Haushalte weitestgehend normalisiert. Die Erholung zeigte sich erwartungsgemäß vor allem in den Bereichen, in denen es pandemiebedingt zu besonders großen Rückschlägen gekommen war, wie „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ und „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“. Der private Konsum legte bis zum dritten Quartal kräftig zu, obwohl der hohe Preisauftrieb die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Verlauf des Jahres bereits empfindlich schmälerte. Erst im vierten Quartal kam es zu einem Rückgang der privaten Konsumausgaben, der mit 1 Prozent aber recht deutlich ausfiel. Merklich niedrigere Konsumausgaben wurden insbesondere für Freizeitaktivitäten

Abbildung 13:
Außenhandelspreise



verzeichnet, da die privaten Haushalte bei rückläufigen real verfügbaren Einkommen dort vergleichsweise rasch Einsparungen vornehmen können. Auch die Konsumausgaben im Einzelhandel gingen deutlich zurück. Dort waren während der Pandemie aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten bei kontaktintensiven Dienstleistungen merklich höhere Umsätze verzeichnet worden. Dies dürfte jedoch zu einer gewissen Sättigung des Bedarfs insbesondere bei längerlebigen Konsumgütern geführt haben. Zuletzt bewegten sich die Einzelhandelsumsätze in etwa wieder auf ihrem Vorkrisenniveau. Gestützt wurde der private Konsum durch den lebhaften Absatz von Pkws, da die Automobilhersteller aufgrund der nachlassenden Lieferengpässe ihre Produktion wieder hochfahren konnten.

Abbildung 14:
Private Konsumausgaben



Die nominal verfügbaren Einkommen können vorerst mit dem hohen Preisauftrieb nicht

Schritt halten. Im Jahr 2022 stiegen die verfügbaren Einkommen mit 7 Prozent so stark wie zuletzt im Jahr 1991. Maßgeblich war, dass die Erholung von der Pandemie zu kräftig steigenden Bruttolöhnen und -gehältern – nicht zuletzt aufgrund des Rückgangs der Kurzarbeit – sowie Unternehmens- und Vermögenseinkommen geführt hat. Im Prognosezeitraum dürften die verfügbaren Einkommen im längerfristigen Vergleich weiter in recht hohem Tempo zunehmen, auch wenn sie hinter der ausgesprochen hohen Zuwachsrate des Vorjahres zurückbleiben werden. So werden die Bruttolöhne und -gehälter angesichts der hohen Inflation und des anhaltenden Arbeitskräftemangels kräftig steigen. Auch die monetären Sozialleistungen werden in hohem Tempo zulegen, nicht zuletzt da die Regelsätze in den sozialen Sicherungssystemen deutlich angehoben wurden. Für die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte gehen wir dagegen von einer deutlich schwächeren Entwicklung aus. In Anbetracht des kräftigen Anstiegs des Vorjahres und der sich abschwächenden Konsumkonjunktur könnten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte im laufenden Jahr sogar leicht zurückgehen, zumal sie anders als die der Kapitalgesellschaften kaum von der deutlichen Verbesserung der Terms of Trade profitieren. Im kommenden Jahr dürften sie mit der wieder etwas höheren wirtschaftlichen Dynamik etwas zulegen. Alles in allem dürften die nominal verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr um 3,6 Prozent und im Jahr 2024 um 4,6 Prozent zulegen. Die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen wird im laufenden Jahr durch den anhaltend hohen Preisauftrieb bei den Konsumgütern deutlich geschmälert. Nachdem sich im vergangenen Jahr die außergewöhnlich stark gestiegenen nominal verfügbaren Einkommen mit dem Anstieg des Deflators der privaten Konsumausgaben von 6,9 Prozent in etwa die Waage gehalten hatten, dürften die real verfügbaren Einkommen im laufenden Jahr um 1,8 Prozent zurückgehen (Abbildung 15).¹¹ Im kommenden Jahr, wenn sich der

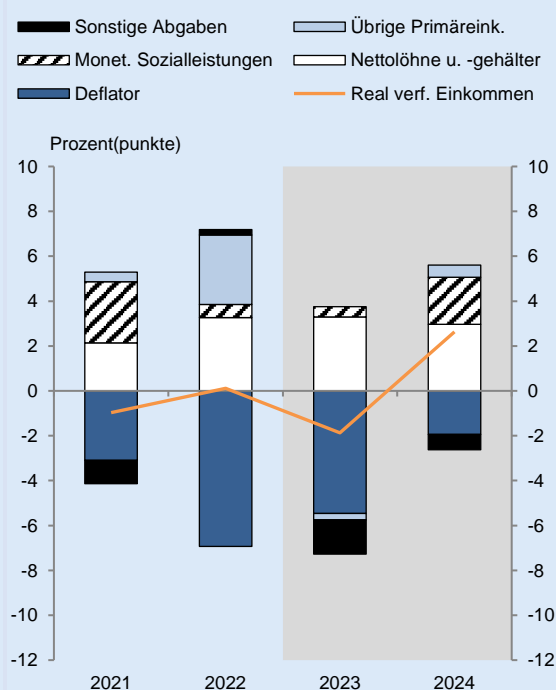
¹¹ Die Prognose des Deflators der privaten Konsumausgaben orientiert sich an der Prognose für den Verbraucherpreisindex. In der Regel steigt der Deflator des privaten Konsums etwas schwächer als der Verbraucherpreisindex, da dort keine Mengenanpassungen berücksichtigt werden, aber die privaten Haushalte den Konsum von sich relativ verteuern

Gütern tendenziell zurückfahren. Aus diesem Grund lag die Zuwachsrate des Deflators der privaten Konsumausgaben zwischen den Jahren 1991 und 2021 im Durchschnitt um 0,2 Prozentpunkte unterhalb der Verbraucherpreisinflation. Im Verlauf des vergangenen Jahres fiel diese Diskrepanz deutlich größer aus, nicht

Preisauftrieb für Konsumgüter voraussichtlich merklich abschwächen wird, dürften die real verfügbaren Einkommen recht kräftig um 2,6 Prozent anziehen. Bemerkenswert ist, dass die Mas-seneinkommen der privaten Haushalte, also insbesondere die Nettolöhne und -gehälter und die monetären Sozialleistungen, auch im laufenden Jahr stärker steigen als der Deflator des privaten Konsums, so dass die Kaufkraft der privaten Haushalte von dieser Seite her im gesamten Prognosezeitraum zunimmt.

Wieviel die privaten Haushalte von ihren während der Pandemie zusätzlich angehäuften Ersparnissen für Konsumausgaben aufwenden, ist unsicher. Nach dem Beginn der Pandemie ist die Sparquote hochgeschwungen, da die Konsummöglichkeiten eingeschränkt waren, während die verfügbaren Einkommen aufgrund staatlicher Transfers weitestgehend stabil blieben. Mit dem Nachlassen der pandemiebedingten Einflüsse hat sich die Sparquote im vergangenen Jahr mit 11,4 Prozent wieder stark ihrem Vorkrisenniveau von 10,8 Prozent (2019) angenähert, nachdem sie zwischenzeitlich mit 16,4 Prozent (2020) bzw. 15,1 Prozent (2021) Rekordwerte erreichte. Gemessen an der Sparquote des Jahres 2019 haben die privaten Haushalte zwischen den Jahren 2020 und 2022 etwa 220 Mrd. Euro bzw. rund 10 Prozent des verfügbaren Einkommens des Jahres 2022 an zusätzlichen Ersparnissen angehäuften (Abbildung 16). In unseren vergangenen Prognosen haben wir angenommen, dass ein Teil dieser Extra-Ersparnisse für Konsumzwecke aufgewendet werden wird. In unserer Winterprognose gingen wir von rund 20 Prozent aus. Im Verlauf des vergangenen Jahres ist die Sparquote saisonbereinigt jedoch nicht mehr merklich gesunken. Im dritten und vierten Quartal ist sie sogar wieder gestiegen. Dazu beigetragen haben könnte, dass die privaten Haushalte angesichts der Energiekrise aus Vorsichtsmotiven zusätzliche Ersparnisse gebildet oder die Dezemberzahlungen im Rahmen der Gaspreisbremse nicht vollständig für Konsumzwecke verausgabt haben. Freilich liegen für die Erhebung der Sparquote zunächst kaum originäre Daten vor, so dass sie im Nachhinein deutlich revidiert werden kann und dadurch die Aussagekraft der jüngsten Werte für die zukünftige Entwicklung begrenzt wird. Vor diesem Hintergrund gehen wir weiterhin davon aus, dass ein Teil der Extra-Ersparnisse für Konsumzwecke aufgewendet werden wird, da die

Abbildung 15:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

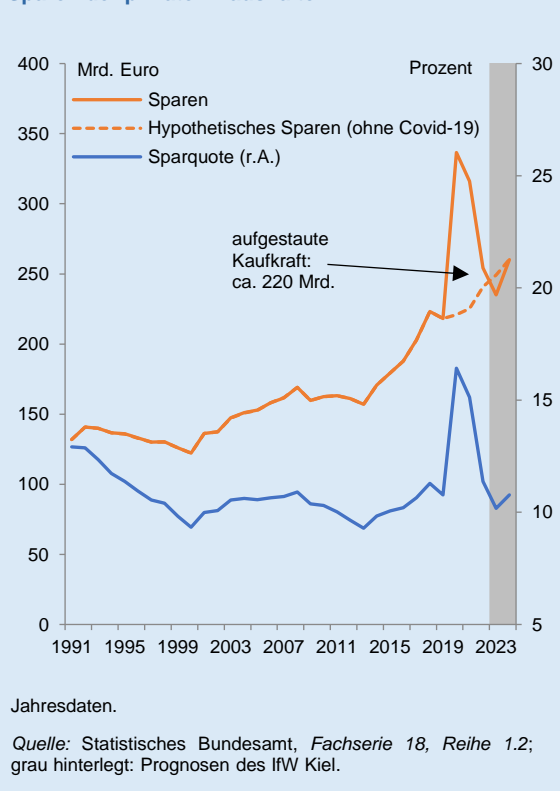
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

zuletzt, weil die Gaspreise kräftig anzogen und das Gewicht von Gas im Wägungsschema des Verbraucherpreisindex mit 2,5 Prozent deutlich höher war als der Ausgabenanteil von 1,2 Prozent beim privaten Konsum. Diesen Unterschieden haben wir in den vergangenen Prognosen Rechnung getragen, indem wir den Deflator der privaten Konsumausgaben unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gewichte für die Energiekomponenten, insbesondere Gas, explizit fortgeschrieben haben. Im laufenden Jahr wurde das

Wägungsschema des Verbraucherpreisindex auf das Jahr 2020 aktualisiert und der Verbraucherpreisindex rückwirkend ab dem Jahr 2020 neu berechnet. Damit haben sich die Diskrepanzen zwischen dem Verbraucherpreisindex und dem Deflator des privaten Konsums insbesondere bei den Energiepreisen weitestgehend aufgelöst, so dass wir für den Prognosezeitraum wieder in etwa von einem Gleichlauf dieser beiden Größen und einem normalen Paasche-Abschlag ausgehen.

privaten Haushalte bemüht sein werden, ihren Konsum trotz des hohen Preisauftriebs zu großen Teilen aufrecht zu erhalten. Allerdings nehmen wir für diese Prognose an, dass nunmehr lediglich knapp 10 Prozent der Extra-Ersparnisse eingesetzt werden und die Sparquote demzufolge nur wenig unter ihr Vorkrisenniveau sinkt.

Abbildung 16:
Sparen der privaten Haushalte



Die privaten Konsumausgaben werden nur vorübergehend sinken. Für das erste Quartal zeichnet sich ein erneuter Rückgang der privaten Konsumausgaben ab. So lagen die Einzelhandelsumsätze im Januar deutlich unter dem Niveau vom vierten Quartal. Auch beim Gastgewerbe zeichnet sich ein weiterer Rückgang der Konsumausgaben ab. Das Konsumklima ist zuletzt wieder etwas gestiegen, aber befindet sich nach wie vor auf historisch niedrigem Niveau. Die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte konnte sich bislang kaum von ihren Tiefständen lösen. Insgesamt rechnen wir für das erste Quartal mit einem Rückgang der privaten Konsumausgaben von 0,5 Prozent. Im weiteren Verlauf dürften die privaten Konsumausgaben wieder allmählich zulegen. So werden die

Energiepreise für die Haushalte voraussichtlich nicht mehr steigen und ab Ende des Jahres wieder etwas nachgeben. Die ersten Zahlungen im Rahmen der sogenannten Gas- und Strompreisbremsen werden – nach der einmaligen Zahlung an Gaskunden im Dezember – die privaten Haushalte im März erreichen. Schließlich dürften die Haushalte auch angesichts ihrer hohen Extra-Ersparnisse ihre Sparquote wieder zurückfahren, zumal sich die Großhandelspreise für Gas und Strom zuletzt wieder deutlich beruhigt haben und die Risiken explodierender Energiekosten durch die Preisbremsen vorerst gebannt sind. Alles in allem rechnen wir aufgrund des schwachen Jahresauftakts für das laufende Jahr mit einem Rückgang des privaten Konsums um 0,5 Prozent. Im kommenden Jahr, wenn die real verfügbaren Einkommen wieder recht kräftig steigen, dürften die privaten Konsumausgaben um 1,8 Prozent zulegen.

Der öffentliche Konsum wird nach den ungewöhnlich starken Schwankungen der Vorjahre moderat zunehmen. Bereits im Jahr 2022 hat sich die Dynamik des Staatskonsums trotz des merklichen Plus im Schlussquartal abgeschwächt. Zusätzliche Ausgaben im Bereich der Fluchtmigration haben den deutlichen Rückgang der pandemiebezogenen Ausgaben nicht wett gemacht. Das Jahresergebnis 2023 dürfte ebenfalls von dieser Tendenz geprägt sein. Im Jahr 2024 wird der öffentliche Konsum dann nominal wie preisbereinigt angesichts trendmäßig steigender Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Pflege wieder etwas kräftiger zulegen.

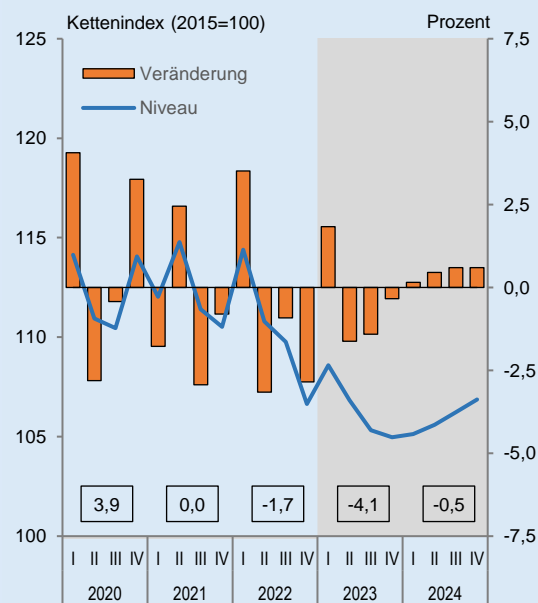
Die Zinswende dämpft die Bauinvestitionen spürbar. Ausgelöst durch massiv verschlechterte Rahmenbedingungen gingen die Investitionen im Baubereich im Jahr 2022 um 1,7 Prozent zurück. Das Zusammenspiel aus zuvor hoher Nachfrage nach Wohnraum, massiv gestiegenen Baustoffpreisen und einer hohen Kapazitätsauslastung der Baubetriebe hatte sich vor allem in den Baupreisen niedergeschlagen. Der Deflator zog im vergangenen Jahr mit 15,9 Prozent so rasant an wie noch nie im wiedervereinten Deutschland. Darin spiegeln sich hohe Margen ebenso wie erhebliche Kostenschübe wider. Realeinkommenseinbußen infolge der allgemein hohen Teuerung für die privaten Haushalte sowie steigende Finanzierungskosten lasten nun auf der Baunachfrage.

Die Dynamik der Bauinvestitionen zeigt weiter nach unten, und der Preisdruck nimmt ab.

Die Frühindikatoren deuten für das erste Quartal auf einen Anstieg der Bauinvestitionen hin. Die Bauproduktion nahm im Januar um 10,4 Prozent zu und holte damit den kräftigen Rückgang im Dezember wieder auf, in dem Bauunternehmen vermehrt über schlechte Witterungsbedingungen klagten. Insgesamt lag die Bauproduktion im Januar deutlich oberhalb ihres Niveaus im vierten Quartal. Auch Unternehmensangaben zur Kapazitätsauslastung und zur Bauproduktion sprechen für einen Anstieg zum Jahresauftakt. Wir erwarten im ersten Quartal einen Anstieg der Bauinvestitionen um 1,8 Prozent (Abbildung 17). Für den weiteren Jahresverlauf rechnen wir angesichts der weiterhin schlechten Rahmenbedingungen jedoch mit deutlichen Rückgängen. So befinden sich die Auftragseingänge auf dem niedrigsten Niveau seit dem Jahr 2015. Zudem berichtete eine wachsende Zahl an Unterneh-

men über Stornierungen. Auch die sinkenden Baugenehmigungen im gesamten Hochbau deuten auf eine vorerst weiter schwache Bauaktivität hin. Im Januar waren zudem die Effektivzinsen von (zehnjährigen) Wohnbaukrediten mit 3,7 Prozent mehr als doppelt so hoch wie zu Jahresbeginn und markierten damit das höchste Niveau seit 2011. Dies ließ das Neugeschäftsvolumen für Wohnbaukredite im Januar um 46 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert einbrechen (Abbildung 18). Angesichts hoher Margen bei der Bauproduktion könnte eine rasche Preisreaktion stabilisierend wirken. Dem steht jedoch die Trägheit der Bodenpreise entgegen, so dass von dieser Seite mit einer länger anhaltenden Schwäche zu rechnen ist. Mittlerweile klagten auch wieder mehr Unternehmen über mangelnde Nachfrage. Andere Engpässe, wie fehlendes Material und andere Baubehinderungen, dürften im Prognosezeitraum weiter abnehmen. Trotz bereits deutlicher Rückgänge dürfte der nach wie vor recht hohe Auftragsbestand noch stützend wirken. Zuletzt haben sich die Auftragseingänge auf ihrem niedrigen Niveau stabilisiert. Auffällig ist, dass die Unternehmen im Baugewerbe bis zuletzt Beschäftigung aufgebaut haben und nach wie vor über einen Fachkräftemangel klagten. Dies spricht dafür, dass sie eher mit einer vorübergehenden Schwächephase rechnen. Insgesamt erwarten wir einen Rückgang der Bauinvestitionen von 4,1 Prozent in diesem Jahr. Sie würden damit hinter das Niveau des Jahres 2018 zurückfallen. Im kommenden Jahr dürften die Bauinvestitionen noch leicht um 0,5 Prozent abnehmen. Die Preise für Baumaterialien zeigen ein gemischtes Bild. Steigende Preise für Ziegel und Beton stehen – auf hohem Niveau – fallenden Preisen für Holz und Stahl entgegen. Insgesamt haben die Unternehmen Umfragen zufolge die Baupreise auch zu Jahresbeginn weiter angehoben, jedoch nicht mehr in dem Ausmaß wie im vergangenen Jahr. Der starke Preisauftrieb dürfte sich infolge des nachfrageseitigen Gegenwindes rasch beruhigen. Für das Jahr 2023 erwarten wir aufgrund eines hohen Überhangs zum Jahreswechsel einen Anstieg der Baupreise um 5 Prozent, der sich im kommenden Jahr auf 1 Prozent abschwächen dürfte.

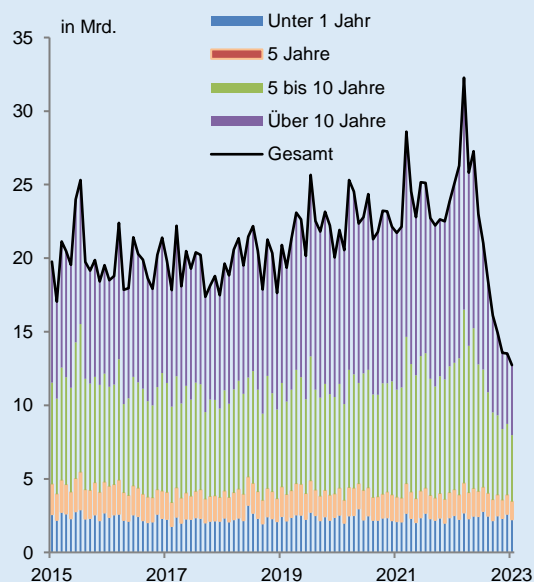
Abbildung 17:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Abbildung 18:
Neugeschäftsvolumina bei Wohnbaukrediten



Monatsdaten, bei Neugeschäften, verschiedene Laufzeiten, in Milliarden Euro.
Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken.

Der Rückgang der Bauinvestitionen wird maßgeblich durch die Entwicklung im Wohnungsbau getrieben. Im laufenden Jahr dürften die Wohnungsbauinvestitionen besonders deutlich abnehmen. Die Auftragseingänge waren bis zuletzt rückläufig und lagen im Dezember rund 40 Prozent unter ihrem Hochpunkt zu Jahresbeginn 2022. Besonders stark durch die gestiegenen Finanzierungskosten und das sinkende Realeinkommen getrieben sanken die Wohnbauinvestitionen im vierten Quartal 2022 bereits um 3,8 Prozent. Steigende Material- und Finanzierungskosten verringern trotz eines hohen Wohnraumbedarfs weiter Investitionsanreize. Zudem dürfte neben den stark gestiegenen Zinsen auch die einsetzende Preiskorrektur zu einem Investitionsattentismus geführt haben. So ist das Transaktionsvolumen großer Wohnungsbestände auf dem Immobilienmarkt mittlerweile auf das Niveau der Finanzkrise 2009/2010 gefallen. In Umfragen erwarten 60 Prozent der Bauunternehmen eine Verschlechterung der Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten. Während der Neubau vor großen Einbußen steht, dürfte das Ausbaugewerbe eher stabilisierend wirken. Freie Kapazitäten durch den Wegfall von Aufträgen im profitableren Wohnbau sowie steigende Energiepreise dürften vermehrt zu energetischen

Sanierungen führen. Die 2023 angepasste Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) und der Fokus der Förderung auf die Sanierung des Bestandes sollte diesen Effekt bestärken. Die Produktion im Ausbaugewerbe nahm im Januar um rund 15 Prozent im Vergleich zum Vormonat zu und lag damit deutlich oberhalb des Niveaus vom vierten Quartal. Die Wohnbauinvestitionen stabilisieren dürften zudem die Neuaufsetzung von Förderprogrammen, die Erhöhung des linearen Abschreibungssatzes für Wohnneubauten von 2 auf 3 Prozent sowie die im Januar 2023 wiedereingeführte Sonderabschreibung im Mietwohnungsbau (Sonder-AfA). Alles in allem dürften die Wohnungsbauinvestitionen im laufenden Jahr um rund 6 Prozent und im kommenden Jahr um knapp 2 Prozent sinken (Tabelle 7).

Tabelle 7:
Bruttoanlageinvestitionen

	2021	2022	2023	2024
Gesamt	1,2	0,4	-1,1	1,7
Unternehmensinvestitionen	2,0	1,9	1,8	3,4
Ausrüstungen	3,5	3,3	2,1	4,4
Wirtschaftsbau	0,1	-1,0	-0,6	0,2
Sonstige Anlagen	1,1	2,1	3,3	4,3
Wohnungsbau	0,6	-2,2	-6,1	-1,8
Öffentlicher Bau	-2,9	-1,1	-1,7	4,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	0,0	-1,7	-4,1	-0,5

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Auch der Wirtschaftsbau dürfte sich im Prognosezeitraum weiter abschwächen. Die steigenden Baustoffpreise und schlechteren Finanzierungsbedingungen lasten auch auf den gewerblichen Investitionen. Sie gingen im vergangenen Jahr um 1 Prozent zurück. Insgesamt dürften sich die eingetrübten Rahmenbedingungen hier weniger stark bemerkbar machen als beim Wohnungsbau. So werden die Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen und sonstigen Anlageinvestitionen, die oft auch mit Bauvorhaben verbunden sind, im Prognosezeitraum wohl ausweiten. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für das laufende Jahr nur mit einem moderaten Rückgang von 0,6 Prozent. Im kommenden Jahr dürften sie in etwa unverändert bleiben.

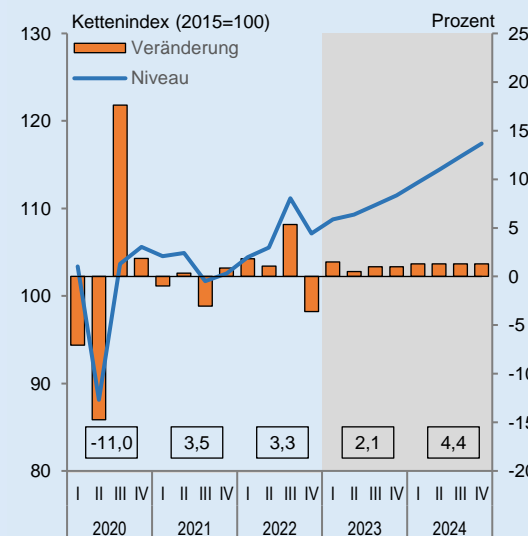
Starke Preisschübe drücken die öffentlichen Investitionen. Im Verlauf des Jahres 2022 haben die öffentlichen Bauinvestitionen deutlich an Tempo verloren. Angesichts stark gestiegener Preise wurden die Volumina angepasst. Da das Preisniveau weiter erhöht ist, dürfte sich der Rückgang im Jahr 2023 zunächst fortsetzen. Erst gegen Ende des Jahres und im Jahr 2024 wird der öffentliche Bau wieder Tritt fassen, da sich die Preisdynamik abschwächt und die nominalen Größen in etwa mit den staatlichen Einnahmen zulegen werden. Für das Jahr 2024 rechnen wir mit einem recht kräftigen Anstieg der öffentlichen Investitionen.

Die Ausrüstungsinvestitionen blieben trotz schwacher Konjunktur stabil. Im vergangenen Jahr legten die Ausrüstungsinvestitionen um 3,3 Prozent zu. Besonders deutlich war der Anstieg im dritten Quartal mit einem Zuwachs von 5,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Erklären lässt sich dieser deutliche Anstieg in einer Unsicherheits- und Schwächephase der Konjunktur, also entgegen des gängigen Investitionszyklus, mit einem Rekordniveau des Auftragsbestandes, das sich im Zuge von Lieferengpässen in der Corona-Pandemie aufbaute und unter nachlassenden Lieferengpässen sukzessive abgebaut werden kann. Entgegen der Aufwärtsdynamik beim Umsatz der inländischen Investitionsgüterproduzenten und der inländischen Produktion von Investitionsgütern gingen die Ausrüstungsinvestitionen im Schlussquartal um 3,6 Prozent zurück. Wesentlich zum Rückgang beigetragen haben die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen, die um rund 28 Prozent sanken. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen fielen nur um 1,2 Prozent.

Die Ausrüstungsinvestitionen legen in robustem Tempo zu. Die Auftragseingänge für Investitionsgüter befanden sich zuletzt zwar immer noch auf recht niedrigem Niveau. In den vergangenen Monaten haben sie sich aber stabilisiert und waren jüngst wieder aufwärtsgerichtet. Die Unternehmenserwartungen haben sich zudem deutlich von ihren Tiefstständen gelöst. Mit den nachlassenden Materialengpässen dürften die ausgesprochen hohen inländischen Auftragsbestände für Investitionsgüter nach und nach abgearbeitet werden und die Ausrüstungsinves-

tionen anschieben. Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen, die einen Anteil von rund 10 Prozent ausmachen, werden aufgrund steigender Rüstungsausgaben über das Sondervermögen Bundeswehr voraussichtlich deutlich steigen. Die Frühindikatoren, insbesondere die Inlandsumsätze der Investitionsgüterhersteller, sprechen für einen recht deutlichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal. (Abbildung 19). Im Jahresdurchschnitt werden sie voraussichtlich um 2,1 Prozent steigen. Für das Jahr 2024 erwarten wir mit 4,4 Prozent eine höhere Zuwachsrate. Einem stärkeren Anstieg entgegen wirken wird die angesichts der höheren Energiepreise voraussichtlich geringere Investitionstätigkeit in den energieintensiven Branchen.

Abbildung 19:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Preisaufrtrieb hartnäckig hoch

Durch die Umstellung auf ein neues Wägungsschema fällt die Inflation im Jahr 2022 nun geringer aus.¹² Das Statistische Bundesamt hat turnusgemäß 2023 das Wägungsschema für den Verbraucherpreisindex vom bisherigen Basisjahr 2015 auf das Jahr 2020 umgestellt. Aus diesem Warenkorb gehen die

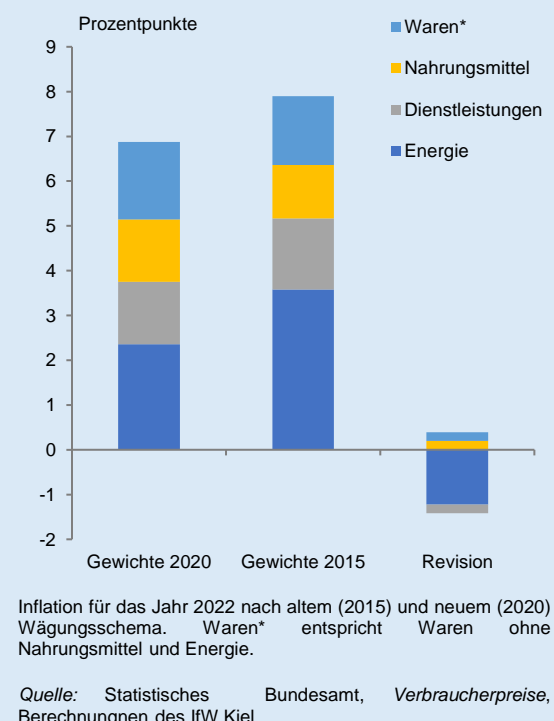
¹² Die folgenden drei Absätze sind vorab erschienen in Janssen und Sonnenberg (2023).

Gewichte hervor, mit denen aus den beobachteten Güterpreisen der Verbraucherpreisindex berechnet wird. Der Verbraucherpreisindex ist anhand des neuen Wägungsschemas rückwirkend bis 2020 neu berechnet worden. Damit fällt die ausgewiesene Verbraucherpreisinfation auf Monatsbasis nun niedriger aus. Während die monatliche Inflationsrate nach dem alten Wägungsschema im Oktober 2022 ihren bisherigen Höchstwert von 10,4 Prozent erreicht hatte, lag die höchste Inflationsrate mit dem neuen Schema bei 8,8 Prozent. Für das Gesamtjahr 2022 ergibt sich ein Anstieg der Verbraucherpreise von 6,9 Prozent, während sich nach dem alten Wägungsschema noch 7,9 Prozent ergeben hatten.

Der Großteil der Revision der Inflationsrate für das Jahr 2022 geht auf die Energiekomponente zurück. Zu größeren Anpassungen im Wägungsschema kam es bei den Energiepreisen, die im vergangenen Jahr wesentlich zum starken Anstieg der Inflation beigetragen haben. So hat sich das Gewicht der Gaspreise von zuvor 2,5 Prozent auf nun 1,1 Prozent mehr als halbiert.¹³ Angesichts der stark gestiegenen Gaspreise, kann alleine durch das niedrigere Gewicht für sich genommen rund die Hälfte der Revision der Inflationsrate für das Jahr 2022 erklärt werden (Abbildung 20). Auch das Gewicht von Heizöl, das sich im Jahr 2022 ebenfalls spürbar verteuert hatte, ist deutlich von 1,2 Prozent auf 0,4 Prozent gesunken, so dass der Beitrag zur Inflation ebenfalls um rund 0,5 Prozentpunkte gesunken ist. Das Gewicht von Strom, das angesichts der sprunghaften Anstiege bei den Großhandelspreisen im vergangenen Jahr ebenfalls im Fokus stand, blieb mit 2,5 Prozent nahezu unverändert. Insgesamt hat das Gewicht der Energiekomponente von 10,4 Prozent auf 7,4 Prozent abgenommen und der Beitrag zur Inflation im Jahr 2022 ist von 3,5 Prozentpunkten auf 2,3 Prozentpunkte gesunken. Energiepreisschwankungen, die in der Vergangenheit ein wesentlicher Treiber für die Schwankungen der Inflationsrate waren, werden sich in Zukunft weniger stark auf die Verbraucherpreise auswirken werden. Anpassungen bei anderen Gütern haben in

unterschiedliche Richtungen auf den Verbraucherpreisindex gewirkt. So ist das Gewicht von Nahrungsmitteln, deren Preise ebenfalls stark gestiegen sind, von 8,5 Prozent auf 10,5 Prozent gestiegen. Das Gewicht der Dienstleistungen ist von 53,2 auf 50,3 Prozent gesunken und die Waren (ohne Energie und Nahrungsmittel) erhalten nun ein Gewicht von 31,8 statt 27,3 Prozent. Dementsprechend sind die Beiträge von Nahrungsmitteln und Waren (ohne Energie und Lebensmittel) leicht gestiegen, während der Beitrag von Dienstleistungen mit dem von Energie gefallen ist.

Abbildung 20:
Revision der Inflationsrate



Die staatlichen Preisbremsen dämpfen den Impuls der Gas- und Strompreise auf die Inflationsrate. Als erster Teil der Gaspreisbremse hat die Einmalzahlung im Dezember den Gaspreis im Verbraucherpreisindex gedrückt. Die Zahlung wurde nur für Direktkunden berücksichtigt, deren Abschlagzahlung im Dezember entfiel; Zahlungen insbesondere an Mieter, die erst nachträglich mit der jährlichen

¹³ Das Wägungsschema des Jahres 2015 orientierte sich an Haushaltsbefragungen. Das Gewicht für Gas war dabei deutlich höher als der Ausgabenanteil von Gas bei den privaten Konsumausgaben gemäß der

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Das Wägungsschema des Jahres 2020 orientiert sich stärker an den Ausgabenanteilen beim privaten Konsum.

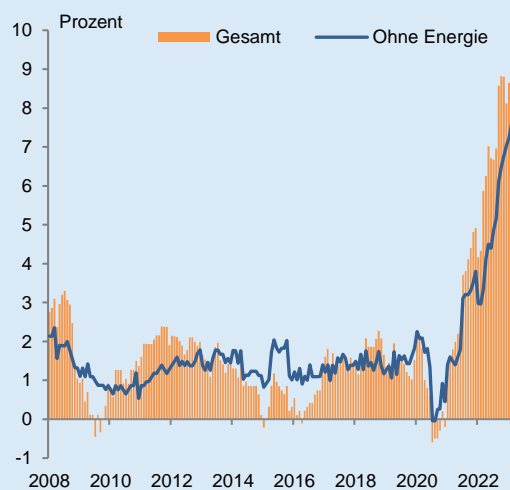
Betriebskostenabrechnung erfolgen, blieben dagegen unberücksichtigt. Ein Vergleich mit den Erzeugerpreisen für Gas bei Abgabe an private Haushalte oder bei Abgabe an Handel und Gewerbe, die jeweils einen recht engen Gleichlauf mit den Verbraucherpreisen für Gas aufweisen, spricht dafür, dass durch die Dezemberzahlung die Gaspreise im Verbraucherpreisindex um etwa 25 Prozent gesenkt worden sind. Die eigentlichen Preisbremsen von 12 Cent/kWh für Gas und 40 Cent/kWh für Strom fließen seit Jahresbeginn in die Berechnung des Verbraucherpreisindex ein.¹⁴ Die Wirkung der Preisbremsen auf den Verbraucherpreisindex ist nicht direkt beobachtbar. Ein Vergleich mit Erzeugerpreisen für Gas und Strom, die eine ähnliche Entwicklung wie die Verbraucherpreise aufweisen, sprechen dafür, dass die Gas- bzw. Strompreise im Januar um etwa 15 bzw. 5 Prozent gedrückt wurden. Die Inflationsrate ist demzufolge im Januar durch die Preisbremsen unmittelbar um etwa 0,5 Prozentpunkte gesenkt worden. Gas und Strom haben zu Jahresbeginn noch 1,4 Prozentpunkte zur Inflation beigetragen.

Der Preisauftrieb außerhalb der Energiekomponente hat sich zu Jahresbeginn weiter beschleunigt. Während die Energiekomponente bis in den September 2022 sehr stark gestiegen ist, zeigen sich seitdem rückläufige Vorjahresraten. Entgegengesetzt hat sich die Kernrate (ohne Energie) zu Jahresbeginn beschleunigt (Abbildung 21), die im Jahr 2022 von 3 auf 7 Prozent gestiegen ist. Diese Entwicklung hat sich mit 7,3 Prozent im Januar bzw. 7,6 Prozent im Februar fortgesetzt. Dies deutet auf eine ungebrochene Inflationstendenz bei Lebensmitteln, Dienstleistungen und sonstigen Waren ohne Energie hin. Auch die ungewichteten Verteilungsmaße wie Median und Quantile, angewendet auf die Preissteigerungsraten der 687 Güterpreise auf 10-Steller Ebene des Verbraucherpreisindex, zeigen einen weiterhin breiten Inflationsdruck an, der weit über die Energie und Lebensmittelpreise hinaus geht (Abbildung 22). Zuletzt nehmen die Jahresraten der Verteilungsmaße jedoch nur

noch leicht zu. Wendet man die Verteilungsmaße auf die Importpreise (4 Steller, N=220) an, dann zeigt sich schon ein deutlicher Rückgang der Zuwachsraten. Dies gilt auch in geringerem Umfang für die Erzeugerpreise (6 Steller, N=782). Der Inflationsdruck auf den vorgelagerten Stufen der Verbraucherpreise scheint also Schritt für Schritt zurückzugehen, was sich perspektivisch auch auf die Verbraucherpreise auswirken wird.

Die Kernrate dürfte im Verlauf des Jahres 2023 sinken. In der Prognose gehen wir im Verlauf des Jahres 2023 von einer rückläufigen Kernrate aus. Auf Jahresbasis dürfte die Kernrate aber mit 5,4 Prozent noch über der des Jahres 2022 mit 4,9 Prozent liegen. Für das Jahr 2024 gehen wir von einer deutlich niedrigeren Kernrate von 2,5 Prozent aus, damit liegt sie aber immer noch deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt von 1,3 Prozent. Der allmähliche Rückgang der Kernrate dürfte hauptsächlich

Abbildung 21:
Verbraucherpreise

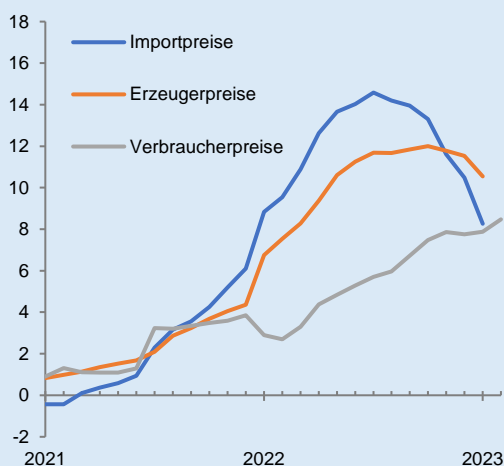


Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.
Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken;
Berechnungen des IfW Kiel.

¹⁴ Die Preisbremsen sind so ausgestaltet, dass sie die Gas- und Strompreise nicht unmittelbar beeinflussen, damit hohe Preise weiterhin Anreize für Einsparungen liefern. So erhalten die privaten Haushalte Zahlungen, die die Differenz zwischen den laufenden Preisen und den Referenzwerten von 12 Cent je kWh (Gas) bzw.

40 Cent je kWh (Strom) auf 80 Prozent ihres bisherigen Verbrauchs ausgleichen; diese Zahlungen erfolgen unabhängig vom tatsächlichen Verbrauch. Gleichwohl werden die Preisbremsen im Verbraucherpreisindex berücksichtigt.

Abbildung 22:
Median der Preissteigerungsraten



Median der Veränderungen gegenüber dem Vorjahr: VPI (10-Steller; N=687), Erzeugerpreise (6-Steller; N= 782); Importpreise (4-Steller; N=220). Verbraucherpreise bis Februar 2023. Erzeuger- und Importpreise bis Januar 2023.

Quelle: Destatis, Berechnungen des IfW Kiel.

auf den nachlassenden Inflationsdruck seitens der Waren (ohne Energie und Lebensmittel) zurückgehen. Diese Tendenz hat sich auch schon in den Vereinigten Staaten gezeigt. Mit nachlassenden Lieferkettenprobleme und Materialengpässen hat sich der Preisauftrieb bei den Waren dort relativ schnell beruhigt, wobei sie bislang auf dem höheren Preisniveau verharren und keine Rückgänge zu beobachten sind. Für einen Rückgang der Kernrate spricht auch, dass laut Unternehmensumfragen die Weitergabe der gestiegenen Energiekosten relativ weit fortgeschritten sein dürfte (ifo 2022). Bei den Lebensmittelpreisen zeichnet sich auf den internationalen Rohstoffmärkten auch ein Bild der Entspannung. Aufgrund der gestiegenen Verarbeitungskosten und Transportkosten durch die Energiepreisanstiege dürfte die Verlangsamung des Preisauftriebes bisher begrenzt worden sein. Entgegengesetzt dürften sich die Dienstleistungspreise entwickeln, bei denen Löhne einen größeren Teil der Betriebskosten darstellen. Hier dürften die Preissteigerungsraten relativ hartnäckig sein.

¹⁵ Kraftstoffpreise für Benzin und Diesel reagieren zeitnah auf den Rohölpreis. Bei Heizölpreisen ist dies ebenfalls der Fall. Heizöl wird aber für einen längeren Zeitraum bevorratet, so dass für einen längeren Zeitraum der Heizölpreis der Vergangenheit die Kosten für Hausbesitzer bestimmt. Außerdem passen sich die Jahresnebenkostenabrechnungen für Mieter nur verzögert an die aktuellen Preise an. In der

Insgesamt agieren die Unternehmen aber jetzt in einem neuen Umfeld. In der Phase des post-pandemischen Aufschwungs war die Zahlungsbereitschaft auf Seiten der Haushalte hoch und die Unternehmen konnten relativ einfach Preise nach oben anpassen. Der Preissetzungsspielraum für die Unternehmen dürfte sich im Angesicht nachlassender Konsumnachfrage aber weiter verringern. Die realen Lohnstückkosten befanden sich zuletzt auf einem historisch niedrigen Niveau. Zwar wird es durch höhere Lohnabschlüsse zu einem Schub bei den Kosten kommen, wir gehen jedoch davon aus, dass zumindest größere Teile dieses Impulses sich nicht in weiteren Preissteigerungen zeigen werden, sondern sich die Margen der Unternehmen verringern und sich die Lohnstückkosten wieder normalisieren. Dies dürfte Zweirundeneffekte zu großen Teilen auffangen.

Der Einfluss der Energiepreise auf die Inflation geht im Jahr 2023 zurück. Energie dürfte insgesamt um 5 Prozent zunehmen und damit weitaus geringer steigen als noch im Jahr 2022 mit 30 Prozent. Der Beitrag zur Gesamtinflation sinkt entsprechend von 2,3 Prozentpunkten im Jahr 2022 auf 0,4 Prozentpunkte im Jahr 2023. Auf Basis unserer Annahme für den Rohölpreis, die bis zum Ende des Prognosezeitraumes einen seichten Rückgang der Rohölpreise vorsieht, dürften insbesondere die Kraftstoffe (Diesel und Benzin) schon ab dem zweiten Quartal 2023 negativ zur Energiekomponente beitragen. Bei den Heizölpreisen stellen sich voraussichtlich erst gegen Ende des Jahre 2023 Rückgänge ein. Ähnlich wie die Preise für die Kraftstoffe dürften die Heizölpreise perspektivisch zwar unter den Niveaus vom vorherigen Jahr liegen, aber die Heizölkomponente im Verbraucherpreisindex enthält noch eine Glättungskomponente, die dem Umstand Rechnung tragen soll, dass Hausbesitzer Heizöl für längere Zeit bevorraten und sich die Betriebskostenabrechnungen für Mieter nur verzögert an die laufende Preisentwicklung anpassen¹⁵. Dadurch wirken die starken

Verbraucherpreisstatistik wird dieser Umstand durch die Komponente „Umlage für den Betrieb einer Ölzentralheizung“ berücksichtigt, welche die Heizölpreise über einen längeren Zeitraum glättet. Deswegen schlagen sich Änderungen bei den Heizölpreisen nur nach und nach bei den Verbraucherpreisen nieder.

Preisanstiege des vergangenen Jahres noch in das laufende Jahr hinein. Die Inflationsimpulse durch Gas und Strom sind zum einen durch die eingeführten Preisbremsen gedeckelt und zum anderen deuten die aktuellen Großhandelspreise auf ein niedrigeres Niveau der Preise im Jahr 2023 und 2024 hin, als wir es noch in unserer Winter- und speziell Herbstprognose angenommen hatten. Für die Gaspreise im Verbraucherpreisindex gilt, ähnlich wie beim Heizöl, dass sich die vergangenen Entwicklungen des letzten Jahres, trotz aktuell geltender Preisbremse, noch mechanisch bis in dieses Jahr wirken. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass sich die Gaspreise für Mieter in den Jahresnebenkostenrechnungen nur verzögert auf die vergangenen Entwicklungen reagieren. Wir gehen davon aus, dass die Gaspreise nach 50 Prozent im Jahr 2022 im Jahr 2023 noch um 20 Prozent steigen werden. Mieter und Hausbesitzer haben Direktverträge mit den Stromversorgern, sodass im Fall von Strom anders als bei Gas und Heizöl keine Glättung stattfindet. Wir gehen im Jahr 2023 noch von einem Anstieg der Strompreise um 12 Prozent aus, während sie im vorherigen Jahr schon um 20 Prozent angestiegen waren. Gas und Strom zusammen werden zur Inflation 2023 mit rund 0,6 Prozentpunkten beitragen. Ohne die Preisbremsen für Gas und Strom würden wir von einem Anstieg beider Komponenten von rund 25-30 Prozent ausgehen. Der Beitrag zur Gesamtinflation würde entsprechend um 0,5 Prozentpunkte höher liegen.

Der weitere Inflationsverlauf im Jahr 2023 und 2024 wird durch die Entwicklungen der Kernrate bestimmt. Durch die Preisbremsen und die gefallenen Großhandelspreise dürften die Inflationsimpulse durch die Gas- und Strompreise perspektivisch abebben. Während der Beitrag der Energiekomponente im Jahr 2023 noch rund 0,4 Prozentpunkte betragen dürfte, wird er die Inflation im Jahre 2024 um 0,6 Prozentpunkte drücken. Die Kernrate dürfte sich aber als relativ hartnäckig erweisen und einen raschen Rückgang der Inflation verhindern. Für das Jahr 2023 gehen wir von einem Beitrag von 5 Prozentpunkten aus, der sich im Jahr 2024 auf 2,6 Prozentpunkte abschwächen dürfte. Insgesamt dürfte die Inflation also im Jahr 2023 bei 5,4 Prozent und im Jahr 2024 bei 2,1 Prozent liegen.

Reale Lohnstückkosten so niedrig wie selten

Die Tarifverdienste ziehen spürbar an. Die Tarifverdienste stiegen im vergangenen Jahr um 2,6 Prozent, nach einem Plus von 1,6 Prozent im Jahr 2021 (laut Tarifverdienststatistik der Deutschen Bundesbank). Für das laufende Jahr zeichnet sich eine deutlich stärkere Beschleunigung ab. Der jüngste Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie sieht unter Berücksichtigung aller vereinbarten Sonderzahlungen (wie Inflationsausgleichsprämien) ein Plus von insgesamt 7,2 Prozent für das Jahr 2023 und 4,1 für das Jahr 2024 vor, nach allerdings durchschnittlich 0,5 Prozent in den Jahren 2020 bis 2022. Für die laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden sowie die im zweiten Quartal anstehenden Verhandlungen im Einzelhandel und Groß- und Außenhandel erwarten wir ebenfalls spürbar Lohnzuwächse. Allerdings sind im laufenden Jahr in einigen Branchen noch ältere Tarifverträge mit vergleichsweise niedrigen Raten gültig, die das Gesamtergebnis dämpfen, wie beispielsweise im öffentlichen Dienst der Länder. Für das Jahr 2023 erwarten wir vor diesem Hintergrund einen Anstieg der Tarifverdienste insgesamt von 5,3 Prozent (Tabelle 7); dies wäre der höchste Zuwachs seit dem Jahr 1995. Im Jahr 2024 dürften dann in nahezu allen Branchen Tarifverträge gelten, die unter dem Eindruck der stark gestiegenen Inflationsrate vereinbart wurden. Wir rechnen mit einem Anstieg von insgesamt 5,4 Prozent. Zu den gestiegenen Lohnzuwächsen trägt neben der hohen Inflationsrate die seit Jahren zunehmende und derzeit außerordentlich hohe Arbeitskräfteknappheit bei. Aktuell berichten zwischen 34 Prozent (Bau) und 43 Prozent (Dienstleistungen) der Unternehmen, dass der Faktor Arbeit die Produktion bzw. die Geschäftstätigkeit einschränkt.

Die Effektivverdienste dürften weiter schneller als die Tarifverdienste steigen. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer nahmen im vergangenen Jahr mit einem Plus von 4,7 Prozent deutlich kräftiger zu als die Tarifverdienste. Ein Großteil dieser hohen positiven Lohndrift ist auf das im Vergleich zum Jahr 2021 spürbar

Tabelle 7:
Löhne und Produktivität

	2021	2022	2023	2024
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	1,5	2,7	5,3	5,4
Effektivlöhne	1,6	4,8	5,9	4,3
Lohndrift	0,0	2,2	0,6	-1,1
Lohnkosten	1,3	4,3	5,8	4,4
Arbeitsproduktivität	0,9	0,4	0,2	0,3
Lohnstückkosten	0,7	3,8	5,7	4,0
Lohnstückkosten (real)	-2,3	-1,6	-0,5	1,8
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	1,5	2,6	5,3	5,4
Effektivlöhne	3,3	4,7	5,6	5,8
Lohndrift	1,8	2,1	0,2	0,5
Lohnkosten	3,1	4,2	5,6	5,9
Arbeitsproduktivität	2,5	0,5	-0,2	1,6
Lohnstückkosten	0,6	3,7	5,8	4,2
Lohnstückkosten (real)	-2,4	-1,7	-0,4	2,0

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

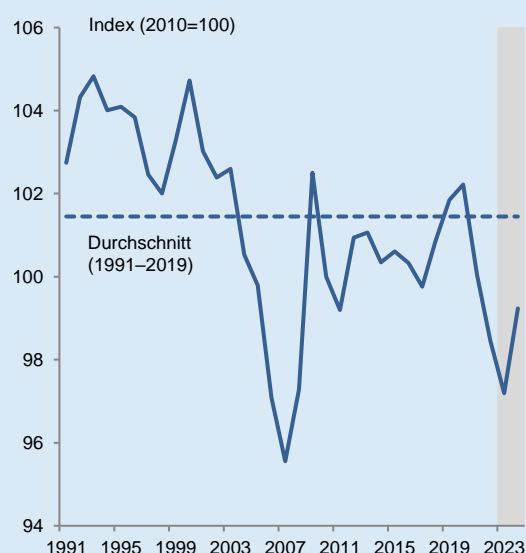
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

niedrigere Niveau der Kurzarbeit zurückzuführen, dass sich auf die effektiv gezahlten Verdienste, nicht aber auf die tariflich vereinbarten Verdienste auswirkt. Zudem kam es im Schlussquartal 2022 zu einem außerordentlich starken Anstieg der Effektivverdienste (saisonbereinigt zum Vorquartal), wozu die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro brutto je Stunde zum 1. Oktober maßgeblich beigetragen haben dürfte. Die Lohndrift dürfte angesichts des hohen heimischen Preisauftriebs und des dadurch spürbar gestiegenen Verteilungsspielraums sowie aufgrund der rekordhohen Arbeitskräfteknappheit auch im laufenden und kommenden Jahr positiv ausfallen. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Effektivverdienste je Arbeitnehmer von 5,6 Prozent (2023) bzw. 5,8 Prozent (2024). Höhere Raten wurden seit der Wiedervereinigung nur im Jahr 1992 verzeichnet.

Trotz der hohen Lohnzuwächse sind die Lohnkosten im Verhältnis zu Preisen und

Produktivität außerordentlich niedrig. Die realen Lohnstückkosten sanken in den vergangenen beiden Jahren ungewöhnlich stark; niedriger lagen sie seit der Wiedervereinigung nur noch während der Phase der Lohnmoderation Mitte der 2000er Jahre (Abbildung 23). Grund ist, dass die Lohnkosten bislang spürbar hinter den heimischen Preisen (gemessen am Deflator der Bruttowertschöpfung) hinterherhinkten, so dass die nominale Arbeitsproduktivität je Stunde merklich kräftiger stieg als die Lohnkosten je Stunde. Das Verhältnis zwischen dem, was der Faktor Arbeit kostet, und dem, was er erwirtschaftet, ist demnach im langjährigen Vergleich außergewöhnlich günstig. Dies verleiht der Arbeitsnachfrage vonseiten der Unternehmen kräftige positive Impulse und wirkt negativen Impulsen vonseiten der Energiekrise entgegen. Dies dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, warum sich die Erwerbstätigkeit trotz des gesamtwirtschaftlich schwierigen Umfelds bislang vergleichsweise robust entwickelte. Für die kommenden beiden Jahre erwarten wir zwar, dass die realen Lohnstückkosten wieder zunehmen und sich ihrem langjährigen Durchschnitt nähern. Über den gesamten Prognosezeitraum dürfte die Arbeitsnachfrage jedoch von dieser Seite gestützt werden.

Abbildung 23:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Erwerbstätigkeit überschreitet Zenit

Der Beschäftigung war bis zuletzt aufwärtsgerichtet. Nachdem sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit im vergangenen Jahr bis etwa zur Jahresmitte verlangsamt, stabilisierte sich das Tempo des Beschäftigungsaufbaus in der zweiten Jahreshälfte. So stieg die Zahl der Erwerbstätigen seit Sommer weiter auf zuletzt 45,8 Mill. Personen (saisonbereinigt). Dies sind rund 400 000 Erwerbstätige mehr als unmittelbar vor Ausbruch der Corona-Pandemie Anfang des Jahres 2020. Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau weiter von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten stieg nur geringfügig, und der Rückgang der Zahl der Selbständigen verlangsamt sich weiter. Bemerkenswert ist, dass zuletzt fast der gesamte Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurückging. Während deren Anteil am Beschäftigungsaufbau zwischen 2011 und 2021 von 20 Prozent auf 60 Prozent zulegte, stieg er im Verlauf des vergangenen Jahres rasant bis auf 95 Prozent im Dezember. Der rasche Anstieg im vergangenen Jahr wurde dabei nicht etwa von einer beschleunigten Zunahme der Beschäftigung von ausländischen Staatsangehörigen verursacht – wenngleich die Beschäftigung von ukrainischen Staatsangehörigen stark zunahm. Vielmehr verlangsamt sich der Anstieg der Beschäftigung von deutschen Staatsangehörigen rapide und kam gegen Jahresende praktisch zum Erliegen.

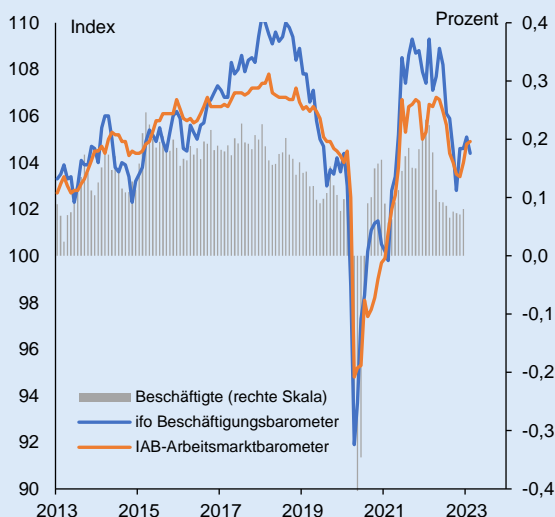
Die Arbeitslosigkeit war nach dem starken Anstieg im vergangenen Sommer zuletzt leicht abwärtsgerichtet, die Kurzarbeit wurde etwas ausgeweitet. Durch die Erfassung ukrainischer Geflüchteter in der Arbeitslosenstatistik zum 1. Juni 2022 nahm die registrierte Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten des vergangenen Jahres sprunghaft zu. Seit Dezember sank sie wieder leicht auf saisonbereinigt 2,5 Mill. Erwerbspersonen im Februar (Quote: 5,5 Prozent). Darunter sind rund 180 000 Ukrainer mehr als arbeitslos registriert als im Februar 2022, fast alle davon im Rechtskreis SGB II (Grundsicherung). Demensprechend beschränkte sich auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit insgesamt im

vergangenen Jahr auf den Rechtskreis SGB II. Im konjunktureagibleren Rechtskreis SGB III (Arbeitslosenversicherung) veränderte sich die Zahl der Arbeitslosen in den zurückliegenden zwölf Monaten hingegen kaum. Die Energiekrise scheint demnach bislang keine nennenswerten Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit gehabt zu haben. Die Zahl der Arbeitnehmer in konjunktureller Kurzarbeit stieg allerdings etwas von 76 000 Personen im August (dem bisherigen Minimum seit Frühjahr 2020) auf 183 000 Personen im Dezember. Der durchschnittliche Arbeitsausfall schwankte dabei um 28 Prozent. Die Schätzungen des ifo Instituts auf Basis von Unternehmensbefragungen deuten auf eine weitere leichte Zunahme im Januar und Februar hin.

Die Erwerbstätigkeit dürfte im Prognosezeitraum ihren Zenit überschreiten. Aufgrund des relativ hohen Januarwerts ist für das erste Quartal ein robuster Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen angelegt. Die Frühindikatoren, wie das ifo Beschäftigungsbarometer und das IAB-Arbeitsmarktbarometer, haben sich seit Herbst wieder etwas verbessert und deuten auch für das zweite Quartal auf einen fortgesetzten Beschäftigungsaufbau hin (Abbildung 24). Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte die Erwerbstätigkeit allerdings ihren Zenit überschreiten (Abbildung 25). Zwar dürften die negativen Folgen der Energiekrise für die Beschäftigung weiter abgemildert werden, zum einen weil die Unternehmen aufgrund der sich seit Jahren verschärfenden Arbeitskräfteknappheit stärker an ihrem Personal festhalten und sich dies zum anderen aufgrund des relativ niedrigen Niveaus der realen Lohnstückkosten auch leisten können. Allerdings ist durch die fortschreitende Alterung der Erwerbsbevölkerung ein Rückgang des Arbeitskräftepotenzials trotz Zuwanderung angelegt.

Die Erholung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen wirkt der rückläufigen Zahl der Erwerbstätigen entgegen, so dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen über den gesamten Prognosezeitraum zulegen dürfte. Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen ist im vergangenen Jahr ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau und trotz eines kräftigen Abbaus der Kurzarbeit nur stagniert. Maßgeblich gedrückt worden sein dürfte die Arbeitszeit vom sprunghaften Anstieg des Krankenstands auf ein seit der

Abbildung 24:
Arbeitsmarktindikatoren



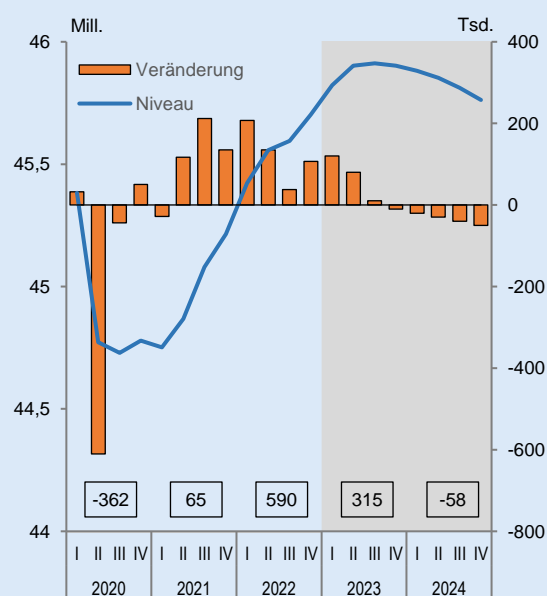
Monatsdaten; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Veränderung zum Vormonat (Dreimonatsschnitt), saisonbereinigt. ifo Beschäftigungsbarometer: umbasiert auf 2015=105. IAB-Arbeitsmarktbarometer: 90=sehr schlechter Ausblick, 110=sehr guter Ausblick.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Saisonbereinigte Zeitreihen*; ifo Institut; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IfW Kiel.

Wiedervereinigung nie dagewesenes Niveau. Je nachdem, ob und wie stark der hohe Krankenstand kompensiert werden konnte, wurde die Arbeitszeit dadurch um bis zu 1,7 Prozent gedämpft ([Kasten 1](#)). Für die Prognose nehmen wir an, dass sich der Krankenstand bis zum Jahr 2024 normalisiert. Die nicht zuletzt dadurch angelegte Erholung der Arbeitszeit wirkt dem altersbedingten Rückgang der Erwerbstätigkeit entgegen, so dass das gesamtwirtschaftlich geleistete Arbeitsvolumen im Prognosezeitraum zulegt.

Die Arbeitslosigkeit dürfte nur allmählich sinken. Die vorliegenden Monatswerte für Januar und Februar legen einen leichten Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit im ersten Quartal nahe. Die Arbeitsagenturen erwarten laut IAB-Arbeitsmarktbarometer für die kommenden Monate einen weiteren Rückgang. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Prognosezeitraum allerdings nur allmählich sinken (Abbildung 26), insbesondere weil die ukrainischen Geflüchteten wohl erst nach und nach auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen werden. Alles in allem erwarten wir eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 5,4 Prozent im laufenden und 5,2 Prozent im kommenden Jahr, nach 5,3 Prozent im vergangenen Jahr (Tabelle 8).

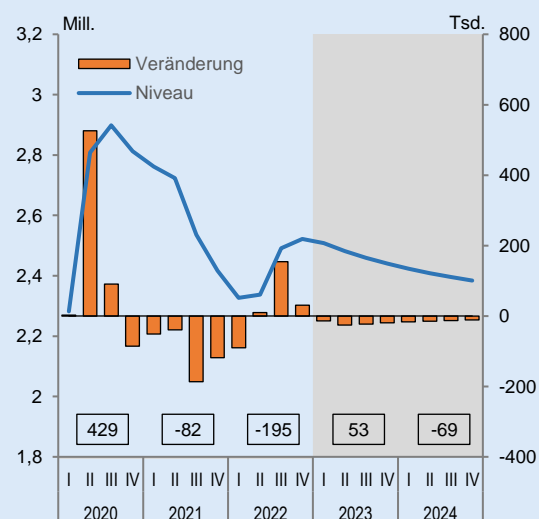
Abbildung 25:
Erwerbstätige



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 26:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 8:
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2020	2021	2022	2023	2024
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	59.249	60.281	61.103	61.288	61.976
Erwerbstätige (Inland)	44.914	44.980	45.570	45.885	45.827
Selbständige	4.055	3.958	3.908	3.872	3.832
Arbeitnehmer (Inland)	40.859	41.022	41.662	42.013	41.995
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33.579	33.897	34.509	34.865	34.925
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.290	4.101	4.126	4.164	4.086
Pendlersaldo	94	114	139	147	147
Erwerbstätige (Inländer)	44.821	44.866	45.431	45.738	45.681
Arbeitnehmer (Inländer)	40.766	40.908	41.523	41.866	41.848
Registrierte Arbeitslose	2.695	2.613	2.418	2.471	2.402
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,9	5,7	5,3	5,4	5,2
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,4	3,3	2,8	2,7	2,5

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Sinkende Energiepreise führen zu sinkenden Defiziten

Das abermals hohe Defizit des Jahres 2022 war geprägt von zusätzlichen Ausgaben im Zuge der Energiekrise. Direkte Zahlungen an die privaten Haushalte, wie die Energiepreispauschale, und Preissubventionen, wie der Tankrabbatt und die Übernahme des Dezemberabschlags, haben die öffentlichen Kassen im vergangenen Jahr belastet, so dass trotz des merklichen Anstiegs der Einnahmen ein hoher Fehlbetrag verblieb. Durch die Entspannung an den Energierohstoffmärkten dürften die Aufwendungen zur Abfederung der Realeinkommensverluste der privaten Haushalte und Unternehmen im laufenden Jahr sinken, so dass trotz schwächerer Konjunktur das Defizit nachgeben dürfte. Im Jahr 2024 wirken dann die wieder höhere konjunkturelle Dynamik und finanzpolitische Maßnahmen in die gleiche Richtung, so dass das Defizit wohl wieder stärker nachlassen wird.

Die Einnahmen expandieren im Jahr 2023 deutlich, verlieren aber im Vergleich zum Vorjahr an Tempo. Der Einfluss von Steuerrechtsänderungen, steigenden Baupreisen und der

merkliche Rückgang der Sparquote haben im Jahr 2022 die Einnahmen der Umsatzsteuer nach oben getrieben. Ebenfalls deutlich im Plus waren die Unternehmenssteuern trotz der schwachen Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen laut VGR.¹⁶ Der Anstieg der Umsatzsteuer dürfte sich normalisieren und die schwächere Konjunktur das Plus bei den Unternehmenssteuern dämpfen. Zudem wurden die Eckwerte der Einkommensteuer zum 1. Januar 2023 entsprechend dem im Herbst für das Jahr 2022 erwarteten Deflators der privaten Konsumausgaben verschoben (Ausgleich kalte Progression), was insbesondere die Einnahmen der ansonsten sehr robust steigenden Lohnsteuer deutlich mindert. Insgesamt legen die Steuereinnahmen wohl nur noch moderat mit gut 3 Prozent zu. Damit sinkt die Steuerquote merklich. Deutlich stärker ist der Anstieg der Beitragseinnahmen, die von steigenden Löhnen profitieren. Zudem wurden zum 1. Januar die Beitragssätze in der Arbeitslosenversicherung und vielen Krankenversicherungen erhöht. Zur Mitte des Jahres ist ferner eine Erhöhung der Beitragssätze in der sozialen Pflegeversicherung geplant. Die sonstigen Einnahmen des Staates dürften mit höheren Tarifen in der Lkw-Maut etwas stärker zulegen.

¹⁶ Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind eine Residualgröße, die sich aus Volkseinkommen abzüglich Arbeitnehmerentgelten ergibt. Im Jahr 2022 stagnierte diese Größe in etwa, da das Volkseinkommen im Vergleich zum (nominalen) Bruttoinlandsprodukt durch hohe Abschreibungen gemindert war.

Diese Abschreibungen entsprechen allerdings nicht den steuerlich relevanten Größen, so beziehen sich diese auf Wiederbeschaffungs- statt Beschaffungspreise und fallen auch für selbstgenutzte Wohnimmobilien an, die in der Einkommensbesteuerung keine Rolle spielen.

Insgesamt werden die Einnahmen des Staates wohl um 5,3 Prozent auf über 1.917 Mrd. Euro steigen (Tabelle 9).

Die Ausgaben legen im laufenden Jahr mit ähnlichem Tempo wie im Vorjahr zu. Einen merklichen Rückgang werden die laufenden Übertragungen verzeichnen, da hier die Energiepreis-pauschalen verortet sind, die im vergangenen Jahr für Erwerbstätige und Rentner geleistet wurden. In diesem Jahr erfolgen deutlich geringere Zahlungen an Studierende. Auch die Vermögensübertragungen dürften deutlich im Minus liegen, auch wenn weiterhin Zahlungen des

WSF erfolgen dürften und diverse Ausgaben im Zuge der Dekarbonisierung und Digitalisierung als Vermögensübertragungen anfallen. Maßgeblich für das Minus sind die hohen Zahlungen an Energieunternehmen im Jahre 2022, die im laufenden Jahr nicht mehr in vergleichbarer Höhe anfallen dürften. Weiter kräftig expandieren werden die Ausgaben für Investitionen des Staates. Zum einen sorgen hier hohe Baupreise für einen gewissen Auftrieb, zum anderen werden im laufenden Jahr voraussichtlich erstmals Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr anfallen. Wegen der noch bestehenden Tarifverträge

Tabelle 9:
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2020	2021	2022	2023	2024
Einnahmen	1.569,1	1.711,7	1.820,8	1.917,1	2.027,1
→ relativ zum BIP	46,1	47,5	47,1	46,5	47,4
Steuern	774,5	877,8	948,3	983,2	1.034,5
→ relativ zum BIP	22,7	24,4	24,5	23,8	24,2
Sozialbeiträge	608,1	633,7	665,8	716,4	765,5
→ relativ zum BIP	17,9	17,6	17,2	17,4	17,9
Sonstige Einnahmen	186,5	200,3	206,7	217,5	227,1
→ relativ zum BIP	5,5	5,6	5,3	5,3	5,3
Ausgaben	1.716,6	1.846,0	1.922,1	2.005,0	2.085,5
→ relativ zum BIP	50,4	51,3	49,7	48,6	48,7
Arbeitnehmerentgelt	284,3	294,4	306,7	316,4	336,5
Vorleistungen	209,4	227,2	236,9	248,7	256,9
Soziale Sachleistungen	304,9	330,0	355,6	371,5	388,5
Bruttoinvestitionen	93,2	93,4	101,6	111,6	124,5
Geleistete Vermögenseinkommen	21,5	20,8	26,1	36,0	40,1
Monetäre Sozialleistungen	600,0	610,9	618,7	663,9	703,1
Subventionen	73,4	111,6	72,8	78,2	58,4
Sonstige laufende Übertragungen	82,6	90,4	113,4	98,6	98,0
Vermögensübertragungen	48,1	68,1	91,4	81,2	80,7
Sonstige Ausgaben	-1,2	-1,2	-1,3	-1,3	-1,3
Finanzierungssaldo	-147,6	-134,3	-101,3	-87,9	-58,4
→ relativ zum BIP	-4,3	-3,7	-2,6	-2,1	-1,4
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1003,8	1116,4	1199,4	1235,8	1297,8
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	993,2	1.109,8	1.187,7	1.234,6	1.296,6
Transfers der Sozialversicherung	10,6	6,6	11,7	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.116,5	1.255,0	1.307,4	1.329,2	1.364,7
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	975,2	1.097,3	1.129,1	1.180,5	1.213,1
Transfers an die Sozialversicherung	141,4	157,7	178,3	148,6	151,6
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-112,7	-138,5	-108,0	-93,4	-66,9
Einnahmen der Sozialversicherung	717,9	783,5	806,7	828,6	857,8
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	576,6	625,8	628,3	679,9	706,2
Ausgaben der Sozialversicherung	752,7	779,2	802,8	829,2	866,5
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	742,1	772,6	791,1	828,0	865,3
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	-34,8	4,3	3,9	-0,7	-8,7

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; Berechnungen des Ifw Kiel; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

wird der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte im laufenden Jahr eher moderat bleiben. Etwas stärker als die Arbeitnehmerentgelte, aber schwächer als in den Vorjahren dürften die Ausgaben für Soziale Sachleistungen zulegen. Hier entfallen Corona-bezogenen Ausgaben. Zugleich sorgen der allgemeine Preisauftrieb, Leistungsausweitungen in der sozialen Pflegeversicherung und die Fluchtmigration für Mehrausgaben. Ähnlich stark wie die Sozialen Sachleistungen dürften die Vorleistungskäufe expandieren. Auch hier entfallen Corona-bezogenen Ausgaben, während Preisauftrieb und Ausgaben im Zuge der Fluchtmigration für ein Plus sorgen. Ebenso sind die Subventionsausgaben widerstrebenden Entwicklungen unterworfen. Während letzte Corona-bezogenen Ausgaben des Jahres 2022 und Maßnahmen wie der Tankrabbat entfallen, gibt es zusätzliche Impulse durch die Gas- und Strompreisbremsen, auch wenn hier deutlich weniger Ausgaben anstehen als noch im Winter angenommen. Merkwürdig zulegen werden die monetären Sozialleistungen. Zwar wirkt der robuste Arbeitsmarkt entlastend, doch dürften die Renten im Jahresschnitt deutlich stärker zulegen als im Vorjahr und zudem werden die Leistungen der Grundsicherung im Zuge der Inflation deutlich angepasst. Hinzu kommen Effekte durch die Wohngeldreform, so dass nicht nur die Höhe der Leistungen, sondern auch die Zahl der Anspruchsberechtigten steigt. Einen massiven Anstieg gibt es bei den Zinsausgaben des Staates. Er fällt allerdings absolut wie relativ weniger stark aus als in der Finanzplanung des Bundes, obwohl in dieser Prognose auch Zinszahlungen von Ländern und Kommunen eingeschlossen sind. Hintergrund ist, dass in der Finanzstatistik des Bundes Agien und Disagien dem Jahr zugerechnet werden, in dem eine Anleihe begeben wird – hier dürfte es aufgrund der Zinsanstiege zu einem erheblichen Schwenk von großen Agien zu Disagien kommen. In den VGR hingegen werden die Agien auf die gesamte Laufzeit der Anleihe verteilt. Alles in allem dürften die Ausgaben um 4,3 Prozent auf 2005 Mrd. Euro steigen. Der Fehlbetrag sinkt absolut nur geringfügig auf 88 Mrd. Euro. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt beträgt das Defizit 2,1 Prozent nach 2,6 Prozent im Vorjahr.

Die Stateinnahmen werden im Jahr 2024 leicht beschleunigt zulegen. Durch das Ende

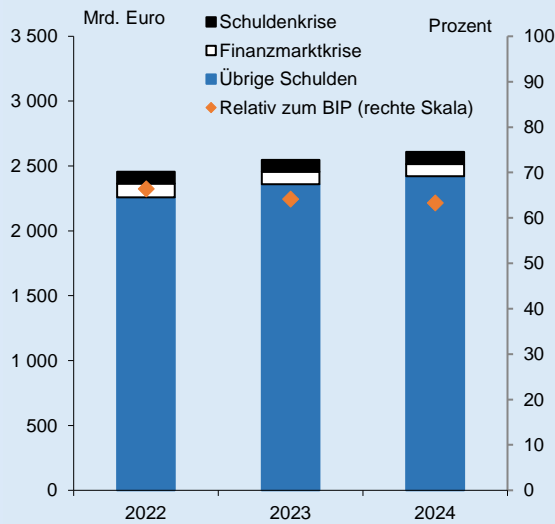
der vergünstigten Mehrwertsteuersätze in den Bereichen Wärme und Gastronomie gibt es ein zusätzliches Plus bei den Steuereinnahmen, die zudem vom deutlichen Lohnanstieg profitieren. Geminert wird das Tempo durch die abermalig deutliche Verschiebung der Tarifeckwerte in der Einkommensteuer. Wie im Vorjahr dürften die Beitragseinnahmen stärker expandieren als die Steuereinnahmen, da für die gesetzliche Krankenversicherung höhere Beitragssätze zu erwarten sind und zudem die Beitragssatzanhebung in der sozialen Pflegeversicherung zur Mitte des Jahres 2023 nun erst ihre volle Jahreswirkung entfaltet. Insgesamt werden die Einnahmen des Staates wohl leicht beschleunigt um 5,7 Prozent auf 2027 Mrd. Euro steigen.

Die Dynamik der Ausgaben dürfte sich 2024 kaum ändern. Wegen des Wegfalls der Preisbremsen werden zwar die Subventionen deutlich sinken, doch ist zugleich ein kräftiges Plus bei den Zins- und Investitionsausgaben angelegt. Zudem dürften die Arbeitnehmerentgelte angesichts der anstehenden Tarifabschlüsse deutlich schneller steigen als im Vorjahr. Alles in allem dürften die Ausgaben des Staates um rund 4,0 Prozent auf 2086 Mrd. Euro steigen, so dass sich der Finanzierungssaldo deutlich auf nun -58,4 Mrd. Euro (-1,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) verbessert.

Der Bruttoschuldenstand in Relation zur Wirtschaftsleistung sinkt vom zwischenzeitlichen Höchststand im Jahr 2021 von rund 69 Prozent auf 63 Prozent zum Ende des Jahres 2024. Der Bruttoschuldenstand in Euro dürfte mit den Finanzierungsdefizite weiter zulegen. Wir gehen nicht davon aus, dass das in den Krisen erworbene Finanzvermögen innerhalb des Prognosezeitraums deutlich reduziert wird, so dass der Rückgang der Bruttoschuldenstandsquote ausschließlich der hohen Dynamik des nominalen Bruttoinlandsprodukts geschuldet ist (Abbildung 27).

Der strukturelle Budgetsaldo bessert sich schrittweise. Bereits im Jahr 2022 ist das strukturelle Defizit von 2,6 auf 1,9 Prozent des Produktionspotenzials gesunken. Dies ging allerdings nicht auf die Ausrichtung der Finanzpolitik zurück, sondern auf eine abgabenergibigere Verwendungsstruktur der Wirtschaftsleistung, so gingen die stark gesunkene Sparquote und der

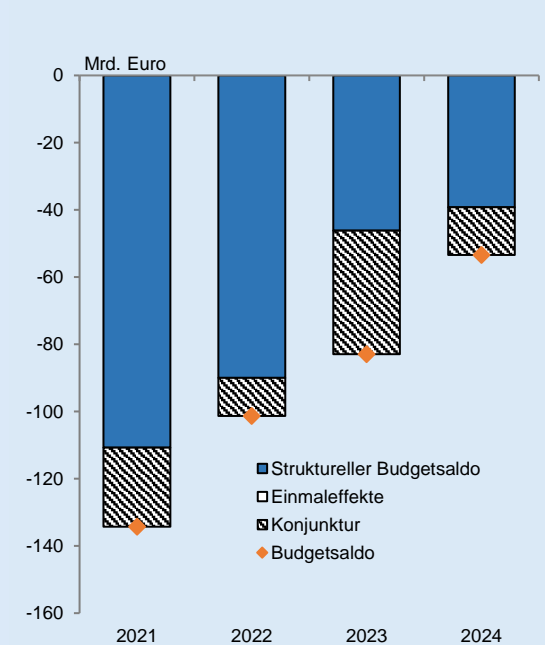
Abbildung 27:
Bruttoschuldenstand



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankentwertung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; BMF, Monatsbericht; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 28:
Struktureller Budgetsaldo



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

niedrigere Außenbeitrag damit einher, dass die von der Umsatzsteuer erfassten Güter an relativem Gewicht zunahm, was methodisch bedingt zu einer Besserung der strukturellen Saldos führt. Im laufenden und im kommenden Jahr sinkt das strukturelle Defizit im Einklang mit der Ausrichtung der Finanzpolitik weiter auf schließlich 0,8 Prozent in Relation zum Produktionspotenzial (Abbildung 28). Hier ist zu betonen, dass die Richtung der Veränderung des strukturellen Budgetsaldos vergleichsweise verlässlich ermittelt werden kann, dass aber insbesondere in der aktuellen Situation das Niveau mit großer Unsicherheit behaftet ist.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Der Weltmarkt für Flüssiggas (LNG) birgt erhebliche Preisrisiken. Sowohl der drastische Anstieg der LNG-Preise im vergangenen Herbst als auch die seitdem verzeichneten erheblichen Preisrückgänge deuten angebots- wie nachfrage-seitig auf sehr geringe Preiselastizitäten hin. Demzufolge gehen geringe Mengenänderungen mit großen Preisreaktionen einher. Weil die Produktionskapazitäten kurzfristig kaum variabel sind, entscheidet vor allem die globale Nachfrage über die Notierungen. Damit spielt die weitere konjunkturelle Entwicklung vor allem in Asien eine wichtige Rolle für die Preisentwicklung, denn die in Europa wahrgenommene Angebotselastizität ist im Wesentlichen das Spiegelbild der Nachfrageelastizität im asiatischen Raum (Gern et al. 2023: Kasten 1). Zieht dort die Konjunktur stärker an, ginge dies mit einer höheren Nachfrage nach Flüssigerdgas einher und würde die Spotpreise deutlich steigen lassen. Um diese Preisrisiken stärker einzuhegen, wären langfristige Liefervereinbarungen erforderlich, auch um Anreize für die Produktionsausweitung zu erhöhen.

Die Verwendung der Extra-Ersparnisse aus der Pandemiephase bleibt vor allem ein Risiko für die Inflationsprognose. Während der Lockdownphasen haben die privaten Haushalte rund 220 Mrd. Euro mehr gespart als üblich. Bislang haben sie diese nicht für nachholende Käufe verausgabt. Wir gehen in dieser Prognose davon aus, dass etwa 10 Prozent davon im Prognosezeitraum für Konsumzwecke eingesetzt werden und sich somit die private Sparquote zwischenzeitlich leicht verringert. Mangels historischer Vergleichsmuster ist eine solche Setzung mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Für die hier unterstellte geringe Auflösung der Extra-Ersparnisse spricht, dass die privaten Haushalte über ihre nominalen Vermögenstitel im Zuge des Inflationsschubs erhebliche unerwartete Realvermögenseinbußen erlitten haben. Zudem hat sich der Wohnungsneubau seit 2020 massiv verteuert, ebenso haben die Preise für Bestandsimmobilien zwischenzeitlich kräftig angezogen, woran die jüngsten Rückgänge kaum etwas ändern. Sollten die Konsumenten hingegen doch vermehrt auf die Extra-Ersparnisse für Konsumgüterkäufe zurückgreifen, dürfte dies vor allem den Preisauftrieb speisen. 220 Mrd. Euro entsprechen gut 10 Prozent der jährlichen Konsumausgaben. Je stärker sich die dann zusätzliche Nachfrage auf wenig elastische Dienstleistungen richtet, desto größer der preistreibende Effekt.

Die Normalisierung des Krankenstandes ist unsicher. In dieser Prognose ist unterstellt, dass sich der ungewöhnlich hohe postpandemische Krankenstand im Verlauf des Prognosezeitraums allmählich normalisiert. Dahinter steht

insbesondere die Annahme, dass sich die Immunabwehr in der Bevölkerung gegenüber Atemwegsinfekten nach der Pandemiephase nach und nach stabilisiert. Allerdings sind andere erwerbsrelevante Spätfolgen der Pandemie (z. B. Langzeitfolgen von Infektionen oder psychische Erkrankungen) derzeit kaum abzusehen und stellen ein Abwärtsrisiko für die Prognose dar. Weil Arbeitskräfte vielerorts einen erheblichen Produktionsengpass bilden, schlägt der Krankenstand auf die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung durch. Dementsprechend abhängig ist die Bruttoinlandsprognose vom Gesundheitszustand der Erwerbsbevölkerung.

Die Grunderwerbsteuer steht einer zügigen Anpassung der Immobilienmärkte an das neue Zinsumfeld im Wege. Eine Transaktionssteuer reduziert das Angebot und verlangsamt dadurch die Preisreaktion ("Lock-In-Effekt"). Dies kann auch deutlich auf die Bautätigkeit ausstrahlen (Boysen-Hogrefe 2023). Eine deutliche Reduktion der Steuersätze in der Grunderwerbsteuer dürfte somit dauerhaft die Immobilienmärkte effizienter aufstellen und zum anderen in der aktuellen Situation einer starken Rezession im Wohnungsbau kurzfristig zur Stabilisierung beitragen. Wegen der problematischen Anreizwirkungen des Länderfinanzausgleichs ist es unwahrscheinlich, dass Länder einzeln die Steuersätze senken werden (Boysen-Hogrefe 2017, Büttner und Krause 2021). Ein gemeinsames Vorgehen sollte koordiniert werden, so dass die Multiplikatoreffekte auch positive Wirkung auf die jeweiligen Länderhaushalte zeigen können.

Kasten 1: Zu den gesamtwirtschaftlichen Folgen des hohen Krankenstands

Der Krankenstand der Arbeitnehmer nahm im vergangenen Jahr außergewöhnlich stark zu. Im Folgenden sollen die Folgen für Arbeitszeit, Arbeitsvolumen und Bruttoinlandsprodukt abgeschätzt werden.

Grundlage für die vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Daten für die Arbeitszeit und das Arbeitsvolumen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Ausweislich dieser Arbeitszeitrechnung stieg der Krankenstand von 68,2 Stunden je Arbeitnehmer im Jahr 2021 sprunghaft auf 91,2 Stunden im Jahr 2022. Dies war der mit Abstand stärkste Anstieg des Krankenstands binnen eines Jahres seit der Wiedervereinigung, gleichzeitig erreichte der Krankenstand damit das höchste Niveau seit der Wiedervereinigung (Abbildung K1, oben links).^a

Laut Krankenkassen waren für den außerordentlichen Anstieg in erster Linie Atemwegsinfekte und Erkältungskrankheiten verantwortlich (z.B. BKK 2023). Ein wesentlicher Grund dürfte sein, dass die Bevölkerung zu Zeiten der Corona-Schutzmaßnahmen (z.B. Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht) weniger mit Krankheitserregern konfrontiert wurde – in den Jahren 2020 und 2021 gab es praktisch keine Grippewellen –, wodurch allerdings das Abwehrsystem der Menschen gegenüber diesen Krankheitserregern geschwächt wurde. Als dann im Zuge der Aufhebung der Schutzmaßnahmen die Menschen wieder vermehrt solchen Krankheitserregern ausgesetzt waren, führten diese deutlich häufiger als üblich zu Erkrankungen und dementsprechend zu Krankheitstagen.^b

Der sprunghafte Anstieg des Krankenstands dürfte die Arbeitszeit je Erwerbstätigen gedämpft haben. Wäre der Krankenstand im vergangenen Jahr unverändert auf dem Niveau des Jahres 2021 verblieben, wäre die Arbeitszeit je Erwerbstätigen unter sonst gleichen Bedingungen um 1,7 Prozentpunkte stärker gestiegen, also um 1,8 Prozent statt um 0,1 Prozent (Abbildung K1, oben rechts).^c Dies setzt allerdings voraus, dass der erhöhte Krankenstand nicht an andere Stelle kompensiert wurde. So ist es denkbar, dass der Arbeitsausfall von erkrankten Beschäftigten durch Mehrarbeit von gesunden Beschäftigten zumindest teilweise ausgeglichen werden konnte oder dass erkrankte Beschäftigte einen Teil ihres Arbeitsausfall selbst nachholen konnten, sobald sie wieder gesund waren. Laut IAB-Arbeitszeitrechnung gibt es in dieser Hinsicht zwar keine Auffälligkeiten. Sowohl die bezahlten als auch die unbezahlten Überstunden je Arbeitnehmer veränderten sich kaum (sie sanken sogar leicht), und auch die Salden auf Arbeitszeitkonten waren rückläufig. Allerdings muss dabei bedacht werden, dass für das vergangene Jahr erst wenige „harte“ Indikatoren zu diesen Arbeitszeitkomponenten vorliegen, so dass diese Werte noch größtenteils auf Basis von Arbeitsmarkt- und Konjunkturindikatoren geschätzt sind und nachträglich erheblich revidiert werden könnten.

Der Effekt des erhöhten Krankenstands auf die Arbeitszeit je Erwerbstätigen im Jahr 2022 liegt demnach – je nachdem wie stark kompensiert werden konnte – in einer Größenordnung zwischen 0 und -1,7 Prozent. Unter der Annahme, dass die Zahl der Erwerbstätigen nicht vom erhöhten Krankenstand beeinflusst wurde, liegt der Effekt auf das gesamtwirtschaftliche geleistete Arbeitsvolumen somit ebenfalls in dieser Größenordnung. Im Extremfall wäre das Arbeitsvolumen somit nicht wie amtlich ausgewiesen um 1,4 Prozent gestiegen, sondern um 3,1 Prozent (Abbildung K1, unten links). Beim Übergang vom Arbeitsvolumen zum Bruttoinlandsprodukt ergibt sich noch eine weitere Möglichkeit, den erhöhten krankheitsbedingten Arbeitsausfall zu kompensieren, nämlich über eine erhöhte Arbeitsproduktivität. Dies ließe sich beispielsweise über eine Arbeitsverdichtung bewerkstelligen, so dass pro Stunde Arbeit mehr produziert und erwirtschaftet wird. Nur unter der Annahme, dass nichts über eine erhöhte Arbeitsproduktivität kompensiert wurde, überträgt sich der Maximaleffekt von 1,7 Prozent beim Arbeitsvolumen auch auf das Bruttoinlandsprodukt. In diesem Fall wäre das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr nicht um 1,8 Prozent, sondern um 3,5 Prozent expandiert (Abbildung K1, unten rechts).

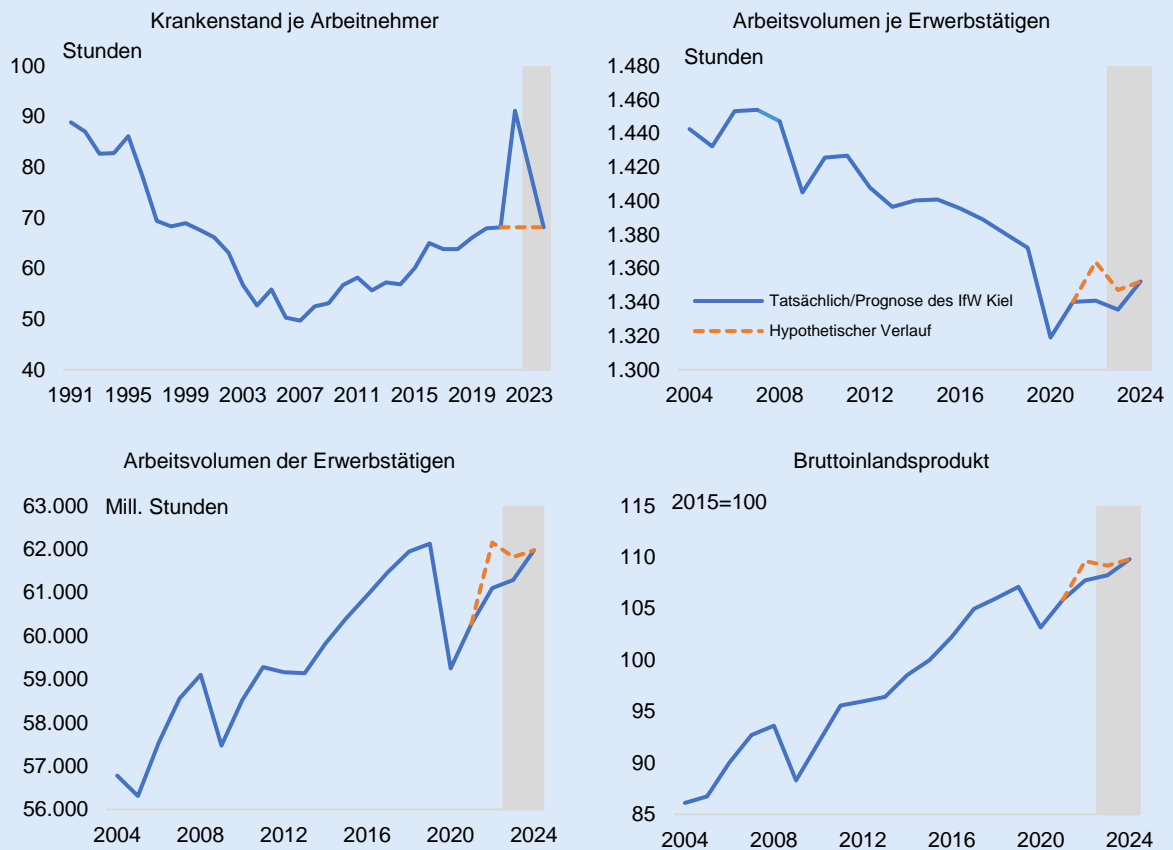
Dass ein erhöhter Krankenstand vollumfänglich auf das Bruttoinlandsprodukt durchschlägt, ist aufgrund der verschiedenen Kompensationsmöglichkeiten unwahrscheinlich. Die Schätzungen von Jannsen (2020) unterstützen diese Sichtweise. Danach führt ein Anstieg des Krankenstands um einen Tag im Quartal – dies entspricht rein rechnerisch in etwa einem Rückgang der Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 2 Prozent – zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zwischen 0,7 und 1,1 Prozent (je nach Modellspezifikation). Ein erhöhter Krankenstand kann demnach um rund die Hälfte kompensiert werden. Übertragen auf den Anstieg des Krankenstands im Jahr 2022 von 3,8 Tagen je Arbeitnehmer wäre dies gleichbedeutend mit einem Dämpfer für das Bruttoinlandsprodukt von 0,7 bis 1,1 Prozent. Demnach wäre das Bruttoinlandsprodukt bei unverändertem Krankenstand im Jahr 2022 um 2,5 bis 2,9 Prozent gestiegen statt um 1,8 Prozent.

Der Krankenstand war Anfang des Jahres immer noch erhöht, wenngleich nicht mehr so hoch wie gegen Ende des vergangenen Jahres; hierauf deuten zumindest die Daten der Betriebskrankenkassen und der gesetzlichen Krankenversicherungen hin, die zum Teil bis Februar vorliegen. Für die Prognose nehmen wir an, dass der Krankenstand weiter sinkt und sich im Durchschnitt des Jahres 2024 normalisiert haben

wird. Die Bevölkerung dürfte nach der Vielzahl von überwundenen Atemwegserkrankungen wieder über ein verbessertes Immunsystem gegenüber diesen Krankheitserregern verfügen. Das Bruttoinlandsprodukt würde im laufenden Jahr noch durch einen erhöhten Krankenstand gedrückt werden, wenngleich weniger stark als im vergangenen Jahr. Eine Folge des starken Anstiegs des Krankenstands im vergangenen Jahr und einer Normalisierung im Prognosezeitraum wäre daher, dass die Effekte der Energiekrise auf die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts weniger stark sichtbar sind, da die Rate im Jahr 2022 gedrückt wurde, im Jahr 2023 aber erhöht wird.

Abbildung K1-1

Krankenstand, Arbeitsvolumen und Bruttoinlandsprodukt



Jahresdaten; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt. Hypothetischer Verlauf bei unverändertem Krankenstand und ohne Kompensationseffekte bei Arbeitszeit und Arbeitsproduktivität

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des Ifw Kiel; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

^a Der tendenziell rückläufige Trend des Krankenstands bis Mitte der 2000er Jahre ist unter anderem Folge struktureller Verschiebungen in der Beschäftigung hin zu Tätigkeiten mit geringeren körperlichen Belastungen sowie von Verbesserungen im Arbeitsschutz, wohingegen der seitdem aufwärtsgerichtete Trend nicht zuletzt auf die Alterung der Erwerbsbevölkerung zurückzuführen ist (Wanger 2020). Ein Zusammenhang des Krankenstands mit der allgemeinen Lage am Arbeitsmarkt ist ebenfalls denkbar, wonach die rekordhohe Arbeitslosigkeit Mitte der 2000er Jahre zu weniger Krankmeldungen und der daraufhin einsetzende rückläufige Trend bei der Arbeitslosigkeit wieder zu mehr Krankmeldungen geführt haben könnte.

^b Im Krankenstand der IAB-Arbeitszeitrechnungen sind die Fehltag von Arbeitnehmern, die erkrankte Kinder betreuen (sog. Kinderkrankentage), nicht enthalten. Diese sind unter sonstige Freistellungen zusammen mit anderen Freistellungen (z.B. aufgrund von Quarantäne) zusammengefasst und wurden daher in dieser Analyse nicht berücksichtigt.

^c In der IAB-Arbeitszeitrechnung wird der Krankenstand nur für Arbeitnehmer ausgewiesen, nicht für Selbständige. In der hier vorgelegten Schätzung wurde angenommen, dass es bei den Selbständigen den gleichen Anstieg des Krankenstands gab (23 Stunden pro Kopf). Würde man hingegen annehmen, dass die Selbständigen vom Anstieg des Krankenstands gar nicht betroffen waren, wäre der Effekt auf die Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 0,15 Prozentpunkte geringer.

Kasten 2:**Der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex - Ein nützlicher Frühindikator für die Industrieproduktion**

Der Lkw-Fahrleistungsindex basiert auf der Mauterhebung, bei der der Lkw-Verkehr auf allen Bundesstraßen und Autobahnen erfasst wird.^a Da rund 80 Prozent der Warenbeförderung per Lkw erfolgt, steht der Fahrleistungsindex in enger Verbindung mit der wirtschaftlichen Aktivität, insbesondere mit der Industrieproduktion. Als Frühindikator ist die Fahrleistung zudem deshalb vielversprechend, da sie sehr frühzeitig nach Ende eines Monats veröffentlicht wird.^b Die recht hohe Korrelation mit der Industrieproduktion (Ademmer et al. 2021: Kapitel 2.7.1; Askitas und Zimmermann 2013; Cox et al. 2018) spricht dafür, dass die Fahrleistung ein nützlicher Frühindikator ist. Die Prognosegüte des Indikators - auch im Vergleich zu anderen Frühindikatoren - wurde bislang jedoch kaum systematisch untersucht. Eine frühe Studie kommt zu dem Schluss, dass die Prognosegüte der Lkw-Fahrleistung nicht über die anderer Frühindikatoren, insbesondere Unternehmensbefragungen, hinausgeht (Döhrn 2011). Allerdings hat sich die Datenbasis seitdem deutlich verbreitert. Im Folgenden werden die Prognoseeigenschaften des monatlichen Lkw-Fahrleistungsindex für die Industrieproduktion untersucht.

Für die Analyse werden zunächst verschiedene Modelle auf Basis des gesamten verfügbaren Zeitraums geschätzt und geprüft, wie stark der empirische Zusammenhang zwischen Lkw-Fahrleistung und Industrieproduktion ist. Danach wird ein out-of-sample Prognosevergleich durchgeführt, der Auskunft darüber geben kann, wie groß die Prognosefehler der Modelle in der Vergangenheit ausgefallen wären. Die Ergebnisse des out-of-sample Prognosevergleichs können dabei von denen der Schätzungen auf Basis des gesamten Stützzeitraums abweichen, beispielsweise wenn durch eine sogenannte Überanpassung („overfitting“) die Prognosegüte der Modelle beeinträchtigt wird oder es im Zeitablauf zu strukturellen Änderungen der Zusammenhänge gekommen ist. Freilich können Prognoseevaluationen nur Tendenzen hinsichtlich der Nützlichkeit von Indikatoren oder Modellen liefern, da nicht für alle relevanten Setzungen für den Prognosevergleich und relevanten Vergleichsindikatoren und -modelle kontrolliert werden kann. In diesem Zusammenhang kann die Eignung von Modellen bzw. Indikatoren auch von den individuellen Anforderungen des jeweiligen Nutzers abhängen.

Die Prognoseevaluation des Lkw-Fahrleistungsindex wird für die Zuwachsrate der saison- und kalenderbereinigten Industrieproduktion (IP) gegenüber dem Vormonat vorgenommen. Sie erfolgt für den jeweils laufenden Monat („Nowcast“), da die Lkw-Fahrleistung dafür den größten Informationsgehalt aufweisen dürfte. Für die Evaluation werden andere einschlägige Frühindikatoren zum Vergleich herangezogen. Dazu zählen die Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe sowie die vom ifo erhobenen Unternehmensangaben zur Produktion gegenüber dem Vormonat sowie dem Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe.^c Es werden Spezifikationen der Modelle geschätzt, die neben den Verzögerungen der Industrieproduktion die folgenden erklärenden Variablen berücksichtigen:

- Modell 1: Lkw-Fahrleistungsindex
- Modell 2: Lkw-Fahrleistungsindex, Auftragseingänge, ifo Produktion, ifo Geschäftsklima
- Modell 3: Auftragseingänge, ifo Produktion, ifo Geschäftsklima.

Die ifo-Indikatoren gehen jeweils als erste Differenz in die Modellspezifikationen ein, da sie so transformiert häufig eine höhere Prognosegüte aufweisen (Wohlrabe und Wollmershäuser 2017). Die Analyse orientiert sich an dem Informationsstand, der mit der Veröffentlichung des Lkw-Fahrleistungsindex zur Verfügung steht. So wird der Fahrleistungsindex spätestens 9 Tage nach Ablauf eines Monats t veröffentlicht und damit etwa zeitgleich mit der Industrieproduktion für den Monat $t-1$. Zu diesem Zeitpunkt stehen zudem die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe für den Monat $t-1$ sowie die ifo-Indikatoren für den Monat t zur Verfügung. In die Modelle geht jede der erklärenden Variablen i mit bis zu drei Verzögerungen ein – konkret gehen die Industrieproduktion und die Auftrags-eingänge von $t-1$ ($m=1$) bis $t-3$ ($n=3$) in die Modelle ein, die Lkw-Fahrleistung sowie die ifo-Indikatoren von t ($m=0$) bis $t-2$ ($m=2$):

$$\Delta IP_t = \alpha + \sum_i \sum_{p=m}^n \beta_{ip} X_{ip} + \varepsilon_{t+1}, \quad (K.1)$$

Mit den Verzögerungen soll dynamischen Zusammenhängen sowie dem unmittelbaren Informationsgehalt der Auftragseingänge sowie des Geschäftsklimas für die zukünftige Entwicklung Rechnung getragen werden. Generell sind die Ergebnisse robust gegenüber alternativen Lag-Strukturen der Modelle oder der Anwendung von Modellselktionsverfahren.

Schätzt man die Modelle für den gesamten Zeitraum von 2005 bis 2022, so zeigt sich ein enger Zusammenhang zwischen Fahrleistung und Industrieproduktion. Erhöht sich die Lkw-Fahrleistung in einem Monat

um 1 Prozent, so erhöht sich den Ergebnissen zufolge die Zuwachsrates der Industrieproduktion in diesem Monat um rund 1 Prozentpunkt (Tabelle K2.1). Die für die Lkw-Fahrleistung geschätzten Koeffizienten sind bei einem Signifikanzniveau von 5 Prozent von Null verschieden. Die Ergebnisse werden kaum dadurch beeinflusst, ob andere Frühindikatoren miteinbezogen werden. Die Modelle können die Entwicklung der Industrieproduktion recht gut nachzeichnen, auch wenn sie nicht alle Schwankungen dieser recht volatilen Zeitreihe erklären (Abbildung K2.1). Insgesamt weist das mit anderen Frühindikatoren ergänzte Modell mit einem adjustierten Bestimmtheitsmaß von rund 0,7 einen recht hohen Erklärungsgehalt für die Industrieproduktion auf. Modelle, die die Lkw-Fahrleistung nicht enthalten, sondern nur die anderen Frühindikatoren und für den gleichen Zeitraum geschätzt werden, erreichen lediglich ein adjustiertes Bestimmtheitsmaß von knapp 0,4. Alles in allem sprechen die Ergebnisse somit dafür, dass die Lkw-Fahrleistung ein guter Frühindikator für die Industrieproduktion ist.

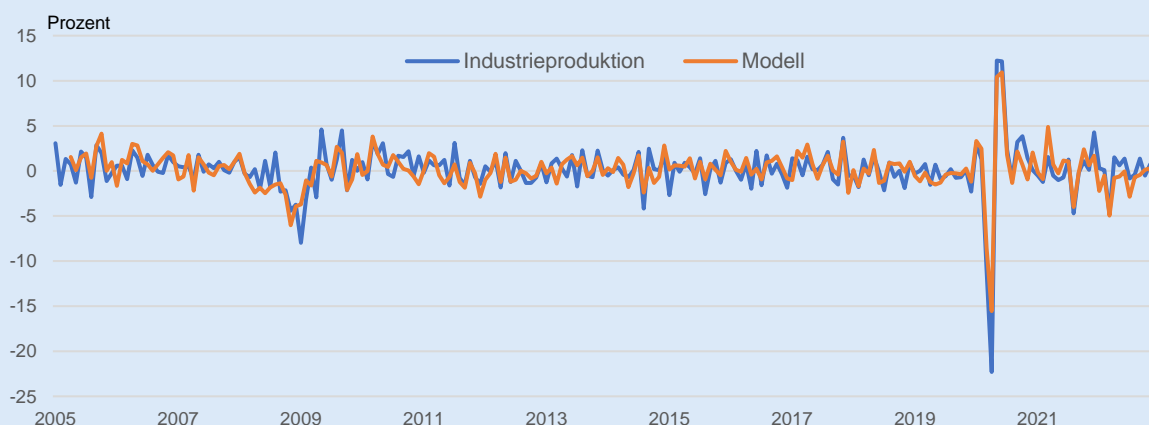
Tabelle K2-1
Modelle für die Prognose der Industrieproduktion

	Zuwachsrates der Industrieproduktion			
	(1)	(2)	(3)	(4)
Lkw-Fahrleistung _t		1,27 (0,18)	1,05 (0,13)	
Lkw-Fahrleistung _{t-1}		0,66 (0,13)	0,56 (0,12)	
Lkw-Fahrleistung _{t-2}		0,33 (0,11)	0,27 (0,11)	
Verzögerte Industrieproduktion	x	x	x	x
Auftragseingänge			x	x
Ifo Geschäftsklima			x	x
Ifo Produktion			x	x
\bar{R}^2	0,06	0,62	0,68	0,37
SIC	4,84	3,97	3,99	4,61

Standardfehler in Klammern; robust gegenüber Heteroskedastizität. SIC: Schwarz-Bayes-Informationskriterium. Alle Modelle enthalten eine Konstante. Verzögerte der Industrieproduktion und Auftragseingänge sind für t-1 bis t-3 als Zuwachsrates gegenüber dem Vormonat enthalten. Ifo Indikatoren sind für t bis t-2 als erste Differenzen enthalten.

Quellen: Statisches Bundesamt; ifo Institut; Berechnungen des Ifw Kiel

Abbildung K2-1
Modell und tatsächliche Industrieproduktion



Monatsdaten. Preis-, saison- und kalenderbereinigt. Modell: Erklärungsgehalt eines -Modells basierend auf der Lkw-Fahrleistung und weiterer Frühindikatoren.
Quellen: Statisches Bundesamt; ifo Institut; Berechnungen des Ifw Kiel

Für den out-of-sample-Vergleich werden für die jeweiligen Prognosen soweit möglich nur Informationen verwendet, die zum jeweiligen Zeitpunkt auch tatsächlich vorgelegen hätten. Dies betrifft zum einen die Schätzung der Modelle: Die Modelle werden nur mit Daten bis zum jeweiligen Vormonat geschätzt. Zum anderen werden für die Industrieproduktion und die Auftragseingänge Echtzeitdaten verwendet, um Datenrevisionen

Rechnung zu tragen.^d Der Fahrleistungsindex unterliegt nur sehr geringen Revisionen (Cox et al. 2018). Gleichwohl entspricht der jeweils verwendete Datenstand nicht exakt dem, der einem Prognostiker tatsächlich jeweils zur Verfügung gestanden hätte, da für die Lkw-Fahrleistung saison- und kalenderbereinigte Werte sowie für die ifo-Indikatoren saisonbereinigte Werte verwendet werden. Die Saison- und Kalenderfaktoren werden geschätzt und können sich deshalb mit zunehmenden Datenstand ändern und zu Revisionen führen. Eine Datenbank für Echtzeitdaten der Lkw-Fahrleistung oder der ifo-Indikatoren liegt jedoch nicht vor. Die Prognosen werden für den Zeitraum von Januar 2012 bis Dezember 2022 evaluiert. Der Lkw-Fahrleistungsindex steht ab Januar 2005 zur Verfügung. Für die erste Prognose für Januar 2013 wird somit in etwa die Hälfte des Datensatzes für die Schätzung der Modelle herangezogen.^e Die anderen Frühindikatoren liegen für einen längeren Zeitraum vor. Das Modell ohne die Lkw-Fahrleistung wird mit Daten ab dem Jahr 1991 geschätzt, da der umfangreichere Datenstand potenziell vorteilhaft sein kann, zumindest sofern sich der Zusammenhang zwischen Frühindikatoren und Industrieproduktion im Zeitablauf nicht deutlich geändert hat.

Für die out-of-sample Prognoseevaluation wird der Root Mean Squared Error verwendet (RMSE). Die RMSEs werden auch in Relation zu denen eines AR(3)-Modells, das als Vergleichsmaßstab fungiert, gesetzt (Theil's U). Die Prognosen werden für unterschiedliche Zeiträume evaluiert, um zum einen den Einfluss der Corona-Pandemie auf die Ergebnisse zu beleuchten und zum anderen zu illustrieren, wie sich die im Vergleich zu den anderen Indikatoren geringere Datenbasis auf die Prognosegüte auswirkt. Für den gesamten Prognosezeitraum von Anfang 2012 bis Ende 2022 weisen die Modelle, die die Lkw-Fahrleistung enthalten, deutlich geringere Prognosefehler als die anderen Modelle auf (Tabelle K2.2). Mit einem Theil's U von etwas über 0,6 fallen die Fehler im Durchschnitt etwa 40 Prozent niedriger aus als die eines AR-Modells. Modelle, die den Lkw-Index nicht enthalten, erreichen lediglich Theil's U von knapp 0,9. Auffällig ist, dass sich die Prognosegüte eines Modells, das lediglich den Lkw-Fahrleistungsindex als erklärende Variable enthält, durch weitere Frühindikatoren nicht mehr verbessert

Tabelle K2-2
Prognosefehler

	2012:1-2022:12		2012:1-2019:12		2016:1-2019:12		2020:3-2022:12	
	RMSE	Theil's U	RMSE	Theil's U	RMSE	Theil's U	RMSE	Theil's U
AR	3,35		1,55		1,65		6,05	
Lkw	2,09	0,62	1,39	0,90	1,39	0,84	3,39	0,56
OLS								
Alle Indikatoren	2,10	0,63	1,40	0,90	1,35	0,82	3,40	0,56
Alle Indikatoren ex Lkw	2,95	0,88	1,43	0,92	1,52	0,92	5,28	0,87
Modellselektion								
Alle Indikatoren	2,15	0,64	1,39	0,90	1,32	0,80	3,52	0,58
Alle Indikatoren ex Lkw	2,93	0,87	1,45	0,93	1,54	0,93	5,22	0,86

RMSE: root mean squared error. Theil's U: RMSE des AR-Modells im Verhältnis zum RMSE des jeweiligen Modells.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut; Berechnungen des IfW Kiel.

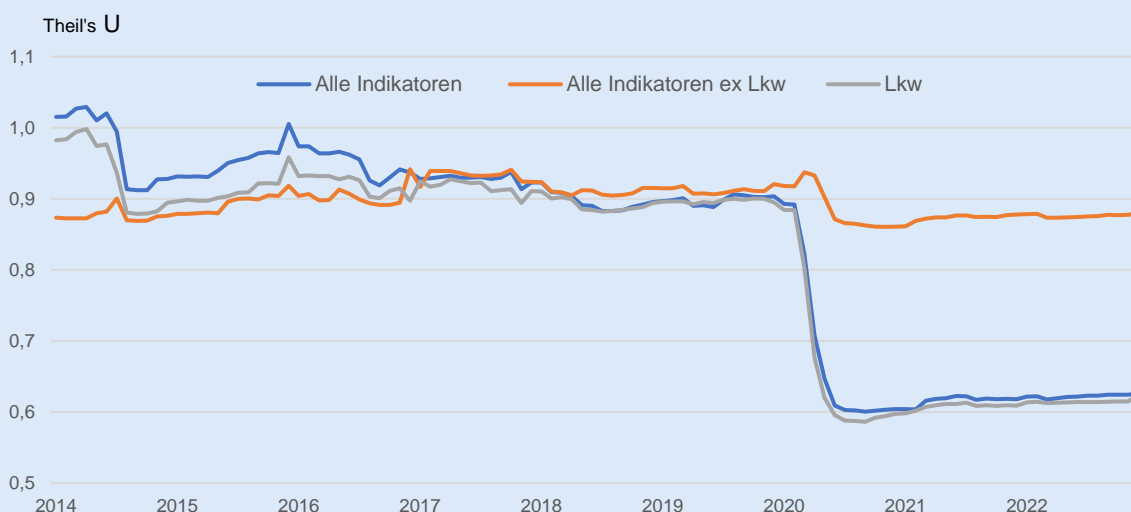
Die recht hohe Prognosegüte der Lkw-Fahrleistung im Vergleich zu den anderen Frühindikatoren geht zu einem Gutteil auf die großen Schwankungen seit dem Beginn der Corona-Pandemie zurück. Lässt man den Zeitraum ab Anfang 2020 bei der Evaluation außen vor, so unterscheiden sich die Modelle für den Zeitraum von 2012 bis 2019 kaum noch. Die Prognosefehler gemessen am RMSE sind für diesen Zeitraum zwar deutlich kleiner. Dies gilt jedoch noch ausgeprägter für das Vergleichsmodell, so dass die Werte für Theil's U durchweg höher ausfallen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Lkw-Fahrleistung im Vergleich zu anderen Frühindikatoren nur für einen vergleichsweise kurzen Zeitraum zur Verfügung steht. Sofern ein stabiler Zusammenhang zwischen Fahrleistung und Industrieproduktion besteht, kann dieser mit zunehmenden Datenstand präziser geschätzt werden, und die Prognosefehler würden dann mit zunehmendem Datenstand in der Tendenz abnehmen. In der Tat zeigt sich, dass die Prognosefehler der Modelle, die die Lkw-Fahrleistung enthalten, für den Zeitraum von 2016 bis 2019 gegenüber dem Zeitraum von 2012 bis 2019 sowohl gegenüber dem AR-Modell als auch gegenüber den Modellen ohne Fahrleistung geringere Prognosefehler verzeichnen.^f Berechnet man Theil's U ab dem Januar 2012 für ein sich Monat für Monat erweiterndes

Zeitfenster, so zeigt sich ferner, dass der Prognosefehler des Modells, das alle Frühindikatoren einschließlich der Fahrleistung enthält, gegenüber dem Modell ohne Fahrleistung sukzessive mit zunehmenden Zeitfenster abnimmt (Abbildung K2.2). Theil's U des Modells mit Lkw-Fahrleistung weist demzufolge ab Anfang 2017 einen geringeren Wert auf. Die Ergebnisse sprechen dafür, dass die Prognosegüte der Lkw-Fahrleistung bereits in den Jahren vor der Pandemie besser war, als es die Durchschnittsbetrachtung nahelegt und sich von daher mit zunehmenden Datenstand tendenziell weiter verbessern könnte.

Eine nähere Betrachtung der Prognosefehler seit Beginn der Corona-Pandemie zeigt, dass die Modelle insbesondere den Einbruch der Industrieproduktion im März und April nicht gut vorhersagen konnten und für diese beiden Monate sehr große Prognosefehler aufweisen. Die großen Schwankungen bei der Industrieproduktion und den Frühindikatoren haben offenbar beträchtlichen Einfluss auf die Schätzungen, da solchen Beobachtungen bei linearen Regressionen, bei denen die quadratischen Abweichungen von den tatsächlichen Werten minimiert werden, im Vergleich zu normalen Zeiten ein besonders hohes Gewicht zukommt. Dies zeigt sich beispielsweise, wenn man die Prognosen eines Modells, das alle Frühindikatoren enthält, aber für unterschiedliche Zeiträume geschätzt wurde, für das Jahr 2020 miteinander vergleicht. So kann das Modell, wenn die Daten bis Ende 2022 in die Schätzung miteinbezogen werden, die Schwankungen bei der Industrieproduktion recht gut erklären, während das Modell, wenn es nur mit Daten bis Ende 2019 gefüttert wird, die Schwankungen kaum nachvollziehen kann (Abbildung K2.3). Die Prognosen des rekursiv geschätzten Modells verbessern sich deutlich ab dem Mai, also nachdem der kräftige Rückgang bis zum April in die Schätzung miteinfließt.

Abbildung K2-2
Theil's U für expandierende Zeitfenster



Monatsdaten. Theil's U: Prognosefehler in Relation zu den Prognosefehlern eines autoregressiven Modells. Theil's U von Modellen die sowohl die Lkw-Fahrleistung als auch andere Frühindikatoren ("Alle Indikatoren"), die nur die Lkw-Fahrleistung ("Lkw") und die nur andere Frühindikatoren ("Alle Indikatoren ex Lkw") enthalten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut; Berechnungen des IfW Kiel.

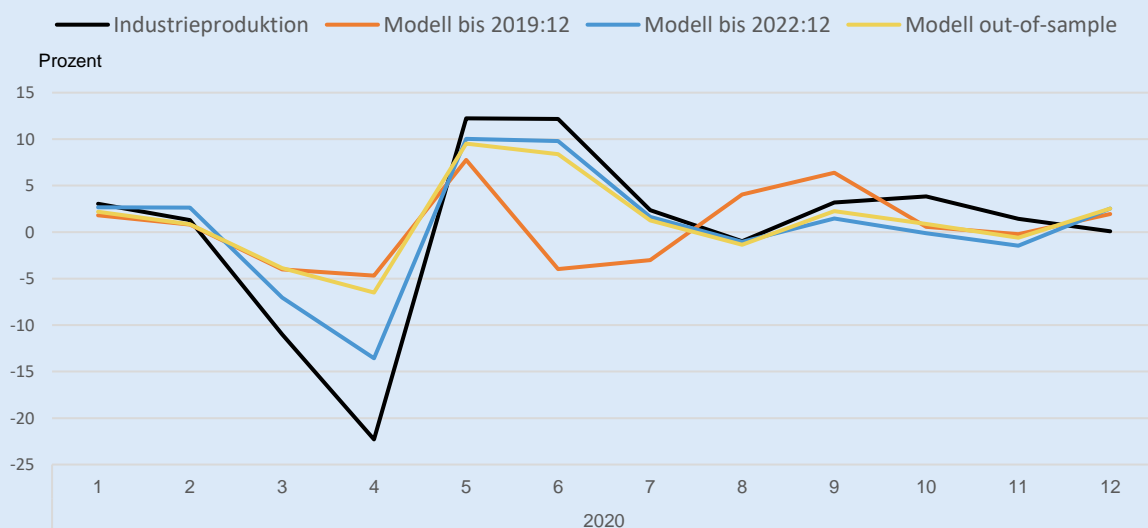
Die out-of-sample Prognosen deuten darauf hin, dass sich der Zusammenhang zwischen der Lkw-Fahrleistung und der Industrieproduktion strukturell geändert haben könnte. In der Tat signalisieren empirische Tests (Andrew-Ploberger) einen Strukturbruch mit dem Beginn der Corona-Pandemie. Kontrolliert man bei den Schätzungen anhand von Dummy-Variablen für die Beobachtungen von März bis Juni 2020, liefern empirische Tests keine Hinweise auf Strukturbrüche mehr. Grundsätzlich gibt es aber unterschiedliche Möglichkeiten mit Strukturbrüchen oder großen Ausschlägen bei einzelnen Beobachtungen umzugehen (Lenza und Primiceri 2020).

Alles in allem ist die Lkw-Fahrleistung ein nützlicher Indikator für die Prognose der Industrieproduktion. Die Lkw-Fahrleistung steht zwar im Vergleich zu anderen relevanten Frühindikatoren bislang nur für einen kürzeren Zeitraum zur Verfügung. Die Prognosegüte hat sich im Vergleich zu anderen Indikatoren mit zunehmenden Datenstand aber offenbar merklich verbessert. Auch für den Einbruch der Industrieproduktion nach dem Beginn der Corona-Pandemie lieferte die Lkw-Fahrleistung rasch belastbare Signale. Allerdings hat sich der Zusammenhang zwischen Fahrleistung und Produktion zumindest während der ersten Phase der Pandemie

geändert, wodurch sich die Frage stellt, wie die Fahrleistung nun bestmöglich zur Prognose der Industrieproduktion ausgewertet werden kann. Solche Probleme sind freilich nicht spezifisch für die Lkw-Fahrleistung, sondern gelten auch für andere Frühindikatoren.

Abbildung K2-3

Prognosefehler seit dem Beginn der Corona-Pandemie für unterschiedliche Schätzzeiträume



Monatsdaten. 1-Schritt-Prognosen auf Basis der Spezifikation, die alle Frühindikatoren enthält, geschätzt bis Dezember 2019 (2019:12) bis Juni 2022 (2022:12) sowie rekursiv bis zum jeweiligen Vormonat (out-of-sample).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut; Berechnungen des IfW Kiel.

^a Der Lkw-Fahrleistungsindex wird vom Bundesamt für Güterverkehr berechnet und regelmäßig vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

^b Seit dem Jahr 2020 werden zudem einmal wöchentlich auch Tagesdaten des Lkw-Fahrleistungsindex verfügbar gemacht (Cox et al. 2020).

^c Die hier in Betracht gezogenen Vergleichsindikatoren stellen nur eine Auswahl der verfügbaren Indikatoren dar. Ein weiterer vielversprechender Frühindikator für die Industrieproduktion ist die vom Verband der Automobilindustrie veröffentlichte Pkw-Produktion.

^d Die Echtzeitdaten stammen aus der Echtzeitdatenbank der Deutschen Bundesbank

^e Bei der Evaluation wird berücksichtigt, dass die alternativen Indikatoren schon ab dem Jahr 1991 verfügbar sind. Das Alternativmodell ohne Lkw-Fahrleistung kann somit für einen längeren Zeitraum geschätzt werden. Sofern keine Strukturbrüche in dem Zusammenhang mit der Industrieproduktion auftreten, ist dies von Vorteil, da auf Basis des längeren Datensatzes die Parameter präziser geschätzt werden können. Jedes Modell wird deshalb für den jeweils längst möglichen Zeitraum geschätzt.

^f Schätzt man umgekehrt die Modelle ohne Lkw-Fahrleistung jeweils für den kürzeren Zeitraum, für den die Lkw-Fahrleistung vorliegt, so verschlechtert die Prognosegüte für diese Modelle etwas.

Kasten 3:
Prognose des IfW Kiel und tatsächliche Entwicklung im Jahr 2022

Die Prognosefehler für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022 waren seit der vergangenen Frühjahrsprognose recht gering. Lediglich in der Herbst-Prognose lag der Prognosefehler etwas über den durchschnittlich historisch verzeichneten Werten (mittlerer absoluter Prognosefehler des IfW Kiel in der Herbst-Prognose zwischen 1994 und 2022: 0,25 Prozentpunkte). In der ersten Jahreshälfte lag er deutlich unter den mittleren Werten von 0,7 (Frühjahr) bzw. 0,5 Prozentpunkten (Sommer).

Die Einschätzung bezüglich der Konjunkturtreiber hat sich im Verlauf des Jahres jedoch geändert. So waren wir im Frühjahr davon ausgegangen, dass das hohe Infektionsgeschehen – so wie in den vorherigen Pandemiewellen – zu Jahresbeginn zu einem Rücksetzer beim privaten Konsum und dem Bruttoinlandsprodukt führen und in der zweiten Jahreshälfte eine kräftige Erholung einsetzen würde. Stattdessen setzte bereits zu Jahresbeginn eine Erholung ein und die privaten Konsumausgaben und das Bruttoinlandsprodukt stiegen recht kräftig. Gleichwohl wurde die Prognose für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das Gesamtjahr 2022 im Sommer nicht angepasst, da sich abzeichnete, dass die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine – vor allem über höhere Energiepreise – stärker sein würden als im Frühjahr erwartet. Im Herbst mehrten sich die Zeichen, dass die Belastungen durch den Krieg und vor allem durch die hohen Energiepreise nochmals zugenommen haben, so dass wir unsere Prognose für das Bruttoinlandsprodukt gesenkt hatten. Insgesamt zeigte sich die Wirtschaft recht robust gegenüber diesen Belastungsfaktoren, und die Energiepreise sind mittlerweile ausgehend von ihren Höchstständen wieder deutlich gesunken.

Verwendungsseitig haben die Corona-Pandemie sowie die Energiepreisanstiege infolge des Kriegs in der Ukraine vor allem Einfluss auf den privaten Konsum. Insgesamt waren die Prognosefehler für die Zuwachsrate des privaten Konsums für das Gesamtjahr 2022 recht gering. Dazu hat allerdings beigetragen, dass sich die deutlich geringeren Belastungen durch die Pandemie zu Jahresbeginn und die dämpfenden Einflüsse der stark gestiegenen Energiepreise und der damit verbundenen Realeinkommensverluste der privaten Haushalte zum Teil aufgewogen haben. Den starken Abschwung am Immobilienmarkt haben wir zunächst unterschätzt und unsere Prognose für die Bauinvestitionen erst in der zweiten Jahreshälfte deutlich nach unten angepasst. Bei den recht schwankungsanfälligen Ausrüstungsinvestitionen, Exporten und Importen waren die Prognosefehler gemessen anhand der vor dem Beginn der Pandemie verzeichneten durchschnittlichen absoluten Prognosefehlern relativ gering.

Die teils größeren Revisionen bei den Verwendungskomponenten gingen neben den Prognosefehlern und den geänderten ökonomischen Rahmenbedingungen auch auf Revisionen bereits veröffentlichter Zahlen des Statistischen Bundesamts zurück. Insbesondere für das erste Quartal wurden die zunächst veröffentlichten Zahlen im Nachhinein zum Teil deutlich revidiert. So wurde die zunächst ausgewiesene Zuwachsrate für die Konsumausgaben des Staates im Herbst von 0,1 Prozent auf 1,8 Prozent revidiert (aktuell: 0,6 Prozent), für die privaten Konsumausgaben von -0,1 Prozent auf 0,8 Prozent (aktuell: 0,7 Prozent), für die Exporte von -2,1 Prozent auf 0,4 Prozent (aktuell: -0,3 Prozent) und beim Expansionsbeitrag der Vorratsveränderungen von 1,1 Prozentpunkte auf 0,1 Prozentpunkte (aktuell: -0,3 Prozentpunkte). Bei den öffentlichen Konsumausgaben kam es auch in den Folgequartalen zu auffällig großen Revisionen. Im Ergebnis wurde die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das erste Quartal vom Statistischen Bundesamt von zunächst -0,1 Prozent auf mittlerweile 0,8 Prozent revidiert. Dies spiegelt sich in unserer Prognoserevision für das Gesamtjahr 2022 im Herbst jedoch nicht wider, da wir unsere Erwartung für die zweite Jahreshälfte deutlich nach unten angepasst hatten.

Die absoluten Prognosefehler für das jeweils laufende Quartal („Nowcast“) lagen im Jahr 2022 bei durchschnittlich 0,6 Prozentpunkten.⁹ In normalen Phasen sind die Prognosefehler in der Regel deutlich geringer, so wie in den Jahren vor dem Beginn der Pandemie, als sie durchschnittlich weniger als 0,3 Prozentpunkte betragen. In einer wirtschaftlichen Schwächephase – so wie sie sich im Verlauf des vergangenen Jahres angebahnt hatte – nehmen die Prognosefehler in der Regel jedoch spürbar zu (Dovern und Janssen 2017). Zuletzt haben die Pandemie und der Krieg in der Ukraine die Prognoseunsicherheit merklich erhöht, da deren wirtschaftliche Einflüsse in empirischen Modellen nur schwer abgebildet werden können. Problematisch ist dabei unter anderem, dass für den privaten Konsum, bei dem ungewöhnlich große Schwankungen zu verzeichnen waren, kaum zuverlässigen Frühindikatoren vorliegen und sich in der Vergangenheit konjunkturelle Schwankungen eher in anderen Bereichen widerspiegelt haben. Auch hat sich die Schätzunsicherheit durch die zum Teil großen Schwankungen und geänderte Zusammenhänge zwischen Frühindikatoren und Wirtschaftsleistung seit dem Beginn der Pandemie erhöht. Bei den Nowcasts haben wir uns vom Sommer bis zum Winter stark an gängigen Frühindikator-Modellen (z.B. Hauber 2018) orientiert. Für diese drei Quartale lag der mittlere absolute Prognosefehler bei 0,3 Prozentpunkten. Für das erste Quartal, für das der Prognosefehler mit 1,1 Prozentpunkten recht hoch war, waren wir deutlich von den Modellprognosen abgewichen, da wir davon ausgegangen waren, dass das hohe

Infektionsgeschehen die Wirtschaftsleistung spürbar belasten würde und dies nicht vollständig in den Frühindikatoren abgebildet war.

Tabelle K2-2
Prognosefehler

	Statistisches Bundesamt	Frühjahrsprognose		Sommerprognose		Herbstprognose		Winterprognose	
	Ist-Wert	Prognose	Fehler (2)-(1)	Prognose	Fehler (4)-(1)	Prognose	Fehler (6)-(1)	Prognose	Fehler (8)-(1)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutsche Wirtschaft:									
Inländische Verwendung	3,1	2,8	-0,3	3,4	0,3	3,0	-0,1	3,2	0,1
Privater Konsum	4,3	3,9	-0,4	3,4	-0,9	4,2	-0,1	4,4	0,1
Staatlicher Konsum	1,2	1,1	-0,1	0,3	-0,9	3,1	1,9	1,7	0,5
Ausrüstungen	3,3	3,0	-0,3	1,9	-1,4	0,8	-2,5	2,9	-0,4
Bauten	-1,7	2,2	3,9	1,6	3,3	-1,8	-0,1	-1,2	0,5
Sonst. Anlageinvestitionen	2,1	4,7	2,6	1,1	-1,0	1,6	-0,5	2,0	-0,1
Vorratsveränderungen	0,4	-0,2	-0,6	1,1	0,7	0,2	-0,2	0,4	0,0
Außenbeitrag	-1,2	-0,5	0,7	-1,2	0,0	-1,4	-0,2	-1,1	0,1
Ausfuhr	2,9	4,2	1,3	3,4	0,5	1,6	-1,3	2,8	-0,1
Einfuhr	6,0	5,9	-0,1	6,6	0,6	5,3	-0,7	5,9	-0,1
Bruttoinlandsprodukt	1,8	2,1	0,3	2,1	0,3	1,4	-0,4	1,9	0,1
Weltwirtschaft:									
Bruttoinlandsprodukt									
USA	2,1	3,1	1,0	2,1	0,0	1,9	-0,2	1,9	-0,2
Euroraum ex. Deutschland	4,2	3,0	-1,2	3,5	-0,7	3,6	-0,6	4,0	-0,2
Weltwirtschaft	3,2	3,5	0,3	3,0	-0,2	2,9	-0,3	3,2	0,0
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	-2,1	-1,2	0,9	-1,7	0,4	-1,9	0,2	-1,8	0,3
Exportmärkte	3,3	2,8	-0,5	3,1	-0,2	3,1	-0,2	3,3	0,0
Nachrichtlich:									
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)	100,9	99,9	-	108,9	-	102,0	-	96,9	-

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparität; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 55 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; Prognosen des IfW Kiel.

^a Die Prognosefehler beziehen sich jeweils auf die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts, die vom Statistischen Bundesamt mit der Veröffentlichung der detaillierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bekannt gegeben wurde. Diese Werte unterliegen im Nachhinein Revisionen. Auch zwischen der Erstveröffentlichung im Rahmen der Schnell-schätzung und der Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen kann es zu Revisionen kommen.

Literatur

- Ademmer, M., J. Beckmann, E. Bode, J. Boysen-Hogrefe, M. Funke, P. Hauber, J. Hinz, N. Jannsen, S. Kooths, M. Söder, V. Stamer, T. Stöhr und U. Stolzenburg (2021). [Big Data in der makroökonomischen Analyse](#). Studie im Auftrag des BMWi. Im Erscheinen als Kieler Beiträge für Wirtschaftspolitik.
- Askatas, N., und K.F. Zimmermann (2013). Nowcasting business cycles using toll data. *Journal of Forecasting* 32 (4): 299-306.
- BKK (2023). Monatsstatistik der Betriebskrankenkassen, Jahresübersicht 2022. BKK Dachverband e.V.
- Bode, E., N. Jannsen und U. Stolzenburg (2020). [Industrierezession und Dienstleistungsbranchen](#). *Wirtschaftsdienst* 100(1): 75-76.
- Borio, C. (2014). The financial cycle and macroeconomics: what have we learnt? *Journal of Banking and Finance* 45 (August): 182–98.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg, V. Stamer und U. Stolzenburg (2023a). Mittelfristprojektion für Deutschland im Frühjahr 2023. *Kieler Konjunkturberichte* 102.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, S. Kooths, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2023b). Energiekrise klingt ab, Konjunkturaussichten hellen sich auf. *Kieler Konjunkturberichte* 100.
- Boysen-Hogrefe, J. (2023). [Zum Einfluss der Grunderwerbsteuer auf den Wohnungsneubau in Deutschland](#). Kiel Policy Brief Nr. 165.
- Boysen-Hogrefe, J. (2017). Grunderwerbsteuer im Länderfinanzausgleich: Umverteilung der Zusatzlast der Besteuerung. *Wirtschaftsdienst* 97(5), 354–359.
- Boysen-Hogrefe, J., N. Jannsen and C.-P. Meier (2016). A Note on Banking and Housing Crises and the Strength of Recoveries. *Macroeconomic Dynamics* 20: 1924–1933.
- Büttner, T. und M. Krause (2021). Fiscal Equalization as a Driver of Tax Increases: Empirical Evidence from Germany. *International Tax and Public Finance* 28 (2021) 90-112.
- Cox, M., M. Berghausen, S. Linz, C. Fries und J. Völker (2018). Digitale Prozessdaten aus der LKW-Mauterhebung – Neuer Baustein der amtlichen Konjunkturstatistik. *WISTA – Wirtschaft und Statistik* 6 | 2018: 11-32.
- Cox, M., J. Triebel, S. Linz, C. Fries, L.F. Flores, A. Lorenz, D. Ollech, A. Dietrich, J. LeCrone und K. Webel (2020): Täglicher Lkw-Maut-Fahrleistungsindex aus digitalen Prozessdaten der Lkw-Mauterhebung. *WISTA – Wirtschaft und Statistik*, 4, S. 63-76.
- Deutsche Bundesbank (2023). [Bundesbank taps its risk provisions for 2022](#). Pressemitteilung, 1. März 2023.
- Deutsche Bundesbank (2023). [Preise für Wohnimmobilien nach langem Anstieg 2022 erstmalig gesunken](#). Monatsbericht Februar 2023.
- Döhrn, R. (2011). Analysen und Berichte – Konjunkturindikatoren. Die Mautstatistik: Keine “Wunderwaffe” für die Konjunkturanalyse. *Wirtschaftsdienst* 91 (12): 863-868.
- Dovern, J. und N. Jannsen (2017). Systematic errors in growth expectations over the business cycle. *International Journal of Forecasting* 33(4): 760-769.
- Drehmann, M., C. Borio and K. Tsatsaronis (2012). Characterising the financial cycle: don't lose sight of the medium term!. *BIS Working Paper* 380.
- Europace (2023). [Hauspreisindex EPX](#). Via Internet (14. März 2023).
- Falck, O., N. Czernich und J. Koenen (2021). [Auswirkungen der vermehrten Produktion elektrisch betriebener Pkw auf die Beschäftigung in Deutschland](#). Ifo Studie im Auftrag des Verbandes der Automobilindustrie.
- FDIC (2023). FDIC Creates a Deposit Insurance National Bank of Santa Clara to Protect Insured Depositors of Silicon Valley Bank, Santa Clara, California. [Press Release](#).
- Gern, K.-J., S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2022). Hartnäckige Inflation, gebremste Expansion. *Weltwirtschaft im Frühjahr 2023. Kieler Konjunkturberichte* Nr. 99.
- Hauber, P. (2018). [Zur Kurzfristprognose mit Faktormodellen und Prognoseanpassungen](#). IfW-Box 2018.5.
- Interhyp (2023). [Zinsentwicklung und aktuelle Bauzinsen](#). Via Internet (14. März 2023).
- ifo (2022). Unternehmen geben gestiegene Kosten verzögert an Kunden weiter. [Pressemitteilung](#), 21. November 2022.

- Jannsen, N. (2020). [Arbeitsausfall und Wirtschaftsleistung](#). IfW-Box 2020.19. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Jannsen, N. und N. Sonnenberg (2023). Inflation: Neues Basisjahr und Preisbremsen. Wirtschaftsdienst März, im Erscheinen.
- Jorda, O., M. Schularick, and A.M. Taylor (2013). When Credit Bites Back. Journal of Money, Credit and Banking, Supplement to Vol. 45 (2): 3-28.
- Lenza, M. und G.E. Primiceri (2020). How to estimate a VAR after March 2020. ECB Working Paper 2461.
- Sonnenberg, N. (2023). ECB stepping on the brake(s) – monetary tightening in an abundant reserve system. Publication for the committee on Economic and Monetary Affairs, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg. Im Erscheinen.
- Statistische Bundesamt (2023). [Bedeutung der energieintensiven Industriezweige in Deutschland](#).
- SVB (2023). Message to stakeholders regarding recent strategic actions taken by SVB. [Investor Letter](#).
- Wanger, S. (2020). Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht. IAB-Forschungsbericht 16/2020. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Wohlrabe, K. und T. Wollmershäuser (2017). Über die richtige Interpretation des ifo Geschäftsklimas als konjunktureller Frühindikator. Ifo Schnelldienst 70. Jahrgang (15): 42-46.

Tabellenanhang

Tabelle 11:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2021	2021	2022	2023	2024
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		2,6	1,8	0,5	1,4
Private Konsumausgaben		0,4	4,3	-0,5	1,8
Konsumausgaben des Staates		3,8	1,2	0,6	1,3
Anlageinvestitionen		1,2	0,4	-1,1	1,7
Ausrüstungsinvestitionen		3,5	3,3	2,1	4,4
Bauinvestitionen		0,0	-1,7	-4,1	-0,5
Sonstige Anlagen		1,1	2,1	3,3	4,3
Vorratsveränderung		0,5	0,4	0,5	0,0
Inländische Verwendung		1,9	3,1	0,1	1,6
Ausfuhr		9,7	2,9	0,5	3,5
Einfuhr		9,0	6,0	-0,2	4,0
Außenbeitrag		0,8	-1,2	0,3	-0,1
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.601,8	5,8	7,4	6,7	3,7
Private Konsumausgaben	1.773,8	3,5	11,6	4,9	3,8
Konsumausgaben des Staates	797,5	6,6	6,4	4,4	4,7
Anlageinvestitionen	783,8	6,5	11,3	3,0	3,2
Ausrüstungsinvestitionen	229,4	5,5	10,6	5,8	6,2
Bauinvestitionen	416,7	8,3	13,9	0,7	0,4
Sonstige Anlagen	137,7	2,9	4,6	5,6	6,5
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		55,1	87,9	113,7	114,6
Inländische Verwendung	3.410,2	6,1	11,1	4,9	3,8
Ausfuhr	1.693,9	15,6	14,9	0,5	4,4
Einfuhr	1.502,4	18,0	24,3	-3,3	4,6
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		191,6	79,5	152,3	155,4
Bruttonationaleinkommen	3.729,5	6,4	7,2	6,6	3,7
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		3,1	5,5	6,2	2,2
Private Konsumausgaben		3,1	6,9	5,5	1,9
Konsumausgaben des Staates		2,7	5,1	3,8	3,4
Ausrüstungsinvestitionen		1,9	7,1	3,6	1,7
Bauinvestitionen		8,3	15,9	5,0	1,0
Sonstige Anlagen		1,8	2,4	2,2	2,1
Ausfuhr		5,4	11,7	0,1	0,8
Einfuhr		8,3	17,3	-3,2	0,6
<i>Nachrichtlich:</i> Verbraucherpreise		3,1	6,9	5,4	2,1
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.743,4	6,7	4,2	7,5	3,0
Arbeitnehmerentgelt	1.918,0	3,5	5,8	6,4	5,8
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		69,9	71,0	70,3	72,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	825,4	15,0	0,4	10,1	-3,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2.031,2	2,1	7,0	3,6	4,6
Sparquote (Prozent)		15,1	11,4	10,2	10,8
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.570,6	3,7	6,3	6,4	5,7
Effektivlohn, Stundenbasis		1,6	4,8	5,9	4,3
Lohnstückkosten, Stundenbasis		0,7	3,8	5,7	4,0
Produktivität, Stundenbasis		0,9	0,4	0,2	0,3
Arbeitslose (1 000)		2.613	2.418	2.471	2.402
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,7	5,3	5,4	5,2
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		44.980	45.570	45.885	45.827
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-134,3	-101,3	-87,9	-58,4
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-3,7	-2,6	-2,1	-1,4
Öffentliche Schulden (Prozent)		68,6	66,4	64,3	63,5

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,3	0,7	- 0,1	1,5	1,1	0,8	0,6	0,0	- 0,3
Arbeitsvolumen	1,4	0,3	1,1	1,9	0,8	0,1	0,5	1,1	1,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,1	- 0,4	1,2	0,4	- 0,3	- 0,7	- 0,1	1,1	1,4
Produktivität ¹	0,4	0,2	0,3	0,8	0,0	0,3	0,0	0,2	0,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,8	0,5	1,4	2,8	0,8	0,4	0,5	1,2	1,6
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 827,3	2 962,6	3 082,7	1 367,2	1 460,2	1 443,0	1 519,6	1 499,6	1 583,1
Private Haushalte ²	1 978,9	2 076,6	2 155,0	953,5	1 025,5	1 014,2	1 062,4	1 047,7	1 107,3
Staat	848,4	886,0	927,7	413,7	434,7	428,8	457,2	451,9	475,8
Anlageinvestitionen	872,3	898,3	926,9	418,2	454,1	440,4	457,9	444,9	482,0
Ausrüstungen	253,7	268,3	284,9	118,0	135,7	128,3	140,0	135,0	149,9
Bauten	474,6	477,9	480,1	231,6	243,0	240,5	237,4	233,9	246,2
Sonstige Anlageinvestitionen	144,0	152,1	161,9	68,6	75,4	71,5	80,5	76,1	85,8
Vorratsveränderung ³	87,9	113,7	114,6	48,4	39,5	67,3	46,4	68,4	46,2
Inländische Verwendung	3 787,5	3 974,5	4 124,2	1 833,8	1 953,8	1 950,6	2 023,9	2 012,9	2 111,3
Außenbeitrag	79,5	152,3	155,4	53,8	25,7	86,2	66,0	83,4	72,0
Exporte	1 946,6	1 956,9	2 042,8	941,6	1 005,0	969,5	987,4	1 004,5	1 038,2
Importe	1 867,1	1 804,6	1 887,4	887,8	979,3	883,3	921,3	921,2	966,3
Bruttoinlandsprodukt	3 867,1	4 126,8	4 279,6	1 887,6	1 979,5	2 036,9	2 089,9	2 096,3	2 183,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	10,0	4,8	4,1	11,9	8,2	5,5	4,1	3,9	4,2
Private Haushalte ²	11,6	4,9	3,8	14,0	9,4	6,4	3,6	3,3	4,2
Staat	6,4	4,4	4,7	7,5	5,4	3,6	5,2	5,4	4,1
Anlageinvestitionen	11,3	3,0	3,2	11,7	10,9	5,3	0,8	1,0	5,3
Ausrüstungen	10,6	5,8	6,2	6,9	14,0	8,8	3,1	5,2	7,1
Bauten	13,9	0,7	0,4	16,6	11,5	3,9	- 2,3	- 2,8	3,7
Sonstige Anlageinvestitionen	4,6	5,6	6,5	5,3	4,0	4,3	6,8	6,4	6,6
Inländische Verwendung	11,1	4,9	3,8	12,7	9,5	6,4	3,6	3,2	4,3
Exporte	14,9	0,5	4,4	15,9	14,0	3,0	- 1,8	3,6	5,2
Importe	24,3	- 3,3	4,6	27,0	21,9	- 0,5	- 5,9	4,3	4,9
Bruttoinlandsprodukt	7,4	6,7	3,7	8,5	6,3	7,9	5,6	2,9	4,5
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 411,2	2 406,9	2 446,4	1 191,5	1 219,8	1 186,3	1 220,7	1 205,1	1 241,4
Private Haushalte ²	1 697,9	1 689,3	1 719,7	834,8	863,2	830,9	858,5	843,3	876,3
Staat	711,8	716,1	725,2	355,8	356,1	354,6	361,5	360,9	364,3
Anlageinvestitionen	675,3	668,0	679,6	330,0	345,3	327,1	340,9	328,3	351,4
Ausrüstungen	222,9	227,6	237,6	105,1	117,7	109,0	118,6	112,9	124,6
Bauten	323,0	309,8	308,1	162,6	160,4	155,2	154,6	151,2	156,8
Sonstige Anlageinvestitionen	129,2	133,5	139,1	61,4	67,9	63,3	70,2	65,8	73,3
Inländische Verwendung	3 117,6	3 121,8	3 170,8	1 536,5	1 581,1	1 541,8	1 580,0	1 561,1	1 609,7
Exporte	1 617,7	1 625,2	1 682,4	798,8	818,9	804,7	820,5	830,9	851,5
Importe	1 479,5	1 476,8	1 535,5	720,2	759,2	725,6	751,3	750,4	785,1
Bruttoinlandsprodukt	3 260,9	3 275,7	3 322,8	1 617,0	1 643,8	1 623,9	1 651,8	1 643,8	1 679,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,4	- 0,2	1,6	5,9	1,0	- 0,4	0,1	1,6	1,7
Private Haushalte ²	4,3	- 0,5	1,8	7,7	1,3	- 0,5	- 0,5	1,5	2,1
Staat	1,2	0,6	1,3	2,0	0,3	- 0,3	1,5	1,8	0,8
Anlageinvestitionen	0,4	- 1,1	1,7	0,4	0,4	- 0,9	- 1,3	0,4	3,1
Ausrüstungen	3,3	2,1	4,4	0,7	5,7	3,7	0,7	3,6	5,1
Bauten	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 0,2	- 3,2	- 4,6	- 3,6	- 2,5	1,4
Sonstige Anlageinvestitionen	2,1	3,3	4,3	1,7	2,5	3,1	3,5	4,0	4,5
Inländische Verwendung	3,1	0,1	1,6	4,3	1,9	0,3	- 0,1	1,3	1,9
Exporte	2,9	0,5	3,5	3,0	2,7	0,7	0,2	3,3	3,8
Importe	6,0	- 0,2	4,0	6,6	5,4	0,7	- 1,0	3,4	4,5
Bruttoinlandsprodukt	1,8	0,5	1,4	2,8	0,8	0,4	0,5	1,2	1,6

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	6,9	5,5	1,9	5,8	8,1	6,9	4,2	1,8	2,1
Konsumausgaben des Staates	5,1	3,8	3,4	5,3	5,0	4,0	3,6	3,5	3,3
Anlageinvestitionen	10,8	4,1	1,4	11,3	10,4	6,2	2,1	0,7	2,1
Ausrüstungen	7,1	3,6	1,7	6,2	7,8	4,9	2,4	1,5	1,9
Bauten	15,9	5,0	1,0	16,8	15,2	8,8	1,4	-0,2	2,2
Exporte	11,7	0,1	0,8	12,5	11,0	2,2	-2,0	0,3	1,3
Importe	17,3	-3,2	0,6	19,1	15,7	-1,2	-4,9	0,8	0,4
Bruttoinlandsprodukt	5,5	6,2	2,2	5,5	5,5	7,5	5,1	1,7	2,8

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 639,7	2 763,7	2 901,4	1 291,2	1 348,5	1 353,4	1 410,3	1 418,8	1 482,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	359,7	382,5	406,0	174,0	185,7	185,0	197,6	196,6	209,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 670,0	1 777,3	1 879,5	788,8	881,2	843,3	934,0	890,6	988,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	609,9	603,8	615,9	328,4	281,5	325,1	278,7	331,6	284,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	566,6	657,8	656,2	261,6	305,0	317,9	339,9	305,8	350,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 206,2	3 421,5	3 557,6	1 552,8	1 653,5	1 671,3	1 750,2	1 724,7	1 833,0
Abschreibungen	792,7	841,7	863,8	387,9	404,8	420,7	421,0	429,1	434,7
Bruttonationaleinkommen	3 998,9	4 263,1	4 421,4	1 940,7	2 058,3	2 092,0	2 171,2	2 153,8	2 267,6
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 858,5	3 072,0	3 162,7	1 373,9	1 484,6	1 494,3	1 577,6	1 527,5	1 635,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	828,7	912,1	877,2	411,1	417,6	466,0	446,1	440,3	437,0
Arbeitnehmerentgelt	2 029,8	2 159,9	2 285,5	962,8	1 067,0	1 028,3	1 131,6	1 087,2	1 198,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	7,1	4,7	5,0	7,9	6,3	4,8	4,6	4,8	5,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,5	6,3	6,1	3,4	3,7	6,3	6,4	6,3	6,0
Bruttolöhne und -gehälter	6,3	6,4	5,7	6,7	6,0	6,9	6,0	5,6	5,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,7	5,6	5,8	4,8	4,6	5,9	5,3	5,5	6,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	11,5	-1,0	2,0	13,5	9,2	-1,0	-1,0	2,0	2,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,3	16,1	-0,2	4,7	-1,5	21,5	11,5	-3,8	3,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,0	6,7	4,0	7,3	4,8	7,6	5,9	3,2	4,7
Abschreibungen	12,5	6,2	2,6	12,7	12,2	8,5	4,0	2,0	3,2
Bruttonationaleinkommen	7,2	6,6	3,7	8,4	6,2	7,8	5,5	3,0	4,4
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	4,2	7,5	3,0	4,4	4,0	8,8	6,3	2,2	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,4	10,1	-3,8	0,6	0,2	13,4	6,8	-5,5	-2,0
Arbeitnehmerentgelt	5,8	6,4	5,8	6,1	5,6	6,8	6,1	5,7	5,9

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 667,3	1 775,8	1 874,0	790,4	876,9	849,2	926,6	893,4	980,5
Nettolöhne und -gehälter	1 128,8	1 200,6	1 267,3	525,1	603,7	562,2	638,4	591,9	675,4
Monetäre Sozialleistungen	685,5	731,3	771,0	337,6	348,0	363,8	367,4	382,0	389,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	147,0	156,1	164,3	72,2	74,8	76,9	79,2	80,5	83,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	609,9	603,8	615,9	328,4	281,5	325,1	278,7	331,6	284,3
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-103,0	-127,1	-134,3	-58,0	-45,0	-60,2	-66,9	-64,2	-70,1
Verfügbares Einkommen	2 174,2	2 252,5	2 355,5	1 060,7	1 113,5	1 114,1	1 138,4	1 160,8	1 194,7
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,0	59,3	59,6	28,6	30,3	28,8	30,5	28,9	30,6
Konsumausgaben	1 978,9	2 076,6	2 155,0	953,5	1 025,5	1 014,2	1 062,4	1 047,7	1 107,3
Sparen	254,2	235,1	260,1	135,9	118,3	128,7	106,5	142,0	118,1
Sparquote (%) ⁶	11,4	10,2	10,8	12,5	10,3	11,3	9,1	11,9	9,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,5	6,5	5,5	2,9	6,0	7,4	5,7	5,2	5,8
Nettolöhne und -gehälter	6,2	6,4	5,6	6,0	6,4	7,1	5,7	5,3	5,8
Monetäre Sozialleistungen	1,3	6,7	5,4	-2,0	4,8	7,8	5,6	5,0	5,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,3	6,1	5,3	0,6	4,1	6,4	5,9	4,7	5,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	11,5	-1,0	2,0	13,5	9,2	-1,0	-1,0	2,0	2,0
Verfügbares Einkommen	7,0	3,6	4,6	5,2	8,9	5,0	2,2	4,2	4,9
Konsumausgaben	11,6	4,9	3,8	14,0	9,4	6,4	3,6	3,3	4,2
Sparen	-19,6	-7,5	10,6	-32,2	2,4	-5,3	-10,0	10,4	10,9

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen									
Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024									
	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	948,3	983,2	1 034,5	467,7	480,6	486,7	496,5	511,5	523,0
Sozialbeiträge	665,8	716,4	765,5	321,6	344,2	346,1	370,3	370,4	395,1
Vermögenseinkommen	16,6	16,0	15,4	9,1	7,5	8,8	7,2	8,5	6,9
Sonstige Transfers	28,0	29,4	30,8	12,1	15,9	12,8	16,6	13,5	17,3
Vermögenstransfers	19,0	20,1	21,3	9,0	10,0	9,6	10,5	10,2	11,1
Verkäufe	143,0	151,9	159,4	66,5	76,5	70,7	81,2	74,0	85,4
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 820,8	1 917,1	2 027,1	886,0	934,7	934,7	982,4	988,2	1 039,0
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	592,8	620,5	645,7	287,2	305,5	298,1	322,4	312,1	333,6
Arbeitnehmerentgelt	306,7	316,4	336,5	148,3	158,4	151,3	165,1	161,2	175,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,1	36,0	40,1	12,5	13,6	17,5	18,4	19,6	20,4
Subventionen	72,8	78,2	58,4	29,0	43,8	36,3	41,9	28,3	30,1
Monetäre Sozialleistungen	618,7	663,9	703,1	304,2	314,5	330,2	333,7	348,1	355,0
Sonstige laufende Transfers	113,4	98,6	98,0	43,7	69,7	45,8	52,8	45,0	53,0
Vermögenstransfers	91,4	81,2	80,7	22,9	68,4	31,6	49,5	32,1	48,6
Bruttoinvestitionen	101,6	111,6	124,5	43,8	57,9	47,3	64,3	52,3	72,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7
Insgesamt	1 922,1	2 005,0	2 085,5	891,1	1 031,0	957,6	1 047,4	998,2	1 087,3
Finanzierungssaldo	- 101,3	- 87,9	- 58,4	- 5,0	- 96,3	- 22,9	- 65,0	- 10,1	- 48,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	8,0	3,7	5,2	12,4	4,1	4,1	3,3	5,1	5,3
Sozialbeiträge	5,1	7,6	6,9	5,1	5,1	7,6	7,6	7,0	6,7
Vermögenseinkommen	9,1	- 3,7	- 3,4	11,3	6,7	- 3,1	- 4,4	- 2,9	- 4,1
Sonstige Transfers	- 6,9	5,1	4,9	- 18,7	4,6	5,7	4,6	5,4	4,5
Vermögenstransfers	- 6,6	6,1	5,9	6,4	- 15,9	6,7	5,5	6,5	5,4
Verkäufe	6,3	6,2	5,0	7,9	4,9	6,2	6,2	4,7	5,2
Sonstige Subventionen	1,4	0,0	0,0	9,1	- 3,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	6,4	5,3	5,7	8,7	4,3	5,5	5,1	5,7	5,8
Ausgaben									
Vorleistungen ⁸	6,3	4,7	4,1	8,0	4,8	3,8	5,5	4,7	3,5
Arbeitnehmerentgelt	4,2	3,2	6,3	4,8	3,6	2,0	4,3	6,6	6,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	25,8	37,6	11,4	13,5	39,7	39,8	35,4	12,0	10,9
Subventionen	- 34,8	7,5	- 25,3	- 49,5	- 19,3	25,4	- 4,4	- 22,0	- 28,2
Monetäre Sozialleistungen	1,3	7,3	5,9	- 2,5	5,2	8,5	6,1	5,4	6,4
Sonstige laufende Transfers	25,4	- 13,0	- 0,6	0,6	48,3	4,8	- 24,2	- 1,7	0,4
Vermögenstransfers	34,2	- 11,2	- 0,6	12,3	43,6	38,0	- 27,6	1,4	- 1,9
Bruttoinvestitionen	8,8	9,8	11,6	9,8	8,1	8,1	11,1	10,7	12,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	7,3	0,0	0,0	- 6,1	20,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,1	4,3	4,0	0,0	8,0	7,5	1,6	4,2	3,8
¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. ² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. ³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. ⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. ⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. ⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). ⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. ⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.									
Quelle: Statistisches Bundesamt, <i>Fachserie 18</i> ; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.									

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2022				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 498,5	2 372,8	399,0	726,8	-
2 -	Abschreibungen	792,7	452,7	100,3	239,7	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 705,8	1 920,0	298,7	487,1	- 79,5
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 025,3	1 464,9	306,7	253,6	18,3
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,6	28,2	0,3	10,1	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	54,1	44,7	0,1	9,2	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	696,0	471,6	- 8,2	232,6	- 97,8
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 029,8	-	-	2 029,8	13,8
9 -	Geleistete Subventionen	72,8	-	72,8	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	420,5	-	420,5	-	10,0
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	710,3	663,9	26,1	20,2	233,2
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	843,0	428,9	16,6	397,5	100,5
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 206,2	236,6	330,0	2 639,7	- 211,4
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	514,1	122,4	-	391,7	14,2
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	527,8	-	527,8	-	0,6
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	809,1	-	-	809,1	4,6
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	809,2	142,5	665,8	0,9	4,5
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	693,5	73,9	618,7	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	685,5	-	-	685,5	8,6
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	424,8	216,9	113,4	94,6	70,1
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	363,7	191,3	28,0	144,4	131,3
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 150,8	157,2	819,5	2 174,2	- 156,0
23 -	Konsumausgaben	2 827,3	-	848,4	1 978,9	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,0	-	59,0	-
25 =	Sparen	323,5	98,2	- 29,0	254,2	- 156,0
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	125,2	18,2	91,4	15,7	7,0
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	112,4	72,9	19,0	20,5	19,8
28 -	Bruttoinvestitionen	960,2	569,4	101,6	289,2	-
29 +	Abschreibungen	792,7	452,7	100,3	239,7	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	10,7	11,2	- 1,3	0,8	- 10,7
31 =	Finanzierungssaldo	132,5	25,0	- 101,3	208,8	- 132,5
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 150,8	157,2	819,5	2 174,2	- 156,0
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	540,3	-	540,3	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	540,3	-	-	540,3	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 150,8	157,2	279,1	2 714,5	- 156,0
38 -	Konsum 2)	2 827,3	-	308,1	2 519,3	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,0	-	59,0	-
40 =	Sparen	323,5	98,2	- 29,0	254,2	- 156,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

	Gegenstand der Nachweisung	2023				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 760,7	2 590,8	417,6	752,3	-
2 -	Abschreibungen	841,7	477,9	109,3	254,5	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 919,0	2 112,9	308,3	497,8	- 152,3
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 155,4	1 567,6	316,4	271,4	19,5
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	37,5	27,2	0,3	10,0	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	48,5	40,2	0,1	8,1	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	774,6	558,3	- 8,3	224,5	- 171,7
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 159,9	-	-	2 159,9	15,0
9 -	Geleistete Subventionen	78,2	-	78,2	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	427,7	-	427,7	-	10,4
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	738,0	673,8	36,0	28,2	239,0
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	875,5	452,1	16,0	407,4	101,5
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 421,5	336,6	321,2	2 763,7	- 288,6
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	541,3	129,7	-	411,6	14,8
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	555,5	-	555,5	-	0,6
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	863,2	-	-	863,2	4,7
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	863,5	146,2	716,4	0,9	4,4
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	740,6	75,9	663,9	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	731,3	-	-	731,3	10,0
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	418,5	223,4	98,6	96,6	72,7
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	356,7	198,3	29,4	128,9	134,6
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 364,7	252,2	860,0	2 252,5	- 231,8
23 -	Konsumausgaben	2 962,6	-	886,0	2 076,6	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,3	-	59,3	-
25 =	Sparen	402,1	192,9	- 25,9	235,1	- 231,8
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	116,3	19,1	81,2	16,0	6,7
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	103,6	63,4	20,1	20,1	19,3
28 -	Bruttoinvestitionen	1 012,0	613,9	111,6	286,6	-
29 +	Abschreibungen	841,7	477,9	109,3	254,5	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	10,8	11,2	- 1,3	0,8	- 10,8
31 =	Finanzierungssaldo	208,5	90,1	- 87,9	206,3	- 208,5
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 364,7	252,2	860,0	2 252,5	- 231,8
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	564,6	-	564,6	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	564,6	-	-	564,6	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 364,7	252,2	295,5	2 817,0	- 231,8
38 -	Konsum 3)	2 962,6	-	321,4	2 641,2	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,3	-	59,3	-
40 =	Sparen	402,1	192,9	- 25,9	235,1	- 231,8

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	2024				
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 = Bruttowertschöpfung	3 887,0	2 663,3	441,8	782,0	-
2 - Abschreibungen	863,8	488,8	113,9	261,2	-
3 = Nettowertschöpfung 1)	3 023,2	2 174,5	327,9	520,8	- 155,4
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 281,0	1 660,9	336,5	283,6	20,6
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,8	29,6	0,3	10,9	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	32,5	27,2	0,1	5,1	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	733,8	511,2	- 8,8	231,4	- 175,9
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 285,5	-	-	2 285,5	16,1
9 - Geleistete Subventionen	58,4	-	58,4	-	4,7
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	453,3	-	453,3	-	10,8
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	766,0	690,7	40,1	35,2	247,4
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	909,3	474,3	15,4	419,7	104,0
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 557,6	294,8	361,5	2 901,4	- 297,1
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	566,7	133,3	-	433,4	15,2
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	581,3	-	581,3	-	0,6
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	915,5	-	-	915,5	4,8
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	916,0	149,6	765,5	0,9	4,3
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	781,6	77,6	703,1	0,9	0,6
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	771,0	-	-	771,0	11,2
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	428,9	232,3	98,0	98,6	75,3
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	366,3	204,8	30,8	130,6	137,9
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 499,5	206,0	938,0	2 355,5	- 239,0
23 - Konsumausgaben	3 082,7	-	927,7	2 155,0	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,6	-	59,6	-
25 = Sparen	416,7	146,4	10,3	260,1	- 239,0
26 - Geleistete Vermögenstransfers	117,5	20,0	80,7	16,9	6,8
27 + Empfangene Vermögenstransfers	104,7	63,1	21,3	20,3	19,7
28 - Bruttoinvestitionen	1 041,5	633,1	124,5	283,9	-
29 + Abschreibungen	863,8	488,8	113,9	261,2	-
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	10,8	11,2	- 1,3	0,8	- 10,8
31 = Finanzierungssaldo	215,4	33,9	- 58,4	239,9	- 215,4
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 499,5	206,0	938,0	2 355,5	- 239,0
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	590,4	-	590,4	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	590,4	-	-	590,4	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 499,5	206,0	347,6	2 945,9	- 239,0
38 - Konsum 2)	3 082,7	-	337,3	2 745,4	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,6	-	59,6	-
40 = Sparen	416,7	146,4	10,3	260,1	- 239,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.